

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe August 2008

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

EU-Militarisierung:

Tobias Pflüger

Die Agenda der Französischen Ratspräsidentschaft 3

Christoph Marischka

Der Albtraum Sicherheit 7

Europäische Sicherheitsforschung

Jürgen Wagner

Orwell im Tschad: Wie Österreich und die Europäische Union Militäreinsätze über die Entwicklungshilfe querfinanzieren 10

Christoph Marischka

Was kostet Guinea-Bissau? 14

Guinea-Bissau als Brüssler Kolonie

Christoph Marischka

Tschad: Die EUFOR als Brandbeschleuniger 17

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Jürgen Wagner

Experimentierfeld Afghanistan: Die dauerhafte Institutionalisierung Zivil-militärischer Aufstands-bekämpfung 23

Uwe Reinecke

Sicher ins Finale: 27

Der Einsatz von Soldaten bei der Fußball-EM

Frankreich

Thomas Mitsch

Großer Krieg in naher Zukunft? 29

Das französische Verteidigungsweißbuch 2008

Bericht von der IMI-Mitgliederversammlung 31

antimilitaristische rundschau 32

Editorial:

Am 28. Juni fand die IMI-Mitgliederversammlung statt, auf der u.a. über die künftigen Schwerpunkte der IMI-Arbeit diskutiert und Wege angedacht wurden, mehr Menschen in unsere Arbeit einzubinden. Auch hierzu findet sich in dieser Ausgabe ein kleiner Bericht.

Meist gibt es ja wenig Erfreuliches zu vermelden – diesmal ist das anders – dank der irischen Bevölkerung! Vor aufgrund der Arbeit der progressiven Teile des Nein-Lagers wurde der Vertrag von Lissabon beim Referendum am 12. Juni abgelehnt. Ungeachtet dessen versuchen die EU-Eliten trotzdem den Vertrag unter allen Umständen unter Dach und Fach zu bekommen, um damit – und auf verschiedenen ande-

ren Wegen – die EU-Militarisierung weiter voranzutreiben, wie in dieser Ausgabe beschrieben wird. Nun ist es notwendig, das irische NEIN zu verteidigen. Hierfür haben wir u.a. ein Flugblatt angefertigt, das dieser Ausgabe beiliegt.

Um den Krieg als Mittel der Politik endgültig wieder hoffähig zu machen, ist eine „zivile“ Verpackung sehr nützlich, hilft sie doch die eigentlichen Ziele und Absichten zu verschleiern. So werden Entwicklungsgelder regelrecht zweckentfremdet, indem sie zur Querfinanzierung von Kriegseinsätzen herangezogen werden, eine „zivile“ Sicherheitsforschung erweist sich als milliardenschweres Subventionsprogramm für die Rüstungsindustrie und in Afghanistan

wird die zivil-militärische Aufstandsbekämpfung zum neuen Leitbild erhoben – dies sind alles Themen, denen wir in dieser AUSDRUCK-Ausgabe nachgehen.

Apropos Afghanistan: Die Bundesregierung plant zur turnusgemäßen Mandatsverlängerung im Herbst eine massive Ausweitung ihres militärischen Engagements. Deshalb hat die Friedensbewegung für den 20. September zu Großdemonstrationen in Berlin und Stuttgart aufgerufen, diesem Aufruf schließen wir uns natürlich an.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Tobias Pflüger, Französische Ratspräsidentschaft, in: Junge Welt (1.7.08, bearbeitet); Δ Christoph Marischka, Albtraum Sicherheit, in: Telepolis (25.7.2008); Δ Christoph Marischka, Guinea-Bissau, in: Telepolis (13.6.2008).

Bildnachweise: S.3, Pflüger/IMI; S. 6, indymedia Irland; S. 8, Bundesministerium für Bildung und Forschung; S. 9, 11, IMI; S. 11, OECD; S. 14, 15, 18, 20, Rat der Europäischen Union, S. 26, NATO; S. 28, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee 2007; S. 29, 30, Präsident der Französischen Republik.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder.

Uwe Reinecke und Thomas Mitsch sind IMI-Beiräte.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: **07071/49154**
Fax: **07071/49159**
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Die Agenda der Französischen Ratspräsidentschaft

Lissabon-Vertrag durchpeitschen, Militarismus ausbauen, neoliberale Offensive starten

von Tobias Pflüger

Der Presse wurde eine E-Mail eines hohen irischen Regierungsbeamten zugespielt, der zufolge die dortige Regierung eigentlich das Referendum über den Vertrag von Lissabon gerne erst im Herbst abgehalten hätte: „Aber das Risiko von kontraproduktiven Entwicklungen während der französischen Ratspräsidentschaft war zu groß – insbesondere was den Bereich der EU-Verteidigungspolitik anbelangt“, wird der Regierungsbeamte zitiert.¹ Dass Präsident Nicolas Sarkozy für allerlei böse Überraschungen gut ist, hat sich in der französischen Bevölkerung bereits herumgesprochen, nicht zuletzt der von ihm verantwortete Sozialabbau hat seine Zustimmungswerte auf historische Tiefstände sinken lassen. Davon gänzlich unbeeindruckt holt der französische Selbstdarsteller nun auch auf EU-Ebene zum großen Wurf aus. Die Gelegenheit hierfür ist günstig, denn Frankreich übernimmt ab heute für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Insbesondere für den Bereich der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) hat sich Sarkozy offensichtlich einiges vorgenommen.

Nun hat die Vorverlegung des einzigen Referendums zum EU-Verfassungsvertrag der irischen Regierung bekanntlich nichts genutzt. Am 12. Juni lehnte die Bevölkerung den Vertrag von Lissabon erfreulicherweise ab. Mit dem irischen „No“ wurden die Ambitionen diverser europäischer Regierungen, die EU zu einer Militärunion zu machen, in die Schranken gewiesen. Doch da die Fortentwicklung der EU-Militärpolitik ein ganz

wesentliches Projekt der EU-Eliten ist, wird nun auch ohne neuen Vertrag weitergemacht: „Wir wollen die europäische Verteidigung voranbringen, was auch immer die Zukunft des Lissabon-Vertrags ist“, betonte Sarkozy am 18. Juni. Die französische Ratspräsidentschaft werde „die erste Etappe einer echten Wiederbelebung bei der europäischen Verteidigung in den kommenden Jahren sein.“² Die Vorhaben der französischen EU-Ratspräsidentschaft reichen von

einer deutlichen Intensivierung der Beziehungen zwischen EU und NATO bis hin zu konkreten Rüstungsprojekten. Darüber hinaus beabsichtigt man unter dem Schlagwort „Global Europe“ eine wirtschafts- und militärpolitische Großoffensive zu starten. Und die französische Ratspräsidentschaft will auch das Kernprojekt, den Vertrag von Lissabon, weiter implementieren.

Vertrag von Lissabon: Plan C

Frankreich gehört neben Deutschland zu den wesentlichen Verfechtern des „Weiter so“. Der Ratifizierungsprozess soll weitergehen, obwohl der Vertrag von Lissabon durch das irische Referendum eigentlich versenkt worden ist. So äußerte sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier: „Wir geben den Vertrag von Lissabon nicht verloren. Wir wollen, dass der Ratifizierungsprozess fortgesetzt wird. [...] Europa braucht den Vertrag von Lissabon!“³ Respekt vor dem

Souverän, der Bevölkerung, war noch nie Sache der EU-Eliten. Geplant war – und daran hält man einfach fest –, dass während der französischen Ratspräsidentschaft der noch nicht ratifizierte Vertrag einfach in Teilbereichen – vor allem im Militärbereich – schon umgesetzt werden sollte. In einem Anfang Juni veröffentlichten Planungsdokument hieß es noch, man beabsichtige, „die notwendigen Vorarbeiten voranzubringen, damit der Vertrag reibungslos und rechtzeitig umgesetzt und ab seinem Inkrafttreten in vollem Umfang angewandt werden kann.“⁴

Dank der irischen Bevölkerung und der hervorragenden Arbeit der CAEUC (Campaign Against the EU Constitution - Vote NO to the Lisbon Treaty) muss sich die französische Regierung nun zwangsweise um das Mangelmanagement kümmern, um den Vertrag doch noch auf die eine oder andere Weise durchzuboxen. Derzeit werden hierfür verschiedene Optionen diskutiert – die Vorschläge reichen von der Herausbildung eines Kerneuropas bis hin zum Rausschmiss



Irlands aus der EU. Am wahrscheinlichsten ist gegenwärtig, dass der Vertrag der irischen Bevölkerung einfach noch einmal zur Abstimmung vorgelegt wird. Dementsprechend gab Nicolas Sarkozy lapidar zu Protokoll: „Die Iren müssen ein zweites Mal abstimmen.“⁴⁵ Eine Zustimmung soll durch verschiedene geringfügige Zugeständnisse in Form angehängter Protokolle schmackhaft gemacht werden, der Kernvertrag jedoch unangetastet bleiben.

Teilweise wird aber auch vor handfesten Drohungen nicht zurückgeschreckt. So forderte der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel, der seinerzeit im Konvent saß, der der Ausarbeitung des EU-Verfassungsvertrages vorausging, schon frühzeitig eine zweite Abstimmung. Sollte das Ergebnis erneut nicht genehm sein, müsste Irland aber aus der Europäischen Union austreten: „Die irische Regierung sollte die Flucht nach vorn ergreifen und den Lissabonner Vertrag erneut zur Abstimmung stellen - verknüpft mit der Frage nach dem Verbleib in der EU.“⁴⁶ Ins selbe Horn stieß der belgische Außenminister Karel De Gucht: „Wenn dabei dann wieder ein Nein herauskommt, muss die Europäische Union in aller Klarheit Abschied nehmen von den Iren.“⁴⁷

Das ist ein Skandal! Man stelle sich vor, nach einer Bundestagswahl würden Stimmen laut, die Wahl zu wiederholen, weil manchen das Ergebnis nicht passt oder diejenigen, die „falsch“ gewählt haben, gleich auszubürgern. Diese Forderung sagt viel über das Demokratieverständnis Sarkozys und anderer EU-Eliten aus. Anstatt die Entscheidung der irischen Bevölkerung zu respektieren, scheint man so lange Abstimmen lassen zu wollen, bis das Ergebnis den Regierenden in den EU-Mitgliedstaaten, dem EU-Rat, der EU-Kommission und der Mehrheit im EU-Parlament endlich passt. Dieses Vorgehen wurde Ende 2002 bereits nach dem irischen „No“ gegen den Vertrag von Nizza im Mai 2001 praktiziert. Vor diesem Hintergrund ist dem ehemaligen Vizepräsidenten des Bundestages, Burkhard Hirsch (FDP), nur zustimmen, der angesichts der gegenwärtigen Drohungen schrieb: „Sollten die Iren nun mit dem Rauswurf bedroht werden, dann wäre diese Erpressung ein Akt der organisierten Kriminalität.“⁴⁸

Die Ursache für dieses krampfhaftes Festhalten am Lissabonner Vertrag ist die Tatsache, dass ohne ihn einige zentrale Aspekte insbesondere im Militärbereich nicht umgesetzt werden können. Dazu gehört das Bestreben, die Machtverteilung im wichtigsten EU-Gremium, dem EU-Rat, drastisch

zugunsten der bevölkerungsreichsten Staaten zu verschieben. So würde sich nach Verabschiedung des Lissabonner Vertrages der deutsche Stimmanteil von aktuell 8,4 auf 16,72 Prozent nahezu verdoppeln.

Darüber hinaus ist es gegenwärtig noch verboten, „Avantgardegruppen“ im Militärbereich zu bilden, die dann exklusiv über Teilbereiche entscheiden können, ohne sich von anderen Staaten diesbezüglich hineinreden lassen zu müssen. Die im Lissabonner Vertrag vorgesehene „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) soll dies erstmals ermöglichen und damit das bislang gültige Konsensprinzip in der Außen- und Sicherheitspolitik durch die Hintertür aushebeln. Was hiermit bezweckt wird, verdeutlichte Sarkozy, als er im März vorschlug, im Rahmen der SSZ sollten Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen ein „Direktorium“ für den Bereich der Militärpolitik bilden.⁹ Ohne neuen EU-Vertrag fehlt solchen Vorschlägen jedoch schlicht die Rechtsgrundlage.

Ein weiterer Grund, weshalb so verzweifelt am Lissabonner Vertrag festgehalten werden soll, ist die Tatsache, dass der Nizza-Vertrag die Aufstellung eines eigenständigen EU-Militärhaushaltes (zusätzlich zu den einzelstaatlichen Militärhaushalten) explizit verbietet. Deshalb müssen EU-Einsätze derzeit durch verschiedenste Tricksereien finanziert werden – etwa durch die Zweckentfremdung von Geldern des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) oder dem rechtlich fragwürdigen „Athena-Mechanismus“. Hierbei zahlen die EU-Mitgliedstaaten für Militäreinsätze der Europäischen Union in einen Extratopf, der explizit kein EU-Haushaltstitel ist, weshalb der Autor auch nie Auskunft über die konkrete Kostenhöhe der verschiedenen EU-Militäreinsätze erhalten hat. Mit dem im Lissabonner Vertrag vorgesehenen „Anschubfonds“ soll deshalb ein formeller eigener EU-Militärhaushalt installiert werden. Darum bestand der ursprüngliche Plan der französischen Ratspräsidentschaft darin, den Athena-Topf in den EU-Rahmen zu überführen, um so künftig formal korrekt rüsten zu können. Schließlich bleibt auch der Einsatz von Militär innerhalb der EU-Mitgliedstaaten ohne neuen Vertrag bis auf weiteres untersagt.

Ungeachtet der gravierenden Schwierigkeiten, denen sich die französische Ratspräsidentschaft angesichts des irischen Referendums nun ausgesetzt sieht, will sie gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik dennoch Bahnbrechendes auf den Weg bringen, insbesondere was das Verhältnis der EU zur NATO anbelangt.

Brüder im Geiste: Intensivierung der NATO-EU-Kooperation

Schon kurz nach seiner Amtseinführung ließ Sarkozy eine Bombe platzen, als er ankündigte, er beabsichtige nach mehr als 40jähriger Abwesenheit Frankreichs volle Rückkehr in die integrierten militärischen Strukturen der NATO. 1966 hatte der damalige Präsident Charles de Gaulle den Austritt des Landes mit dem Verweis auf die US-amerikanische Dominanz im Bündnis begründet. Seither zielte die französische Militärpolitik stets auf eine Stärkung autonomer EU-Militärkapazitäten und damit implizit und teils auch explizit auf eine Schwächung der USA und der NATO ab.

Hier scheint sich ein Paradigmenwechsel anzubahnen, denn der französische Präsident „wies seine Diplomaten an, die Arbeit der NATO nicht mehr länger zu sabotieren.“¹⁰ Noch im Laufe der EU-Ratspräsidentschaft soll nun die endgültige Rückkehr in den NATO-Verteidigungsplanungsausschuss beschlossen werden. (Ob sich Frankreich auch wieder in die nukleare Planungsgruppe reintegriert, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unklar.) Sarkozy sieht diese Annäherung als eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme gegenüber der US-Regierung, da er außerdem beabsichtigt, die Militärkooperation zwischen der Europäischen Union und der NATO deutlich zu intensivieren, ein Ziel, das ganz oben auf der Agenda der EU-Ratspräsidentschaft steht: „Der Ausbau der Zusammenarbeit EU/NATO, einschließlich einer größeren Transparenz, wird eine Priorität sowohl auf strategischer als auch auf taktischer Ebene sein. [...] Die transatlantischen Beziehungen werden generell in politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Fragen intensiviert.“¹¹ Ob Frankreichs NATO-Charmeoffensive einen institutionellen Umbau des Bündnisses zur Folge haben wird, ist offen. Hierzu wurde kürzlich ein Vorschlag unterbreitet, der die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem nordatlantischen Kriegsbündnis grundlegend verändern könnte.

Diese Überlegungen werden nicht von ungefähr angestellt, während sich die NATO in einer der schwierigsten Phasen ihrer Geschichte befindet. Die Einsätze im Kosovo und in Afghanistan zeigen, dass sich die Allianz längst zu einem global agierenden Bündnis mit Besatzungstruppen gewandelt hat. Angesichts der blutigen Eskalation in Afghanistan und den erheblichen Schwierigkeiten der NATO, das Land zu „befrieden“, feilt das Bündnis derzeit aber an neuen Konzepten zur

Effektivierung solcher Besatzungseinsätze. Da Soldaten für die Verwaltung von Quasikolonien wie Afghanistan nur bedingt geeignet sind, werden vermehrt zivile Kompetenzen (von Juristen über Ingenieure bis hin zu Brunnenbauern) benötigt, die dem Militär zuarbeiten sollen. Damit werden zivile Kapazitäten de facto dem Militär unterstellt und für dessen Zwecke instrumentalisiert. Dieses im NATO-Jargon als „comprehensive approach“ titulierte zivil-militärische Besatzungskonzept soll in den nächsten Jahren massiv ausgebaut werden.

Gerade was den zivilen Bereich anbelangt, zeigt sich aber, dass weder die USA noch die -NATO über die entsprechenden Kompetenzen verfügen. Vor dem Hintergrund, dass Frankreich zudem für seine Rückkehr in die Militärstrukturen der NATO auch mit wichtigen Kommandoposten belohnt werden will, schlug die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) kürzlich der französischen Ratspräsidentschaft vor: Die beste Option sei es, „wenn Frankreich die Übernahme des EU-Vorsitzes für einen genialen Coup nutzen würde: die Verzahnung von NATO und EU durch Schaffung einer zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit in der NATO.“ Der Vorteil dabei sei, so die SWP-Autorin Ronja Kempin, dass dadurch „die zivilen und die militärischen Fähigkeiten der EU sowie die militärischen Fähigkeiten der NATO an einem Ort koordiniert würden. [...] Unter dem Stichwort ‚Berlin Plus Reversed‘ könnte der NATO die Möglichkeit eingeräumt werden, auf zivile Fähigkeiten der EU zurückzugreifen.“ Während die im März 2003 abgeschlossenen „Berlin Plus“-Vereinbarungen die Bereitstellung von NATO-Militärkapazitäten für Einsätze der Europäischen Union regelt, soll die neue Vereinbarung mit der Nordatlantik-Organisation künftig „zivile“ Besatzungshelfer der Europäischen Union zuliefern. Da Frankreich das Kommando übernehmen könnte, müssten die bestehenden Posten nicht neu verteilt werden, was es Deutschland ermögliche, im „wichtigsten sicherheitspolitischen Gremium, der NATO, seinen Status quo zu bewahren.“¹²

Neoliberale Großoffensive

Mit der Lissabon-Strategie gab die Europäische Union bereits 2000 das ambitionierte Ziel aus, die EU bis 2010 zum „wissensbasiertesten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, also zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufzusteigen. Parallel dazu wurde in den EU-Mitgliedstaaten der neoliberale

Umbau weiter verschärft. In Deutschland schlug er sich etwa in der Agenda 2010 und dem damit einhergehenden massiven Sozialabbau nieder.

Doch schnell wurde klar, dass dieses ehrgeizige Ziel ebenso die noch aggressivere Erschließung neuer Märkte in der ganzen Welt erfordert. Deshalb begann die EU-Kommission unter dem vielsagenden Arbeitstitel „Global Europe“ eine externe Dimension der Lissabon-Strategie auszuarbeiten. Das Ergebnis wurde im Oktober 2007 unter dem Namen „Das europäische Interesse – Erfolg im Zeitalter der Globalisierung“ vorgelegt. Es soll als „Grundlage für eine Strategiedebatte dienen“ und „Europas Antwort auf die Globalisierung“ darstellen: „Als weltgrößter Exporteur von Waren und Dienstleistungen [...] profitiert die EU in erheblichem Maße von einer offenen Weltwirtschaft. [...] Sie hat ein offenkundiges Interesse daran, dass die Weltordnungspolitik Regeln folgt, die ihre Interessen und Werte widerspiegeln. [...] Die EU muss das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Umfang nutzen, wenn sie ihre Stellung in einer globalisierten Welt stärken will. [...] Gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU ihren Einfluss in internationalen Verhandlungen geltend macht, um auch von anderen Offenheit einzufordern: Offenheit lässt sich politisch nur dann rechtfertigen, wenn sie auf Gegenseitigkeit basiert. Die EU muss dafür sorgen, dass ihre Exporteure und Investoren in Drittländern ein angemessenes Niveau an Offenheit sowie Grundregeln vorfinden, die unsere Fähigkeit nicht beeinträchtigen, unsere Interessen zu schützen.“¹³ Was sich allerdings hinter so egalitär anmutenden Phrasen wie „Offenheit“ und „gleiche Bedingungen“ verbirgt, ist nackter Egoismus, denn Freihandel unter ungleichen Partnern nützt immer dem ökonomisch Stärkeren. Was die EU-Kommission hier einfordert, ist in etwa so, als argumentiere man, ein Wettrennen zwischen einem VW-Käfer und einem Ferrari sei fair, nur weil sie auf derselben Straße fahren.

Dennoch oder wohl gerade deswegen bildet das Kommissionspapier „Das europäische Interesse“ die Blaupause für die Außenwirtschaftspolitik der französischen Ratspräsidentschaft, zu der erklärt wird, sie werde auf die „Umsetzung der Mitteilung der Kommission ›Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt‹ hinwirken [und] die Kommission um eine Aktualisierung ersuchen, die dann förmlicher und integraler Bestandteil der Lissabon-Strategie wird.“¹⁴ Schon im April hatte die französische Regierung ein Grundsatzpapier

mit dem Titel „Euromonde 2015“ vorgelegt, deren Kernelement – „Lissabon-Plus“ genannt – es ebenfalls ist, die innenpolitisch orientierte Lissabon-Strategie um eine aggressive außenpolitische Komponente zu ergänzen. Das Grundsatzpapier verdeutlicht die mögliche Tragweite dieser Strategie, sie „könnte die zentrale ökonomische und soziale Roadmap der Europäischen Union für die erste Hälfte des nächsten Jahrzehnts darstellen. [...] Es liegt nun an der französischen Ratspräsidentschaft, diese neue strategische Vision umzusetzen.“¹⁵

Schenden Auges wird so die Verarmung weiter Teile der Welt in Kauf genommen, ja sogar forciert. Die Folgen sind dramatisch, kein Wunder, dass die militärische „Befriedung“ von Hungeraufständen eine immer prominentere Rolle in der westlichen Militärplanung spielt. Wie sagte doch der französische Verteidigungsminister Hervé Morin Mitte Juni treffend: „Unser militärisches Werkzeug muss sich an die Globalisierung und neue Bedrohungen anpassen.“¹⁶

Ausbau der EU-Armee

In ihrem Arbeitsprogramm hat die französische Ratspräsidentschaft unmissverständlich untermauert, dass für sie der Ausbau der EU-Militärkapazitäten allerhöchste Priorität genießt: „Im Mittelpunkt der französischen Ratspräsidentschaft steht die Entwicklung und Verstärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) *mit glaubwürdigen Mitteln*, um die Stellung der Europäischen Union als globaler Akteur auf dem Gebiet des Krisenmanagements zu festigen.“¹⁷

Hierfür kündigte Sarkozy parallel zur Veröffentlichung des neuen französischen Militär-Weißbuchs Mitte Juni¹⁸ an, einen massiven Ausbau der EU-Armee anzustreben. Künftig müsse man in der Lage sein, bis zu 60000 Soldaten gleichzeitig ins Feld zu führen. Diese Eingreiftruppe wurde zwar bereits 1999 beschlossen und vier Jahre später für einsatzbereit erklärt, sie existierte bislang aber eher auf dem Papier. Die französische Regierung wünscht sich nun noch eine maritime Komponente und Kapazitäten zum Lufttransport. Hier hat der am 5. Juni 2008 beschlossene Bericht des sozialdemokratischen Europaabgeordneten Helmut Kuhne zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie – nach Rücksprache mit französischen Stellen – schon vorgegriffen.¹⁹

Der französische Europastaatssekretär Jean-Pierre Jouyet formulierte „konkrete Ziele“ für die kommenden zehn Jahre: „Er nannte dabei unter anderem eine gemein-

same Luft- und Seekampftruppe und eine gemeinsam genutzte Flotte von Transportflugzeugen vom Typ Airbus A400M.²⁰ Im Jahr 2009 wird hierfür u. a. das Manöver „MILEX09“ stattfinden, bei dem auch der Einsatz maritimer Komponenten ohne Rückgriff auf die NATO geprobt werden soll. Auch das passt ins Bild: Bei aller Anbiederung an die NATO, Sarkozy hat stets unterstrichen, ihm gehe es auch um die Stärkung unabhängiger EU-Militärstrukturen. So setzt er sich auch für den Ausbau der von der NATO unabhängigen Planungszelle für EU-Militäreinsätze zu einem voll einsatzfähigen Hauptquartier ein.²¹ Ebenfalls im Trend liegt, dass Frankreich seine Investitionen in militärische Weltraumkomponenten mit 700 Millionen Euro jährlich nahezu verdoppeln will. Der im Verfahren befindliche Bericht des CDU-Abgeordneten Karl von Wogau zum Beitrag der Raumfahrt zur ESVP fordert ebenfalls massive Budgeterhöhungen in diesem Bereich. Auch dieses Papier wurde eng mit französischen Stellen abgesprochen.²²

Eine weitere Priorität der französischen EU-Ratspräsidentschaft ist die Verabschiedung des „Defence Package“, das u. a. aus einer von der EU-Kommission erarbeiteten Richtlinie besteht, die der „Harmonisierung“ des europäischen Rüstungsmarktes dienen soll. Es geht dabei darum, dass Exportkontrollen innerhalb der Europäischen Union künftig faktisch entfallen sollen. Da die Richtlinie jedoch kaum ernsthafte Maßnahmen vorsieht, um den Weiterexport in Drittländer zu verhindern, wird hier die Möglichkeit eröffnet, mögliche strengere einzelstaatliche Vorschriften auszuhebeln, indem einfach ein Umweg über ein anderes EU-Land mit laxeren Vorschriften gemacht wird.²³

Ein letzter wichtiger Punkt, der während Frankreichs Ratspräsidentschaft eingetütet werden soll, ist die Überarbeitung der im Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll. Hier sollen insbesondere die Energiesicherung (Stichwort „Energieaußenpolitik“) und die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels stärker berücksichtigt werden. Im April legte der EU-Außenbeauftragte Javier Solana eine Strategie vor, die sich für den Ausbau militärischer „Krisenmanagementfähigkeiten“ aussprach, um den Folgen des Klimawandels z.B. in Form von umweltbedingter Migration und wachsenden Konflikten militärisch zu begegnen.²⁴

Irland zeigt: Widerstand ist nötig – und möglich

Dank der irischen Bevölkerung wird die Militarisierung der Europäischen Union bis auf weiteres erheblich behindert. Auch wenn alles daran gesetzt werden wird, den Lissabonner Vertrag doch noch durch Trickereien zu verabschieden, das irische Beispiel zeigt, dass Widerstand durchaus von Erfolg gekrönt sein kann.

Jetzt gilt es, das irische NEIN zu verteidigen. Angesichts des immensen Drucks, der derzeit ausgeübt wird, bitten die irischen Freundinnen und Freunde um Unterstützung für eine europaweite Kampagne „Nein heißt Nein - Nein zum Lissabonner Vertrag“. Eine solche Kampagne ist in der Tat nun dringend erforderlich.

Anmerkungen

¹ Irish Memo in Full, URL: <http://tinyurl.com/62sj7e>

² Europoliten, 18.06.08.

³ Wohin Europa?, Deutsche Welle, 23.7.08.

⁴ Entwurf des Achtzehnmonatsprogramms des Rates, Brüssel, den 9. Juni 2008, S. 11.

⁵ Sarkozy: Iren müssen ein zweites Mal abstimmen, Tagesspiegel, 17.7.08.

⁶ „Bin enttäuscht“, Interview mit Erwin Teufel, Stuttgarter Zeitung, 13.6.08.

⁷ Das Undenkbare wird denkbar, Netzzeitung, 15.6.08. Verschiedene Zeitungen lassen ebenfalls nichts an Deutlichkeit vermissen: „Schadendrum, aber Irland muss gehen. [...] Irland sollte dem Rest von Europa einen Gefallen tun und aus der EU austreten“, schrieb der österreichische Standard (16.6.08). Ähnlich auch die Süddeutsche Zeitung (14.6.08): „Es war das gute Recht der Iren, den Lissabon-Vertrag abzulehnen. [...] Mit dem gleichen Recht müssen sich die Iren jetzt aber die Frage gefallen lassen, was sie in der EU noch wollen.“

⁸ Hirsch, Burkhard: Das Europa der Chefs, Süddeutsche Zeitung, 13.7.08.

⁹ Howorth, Jolyon: The Future of European Security, EXPO/B/SEDE/2008/16, March 2008.

¹⁰ Valasek, Thomas: France, NATO and European Defence, CER Policy Brief, May 2008, S. 1.

¹¹ Achtzehnmonatsprogramm des Rates, S. 78 und 85.

¹² Kempin, Ronja, Frankreich und die Annäherung von NATO und EU, SWP-Aktuell 34, April 2008.

¹³ Das europäische Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung. Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 3.10.2007 KOM(2007) 581 endgültig, S. 4.

¹⁴ Achtzehnmonatsprogramms des Rates, S. 25.

¹⁵ République Française: Euroworld 2015: A European Strategy for Globalisation, 15.4.08.

¹⁶ Frankreich verkleinert Armee, Tagesspiegel, 16.6.08.

¹⁷ Französische EU-Ratspräsidentschaft: Ein Europa, das handelt, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden, Arbeitsprogramm 1 Juli-31. Dezember, S. 26. Eigene Hervorhebung.

¹⁸ Eine englische Fassung des französischen Militär-Weißbuch findet sich unter <http://tinyurl.com/528j9y>

¹⁹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2008 zur Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie und der ESVP (2008/2003(INI)).

²⁰ Frankreich verkleinert Armee, Tagesspiegel, 16.6.08.

²¹ Howorth, S. 7.

²² Der Beitrag der Raumfahrt zur ESVP AFET/6/58716 2008/2030(INI).

²³ Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (KOM(2007)0765 – C6-0468/2007 – 2007/0279(COD)).

²⁴ Vgl. Wagner, Jürgen: Die Versichertheitlichung des Klimawandels, in: AUSDRUCK - das IMI-Magazin (Juni 2008).



Der Albtraum Sicherheit

Europäische Sicherheitsforschung als Subventionsprogramm für die Rüstungsindustrie

Von Christoph Marischka

Die Förderung der Europäischen Sicherheitsforschung

„Die Entscheidung, ein EU-Programm zur Sicherheitsforschung (ESRP) einzurichten, wurde von der Europäischen Kommission 2003 informell gefällt. Es gab keinen offiziellen Vorschlag für einen Rechtsakt, wie es sonst bei der Schaffung von Budgets üblich ist, und somit unterblieb auch jede Beratung mit dem Europäischen und den nationalen Parlamenten in dieser Angelegenheit... Die Europäische Kommission beschloss, eine 'Group of Personalities' einzuberufen, welche die Entwicklung der europäischen Sicherheitsforschung begleiten sollte“. So beschrieb Ben Hayes die Entstehung der Europäischen Sicherheitsforschung in seiner Studie „Arming Big Brother“.¹ In dieser wird deutlich, wie sich die Rüstungskonzerne intensiv bemühten, die Sicherheitsagenda der EU zu beeinflussen und eine Förderung durch die EU zu forcieren, um für eine „nachhaltige und konkurrenzfähige technologische und industrielle Basis“ der europäischen Rüstung Sorge zu tragen. Die EU ihrerseits begrüßt im Bereich der Sicherheitspolitik so genannte Public-Private-Partnerships (PPPs), also die massive Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik und bezieht die Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen und –technologien, ebenso wie deren private Nachfrager, gerne in ihre Politikgestaltung ein. Das Resultat dieser Kooperation ist eine Vorstellung von Sicherheit, die lediglich den Interessen großer Konzerne dient und sich in Zeiten asymmetrischer Kriegsführung und fehlender militärischer Gegner v.a. gegen ImmigrantInnen und die eigene Bevölkerung richtet.

Die „Group of Personalities“ (GoP) bestand beispielsweise aus vier Vertretern der EU-Kommission, 16 Vertretern der Industrie – darunter zwölf der großen europäischen Rüstungskonzerne EADS, Thales, Diehl, BAE Systems, Finmeccanica und INDRA sowie Mitarbeitern der Telekommunikationsanbieter Siemens und Ericsson. Neben acht Mitgliedern des Europäischen Parlaments waren noch sieben weitere

Institutionen vertreten, darunter neben einigen Forschungsinstituten auch das griechische und das belgische Verteidigungsministerium. Im Februar 2004 machte sich die Kommission die Vorschläge der GoP zueigen und beschloss, 65 Mio. Euro für „Vorbereitungsmaßnahmen zur Förderung des Europäischen technologischen Potentials in der Sicherheitsforschung“ zwischen 2004 und 2006 bereit zu stellen. 30 Mio. Euro hierfür flossen in 24 Projekte, Marktanalysen und Machbarkeitsstudien, von denen 17 von Rüstungsunternehmen geleitet wurden. Die GoP definierte die Schwerpunkte der Sicherheitsforschung, die im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (RFP7) für die Jahre 2007 bis 2013 unter dem Posten „Sicherheit und Weltraum“ (insgesamt 570 Mio. Euro) mit jährlich 235 Mio. Euro gefördert werden sollen. Im Anschluss wurden nationale Kontaktstellen für Sicherheitsforschung² benannt, die gemeinsam mit den jeweiligen Forschungsministerien sehr breit gestreut mögliche Antragsteller informierten. Dabei griffen sie auf private und öffentliche Institutionen zurück, welche zuvor einen Überblick über die Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen boten. In Deutschland wurden vom Bundesforschungsministerium eine Karte³ und eine schriftliche Zusammenfassung⁴ sowie vom Verteidigungsministerium eine Broschüre⁵ über mögliche Projektpartner angefertigt.

Die Gutachter

Mittlerweile sind die ersten zwölf Projekte zur Sicherheitsforschung im Rahmen des RFP7 bewilligt worden. Um diese auszuwählen, wurde eigens ein Gutachterkreis für den Bereich „Sicherheit“ eingerichtet, bestehend aus 143 Personen, von denen lediglich 38 Frauen waren (für den nächsten Gutachterkreis wird ein Frauenanteil von 40% angestrebt).⁶ Die meisten GutachterInnen stammten aus privaten Unternehmen wie etwa dem Hersteller für Kleinwaffen FN Herstal oder Forschungseinrichtungen, die staatlich bezuschusst werden. Von den öffentlichen Einrichtungen, die vertreten

waren, kommen ebenfalls viele aus dem Bereich der Rüstung – vertreten waren die Verteidigungsministerien mehrerer Länder und staatliche Ämter, die mit der Strategieplanung und Ausrüstung der Streitkräfte beauftragt sind, wie etwa das deutsche Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung. Die EU war insbesondere durch 4 Mitglieder der EU-Rüstungsagentur und einen Vertreter der EU-Grenzschutzagentur Frontex beteiligt. Selbst die NATO hat über einen Mitarbeiter des George C. Marshall Centers in Garmisch-Partenkirchen Einfluss auf die Bewilligung der Projekte nehmen können. An „zivilen“ Einrichtungen waren neben zahlreichen Beratungsfirmen und Universitäten v.a. Polizeibehörden und Innenministerien sowie einige Forschungsministerien vertreten. Deutschland ist mit 16 GutachterInnen am stärksten präsent, gefolgt von Italien mit zwölf und Frankreich und Großbritannien mit jeweils 10. Außereuropäische Einrichtungen sind lediglich durch drei türkische und vier israelische GutachterInnen vertreten.

Erste Recherchen zum Gutachterkreis haben zweierlei offenbart: Erstens ist es im Bereich der Sicherheitsforschung schwierig, zwischen öffentlichen und privaten Institutionen zu unterscheiden, da PPPs in diesem Bereich weit vorangeschritten sind. So finden sich Firmen wie die MoD Electronics, Logistics and Property Management Cooperation, die sich vollständig oder teilweise im Besitz der Verteidigungsministerien befinden oder Forschungsgesellschaften, die nur durch staatliche Aufträge entstanden sind oder fortbestehen können. Zweitens haben sich mittlerweile zahlreiche Unternehmen gegründet, deren vorrangige Dienstleistung darin besteht, Lobbyarbeit für die Rüstungsindustrie zu betreiben, die Sicherheitsunternehmen zu vernetzen oder die Umsetzung des RFP7 zu befördern, also die gemeinsame Sicherheitsagenda voranzutreiben.

Science Fiction wird Realität

Aufschluss über diese Sicherheitsagenda liefern die ersten zwölf bewilligten Projekte. Offensichtlich eingeflossen sind dabei die Empfehlungen⁷ der Frontex-Agentur zum Einsatz von Drohnen an den Außengrenzen und zu einer besseren Vernetzung der nationalen Überwachungstechnologien, die zur Kontrolle der Küsten eingesetzt werden. So wird am umfangreichsten das Projekt TALOS mit 12.9 Mio. Euro unterstützt, das unbemannte Flugkörper und Fahrzeuge entwickelt, welche die Grenze überwachen sollen. Die Fördersumme bezieht sich dabei

v.a. auf die Fahrzeuge, die „zugleich als Kontrollposten und first reaction patrols dienen sollen. Sie informieren den Control and Command Centre sowie den Eindringling über seine/ihre Lage und unternehmen nahezu autonom unter der Aufsicht von Grenzschutzbeamten angemessene Maßnahmen, um die illegale Handlung zu unterbinden.“ 4.5 Mio. fließen hingegen in das Projekt SECTRONIC, mit dem Schifffahrtsrouten überwacht werden, indem Daten von Satelliten, Drohnen und Aufklärungsflugzeugen sowie Sensoren auf See wie an der Küste zusammengeführt werden. Mehr als 3.5 Mio. Euro erhält das Projekt AMASS, das mit Bojen auf See ebenfalls die Gewässer überwachen soll. Am dahinter stehenden Konsortium unter der Leitung der Carl Zeiss Optronics GmbH sind neben dem Fraunhofer Institut für Informations- und Datenverarbeitung und der deutschen Firma IQ Wireless die Streitkräfte Maltas und die Universität Las Palmas auf Grand Canaria beteiligt. Neben der Bekämpfung des Schmuggels soll es auch bei diesem Projekt ganz offiziell um illegale Migration gehen. Ein Drittes Projekt zur Überwachung der See und der Vernetzung der hiermit beauftragten Behörden unter der Leitung von Thales wird mit knapp 700.000 Euro unterstützt. Auch das mit 2.5 Mio. Euro geförderte Projekt COPE zielt unter Beteiligung von BAE Systems darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen militärischen, polizeilichen und zivilen Behörden dadurch zu verbessern, dass sie international Bilddaten, beispielsweise von Satelliten und Drohnen, besser austauschen können. Mit 2.3 Mio. Euro wird IDETECT 4ALL

dabei unterstützt, ein kostengünstiges Gerät zu entwickeln, einer Art Bewegungsmelder, mit dem so genannte Kritische Infrastrukturen weitläufig überwacht werden können. Mehrere der restlichen geförderten Projekte mit einem Volumen von unter 3 Mio. Euro dienen der Vernetzung der Nachfrager und Anbieter von Sicherheitstechnologie und der nationalen Forschungsförderung. Nur drei der zwölf Projekte mit einer Gesamtfördersumme von weniger als 5.5 Mio. Euro können ihrer Anlage nach auch der Sicherheit breiter Bevölkerungsteile dienen. Im Rahmen des Projekts CRISCOMSCORE soll ein Leitfaden für die Mitarbeiter in Behörden für die Kommunikation im Krisenfall entstehen, also Richtlinien für den Umgang mit Presse, Angehörigen, Überlebenden etc. SICMA soll medizinischem Personal auf der Grundlage von Simulationen computergestützte Entscheidungshilfen bieten und BESECU beinhaltet eine „interkulturelle“ Studie in sieben europäischen Ländern zum Verhalten der Bevölkerung in Krisenfällen, die Hilfskräften und Architekten hilfreich sein sollen. Zahlreiche der rund 150 begünstigten Unternehmen, Institute und Behörden waren im Gutachterkreis vertreten. Auch unter den geförderten außereuropäischen Unternehmen befinden sich fast nur israelische und türkische Rüstungsfirmen.⁸

Videoüberwachung von Menschenansammlungen im Hinblick auf verdächtiges Verhalten

Im September 2007 hat die Europäische Kommission ein weiteres infor-

elles Gremium ins Leben gerufen, um die Sicherheitsforschung und damit die Rüstungsindustrie zu fördern. Das Europäische Forum für Sicherheitsforschung und Innovation (ESRIF). In der Pressemitteilung der Kommission zu dessen Gründung heißt es:

„Das ESRIF ist eine informelle, beratende Plattform, an der die Interessengruppen aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor auf freiwilliger Basis teilnehmen. Diese Interessengruppen sind die Industrie, Forschungseinrichtungen, öffentliche und private Endnutzer, Organisationen der Zivilgesellschaft, EU-Institutionen (insbesondere das Europäische Parlament) und europäische Organisationen.“

Ein öffentlich-privater Dialog im Bereich der Sicherheitsforschung ist von zentraler Bedeutung für eine höhere Sicherheit der Infrastrukturen, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Terrorismus, für die Wiederherstellung der Sicherheit in Krisenzeiten sowie für eine Verbesserung der Grenzüberwachung und -kontrolle. Bis Ende 2009 soll das ESRIF eine gemeinsame Agenda für Sicherheitsforschung aufstellen, die gegebenenfalls Empfehlungen an die Behörden enthalten wird. Das Forum wird für eine begrenzte Zeit, bis Ende 2009, eingesetzt.

Die Europäische Union hat auf den Bedarf an mehr Sicherheitsforschung mit zwei auf sieben Jahre ausgelegten Rahmenprogrammen im Sicherheitsbereich reagiert, die mit insgesamt 2,135 Mrd. EUR für den Zeitraum 2007-2013 ausgestattet wurden. Dabei handelt es sich um das 7. Forschungsrahmenprogramm, in dem auch



Forschung für die zivile Sicherheit
Programme der Bundesregierung



Forschung für die zivile Sicherheit
Die Bundesaufgabe: Forschungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit



Forschen für Sicherheit
und Verteidigung von morgen
Gesellschaft und nationale und internationale Verantwortung



Ideen, die zünden! Broschüren des Bundes

die Sicherheit ein Thema ist, und um das EU-Rahmenprogramm 'Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte.'

Die Kommission hat kürzlich grünes Licht für neue, spezifische Sicherheitsforschungsprojekte in folgenden Bereichen gegeben: optische Technologien zur Kennzeichnung von Sprengstoffen, Aufspüren von Sprengstoffen in städtischem Umfeld, Videoüberwachung von Menschenansammlungen im Hinblick auf verdächtiges Verhalten sowie Terrorismusabwehr bei Großveranstaltungen.⁹

Auch im ESRIFF haben die Männer das Sagen: Den Vorsitz führt der ehemalige EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung, Gijs de Vries, stellvertretende Vorsitzende sind BKA-Vizepräsident Jürgen Stock und Giancarlo Grasso von der italienischen Rüstungsfirma Finmeccanica. Hier können Betreiber Kritischer Infrastrukturen, Anbieter von Sicherheitstechnologie, Rüstungsfirmen und andere Wirtschaftsunternehmen gemeinsam mit Sicherheitspolitikern und Praktikern Bedrohungsszenarien entwickeln und ihre „Lösungen“ anbieten, für welche die EU dann Geld bereitstellt. Mit der Sicherheit der Bürger hat dies nicht viel zu tun und eine kritische Evaluation der Risiken neuer Technologien wird bislang nicht gefördert – noch nicht einmal in der Funktion eines Feigenblattes. Drohen beispielsweise neigen um ein vielfaches häufiger zu Abstürzen als bemannte Flugzeuge. Dabei können Menschen verletzt und getötet werden. Wichtiger scheint aber zu sein, dass „Kritische Infrastruktur“¹⁰,

Problemviertel und Grenzen kostengünstig überwacht werden. Kostengünstig meint in diesem Falle Kapital- und nicht Arbeitsintensiv. Auch die Rolle der Bürger- und Menschenrechte wird nur dem Namen nach beachtet. So beschloss die Kommission für das oben angesprochene „Rahmenprogramm Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ folgende Zusammensetzung:

„Das Rahmenprogramm 'Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte' soll für den Zeitraum 2007-2013 mit 745 Mio. EUR (zu jeweiligen Preisen) ausgestattet werden. Davon sind 597,6 Mio. € für das Programm 'Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung' und 137,4 Mio. € für das Programm 'Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten' vorgesehen. Innerhalb dieser Mittelausstattung sind 10 Mio. EUR für Verwaltungsausgaben hinzugefügt.“¹¹

Anmerkungen

¹ Ben Hayes: Arming Big Brother - The EU's Security Research Programme, Transnational Institute Briefing Series No. 2006/1, TNI&Statewatch, 2006, <http://www.statewatch.org/analyses/bigbrother.pdf>.

² In Deutschland ist die nationale Kontaktstelle Sicherheitsforschung die VDI-Technologiezentrum GmbH in Düsseldorf.

³ <http://www.securityresearchmap.de>.

⁴ Bundesministerium für Bildung und Forschung: Forschung für die zivile Sicherheit - Eine Bestandsaufnahme: Forschungslandschaft und Ansprechpartner, BMBF, 2007.

⁵ Bundesministerium der Verteidigung: Forschen

für Sicherheit und Verteidigung von morgen - Einrichtungen und Institute mit wehrwissenschaftlichem Forschungsauftrag, BMVg, 2007.

⁶ Die bewilligten Projekte im Bereich Sicherheit lassen sich auf der Homepage des Community Research and Development Information Service (CORDIS) anzeigen (http://cordis.europa.eu/fp7/projects_en.html), dasselbe gilt für die GutachterInnen (<http://cordis.europa.eu/fp6/experts2007.htm>)

⁷ Heiner Busch: Megalomanie - Das Grenzpaket der EU-Kommission, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 89 (1/2008)

⁸ Die Informationen zu den einzelnen Projekten stammen überwiegend von der Homepage des CORDIS (s.o.).

⁹ Pressemitteilung der Kommission (IP/07/1296): Mehr Sicherheit für die EU-Bürger - Kommission fördert den Dialog zwischen öffentlichem und privatem Bereich, 11.9.2007.

¹⁰ Kritische Infrastrukturen werden u.a. vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik definiert (<http://www.bsi.bund.de/fachthem/kritis/index.htm>): „Kritische Infrastrukturen sind Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Nur wenn Kritische Infrastrukturen [...] ohne wesentliche Beeinträchtigungen verfügbar bzw. vor weit reichenden Schäden geschützt sind, können Staat und Wirtschaft uneingeschränkt ihre Aufgaben erfüllen.“

¹¹ Kommission der EG (KOM(2005) 124 endgültig): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Rahmenprogramm „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ 2007-2013.

Neue Broschüre: „Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr“

„In Zusammenarbeit mit Bundeswehr Wegtreten und der IWIOF hat die IMI soeben das Dossier Nr. 58 der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden mit dem Titel „Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr“ veröffentlicht. In dem 20seitigen Dossier (A4) finden sich erweiterte und aktualisierte Beiträge früherer AUSDRUCK-Artikel, die sich sehr gut zum verteilen eignen. Das Dossier kann zum Preis von 2 Euro das Stück (plus Porto) unter imi@imi-online.de bestellt werden.



Orwell im Tschad

Wie Österreich und die Europäische Union Militäreinsätze über die Entwicklungshilfe querfinanzieren

von Jürgen Wagner

Am 15. Oktober 2007 hatte die Europäische Union beschlossen, eine Militärmission in den Tschad und die Zentralafrikanische Republik zu entsenden. Nachdem Österreich von bis Mitte Juni 3048 stationierten Soldaten des EUFOR Chad/RCA-Einsatzes 181 stellt, sorgte Mitte April die Meldung für große Empörung, dass die Kosten hierfür in Höhe von zunächst 25 Mio. Euro dem Entwicklungshilfeetat entnommen werden. So skandalös es ist, dass hiermit Gelder, die zur Armutsbekämpfung gedacht sind, regelrecht zweckentfremdet werden, ist dies jedoch keineswegs - wie die gegenwärtigen Medienberichte suggerieren - ein grundlegend neues Phänomen. Vielmehr ist die Querfinanzierung von Militäreinsätzen mit Hilfe von Entwicklungshilfegeldern innerhalb der Europäischen Union schon länger gängige Praxis.¹

Der entwicklungspolitische Paradigmenwechsel: Ohne Krieg, keine Entwicklung!

Nachdem sich der Druck auf die Industriestaaten im Laufe der 1960er Jahre vergrößerte, verpflichteten sich diese schließlich mit der UN-Resolution 2626 vom 24. Oktober 1970 explizit darauf, mindestens 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Zwar wird diese Marke bis heute von den meisten Ländern bei weitem nicht erreicht, gerade deshalb ist es aber eine entscheidende Frage, welche Ausgaben als Öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) verrechnet werden können. Die Relevanz der ODA-Zahlen ist beträchtlich, geben sie doch Aufschluss darüber, inwieweit die Geberländer ihrer - ohnehin schon sehr bescheidenen - Zusage aus Res. 2626 (1970) nachkommen.

Um die Höhe der Öffentlichen Entwicklungshilfe zu bestimmen, richtete die OECD bereits im Jahr 1969 ein einheitliches Erfassungssystem ein. Seither legt der OECD-Entwicklungshilfeausschuss (OECD-DAC), dem die 22 wichtigsten Geberländer plus die Europäische Kommission angehören, nach dem Einstimmigkeitsprinzip verbindliche Kriterien fest,

was als ODA bezeichnet und abgerechnet werden kann: „Als ODA werden Leistungen der öffentlichen Hand angerechnet, die erstens an Länder vergeben werden, die von der OECD als Entwicklungsländer eingestuft werden, zweitens *das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung verfolgen* und drittens ein Zuschusselement von mindestens 25 % beinhalten.“² Nachdem militärische Aspekte jahrzehntelang kategorisch ausgeschlossen wurden und Entwicklungshilfe sich - zumindest formell - auf Armutsbekämpfung im engeren Sinne konzentrieren musste, liegt es auf der Hand, dass jede Öffnung der ODA-Kriterien zugunsten sicherheitspolitischer Ausgaben die Rüstungsetats entlasten hilft, eine Erhöhung der Entwicklungshilfe lediglich vorgaukelt und so gleichzeitig die miserable Bilanz der Geberländer schönen hilft.

Die Attraktivität einer solchen Querfinanzierung sicherheitspolitischer Aufgaben ist offensichtlich, sie erfordert aber ein Konstrukt, mit dem Militäreinsätze zu einem entwicklungspolitischen Projekt umdefiniert werden können. Obwohl in der Kriegsursachenforschung mittlerweile nahezu unstrittig Armut als wichtigster Faktor für die gewaltsame Eskalation von Konflikten in der sog. Dritten Welt identifiziert wurde³, hat sich mittlerweile die Sichtweise durchgesetzt, Bürgerkriege in „gescheiterten Staaten“ seien ausschließlich auf Binnenfaktoren zurückzuführen (habgierige Warlords, ethnische Konflikte, etc.). Da hierdurch westliche Investitionen und damit eine nachhaltige Entwicklung verhindert würden, bedürften solche Staaten der externen Stabilisierung durch das Militär. Die dahinter stehende „Logik“ wurde bspws. vom Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen Thuman, treffend auf den Punkt gebracht: „Investitionen in Entwicklungsländern schaffen Jobs und Einkommen. [...] Dort wo unsere Unternehmen aktiv sind, stärken sie die Wirtschafts- und Finanzstrukturen. Aber die Wirtschaft braucht sichere Rahmenbedingungen. Mangelnde Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit machen Investitionen schwer verantwort-

bar.“ Entscheidend ist, dass Thuman auf dieser Grundlage die entwicklungspolitische Prioritätensetzung auf den Kopf stellt: „Die Grundhypothese ‚ohne Entwicklung keine Sicherheit‘ stellt sich häufig genau anders herum dar: ‚Ohne Sicherheit keine Entwicklung‘.“⁴ Aus dem Bestreben, militärisch für die Realisierung von Profitinteressen zu garantieren und die bestehenden Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse der Weltwirtschaftsordnung militärisch abzusichern, wird somit schamlos ein entwicklungspolitisches Projekt gemacht.

Dennoch ist diese Sichtweise mittlerweile in nahezu jedem sicherheitspolitischen und seit einiger Zeit auch entwicklungspolitischen Grundsatzdokument anzutreffen. So äußern sich nicht nur zahlreiche Politiker in diese Richtung, sondern auch die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie: „Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut.“ Während es sich hierbei noch um eine weitgehend unstrittige Tatsache handelt, ist die entscheidende Frage jedoch, wie aus diesem Teufelskreis ausgebrochen werden kann und welche Prioritäten damit gesetzt werden: „Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung.“⁵ Analog hierzu sieht sowohl der im Jahr 2006 verabschiedete „Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ als auch der OECD-Entwicklungshilfeausschuss mittlerweile in der Unterstützung des „Stabilitätsexports“ eine der vorrangigsten Aufgaben der Entwicklungspolitik.⁶ Offensichtlich hat ein fundamentaler entwicklungspolitischer Prioritätenwechsel stattgefunden, der von zwei Autoren des *Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik* (DIE) folgendermaßen treffend zusammengefasst wurde: „Keine Entwicklung ohne Sicherheit“ wird immer mehr zu einem entwicklungspolitischen Paradigma, das neue Handlungsweisen in der Entwicklungspolitik erforderlich macht.“⁷ Hierdurch ist der Argumentationsteppich ausgebreitet, mit dem die Unterstützung militärischer „Stabilisierungsmaßnahmen“ als Armutsbekämpfung umdeklariert und so auch eine Querfinanzierung derartiger Maßnahmen legitimiert werden kann.

Die sicherheitspolitische Öffnung der ODA-Kriterien

Der große Dammbruch erfolgte in den Jahren 2004 und 2005 auf den alljährlichen Treffen des zuständigen OECD-Entwicklungshilfeausschusses (DAC High Level Meeting). Dort beschlossen die jeweiligen



OECD Hauptquartier Paris

Fachminister, die ODA-Kriterien in zwei Schritten um verschiedene sicherheitsrelevante Aspekte zu erweitern. Seither sind folgende Maßnahmen ODA-anrechenbar:

1. Verwaltung der Sicherheitsausgaben
2. Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft im Sicherheitssystem
3. Kindersoldaten (Prävention und Demobilisierung)
4. Reform des Sicherheitssektors
5. Zivile Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktlösung
6. Handfeuerwaffen und leichte Waffen (SALW).⁸

Zwar sind - bislang noch - die Kosten für militärische Aspekte friedenserhaltender oder friedenserzwingender Einsätze ebenso wenig ODA-anrechenbar wie die Lieferung von Militärgütern, dennoch eröffnete bereits diese Veränderung der ODA-Kriterien die Möglichkeit, allerlei sicherheitsrelevante Ausgaben per Entwicklungshilfe querzufinanzieren. Insbesondere der Bereich der Sicherheitssektorreform erweist sich hier als problematisch. So wurden bspws. Ausgaben im Rahmen „sicherheitspolitischer Beratung“ in Armenien und Aserbaidschan die Erstellung neuer nationaler Sicherheitskonzepte mit jeweils 1 Mio. Euro aus dem deutschen BMZ-Haushalt unterstützt und als ODA abgerechnet. Da die Weißbücher u.a. die Annäherung an die NATO befördern sollten, ist es kein Wunder, dass sich die durchführende Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) dabei eng mit dem NATO-Vertreter vor Ort abstimmte.⁹ Auch für die Ausbildung der afghanischen Polizei wurden bis Ende 2006 insgesamt 60 Mio. Euro aus dem deutschen Entwicklungshaushalt (Einzelplan 23) aufgewendet.¹⁰ Im EU-Rahmen wurden mittlerweile ebenfalls zahlreiche Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform gestartet. Dabei wird u.a. im Rahmen der EU-Mission EUPOL Kinshasa (jetzt: EUPOL RD Congo) der Aufbau paramilitärischer „Integrierter Polizeieinheiten“ überwacht und angelei-

tet, die wiederholt durch überaus brutales Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft auffielen und damit die Regierung Joseph Kabilas absichern, der sich gegenüber europäischen Wirtschaftsinteressen stets sehr aufgeschlossen gezeigt hat und deshalb von Brüssel unterstützt wird.¹¹ Hieran zeigt sich bereits, dass sich schon heute zahlreiche sicherheitsrelevante Maßnahmen per Entwicklungs-

hilfe querfinanzieren lassen. Mag man noch über Sinn oder Unsinn von Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform, dem Aufbau von Polizeitruppen etc. streiten, dass solche Maßnahmen inzwischen als Offizielle Entwicklungshilfe abgerechnet werden können und damit nicht mehr der Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen, ist zweifellos negativ.

Doch die bislang eingeleiteten Maßnahmen gehen vielen Geberländern noch nicht weit genug.¹² So werden zwar derzeit bereits die Mittel zur Unterstützung von Militärmissionen der Afrikanischen Union (AU, gegr. 1993) über die Afrikanische Friedensfazilität (African Peace Facility) finanziert und damit dem Topf des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) entnommen, ODA-anrechenbar sind diese Gelder bislang jedoch noch nicht.¹³ In diesem Zusammenhang wurde allein die AU-Mission im Sudan (AMIS) mit mehr als 300 Mio. Euro unterstützt, ein Einsatz, der direkt erhebliche wirtschaftliche und strategische EU-Interessen berührt.¹⁴ Obwohl betont wurde, bei dieser Querfinanzierung handele es sich um „eine aus der Not geborene Ausnahmelösung“¹⁵, wurden für die Jahre 2008 bis 2010 erneut 300 Mio. Euro eingestellt.¹⁶ Auch im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik sollen in den nächsten fünf Jahren im Rahmen von Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform Ausgaben in Höhe von 436 Mio. Euro dem Topf des Europäischen Entwicklungsfonds entnommen werden¹⁷, womit die Gelder der Peace Facility bereits jetzt verplant sind und somit eine weitere Erhöhung absehbar ist. Mit der Peace Facility wurde ein Präzedenzfall geschaffen, an dem die Forderung nach einer Erweiterung der ODA-Kriterien auf Militäreinsätze aufgehängt werden kann. Die EU-Kommission jedenfalls fordert genau dies: „Damit zur Unterstützung friedenssichernder Maßnahmen in Afrika mehr Mittel zur Verfügung stehen, wäre es angebracht, innerhalb des Entwicklungs-

ausschusses der OECD (DAC) einen Konsens zu suchen, um das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe als unterstützungswürdig geltende Hilfespektrum auszuweiten auf die Unterstützung der afrikanischen Kapazitäten zur Durchführung friedenssichernder und damit zusammenhängender Maßnahmen.“¹⁸

Noch weiter gehen die Forderungen, sog. Peace Support Operations (PSOs), friedenserhaltende und selbst friedenserzwingende UN-Einsätze mit einem Mandat zur offensiven Gewaltanwendung ODA-anrechenbar zu machen, was bislang nur zu einem extrem geringen Anteil möglich ist.¹⁹

Schon im Vorfeld des DAC High Level Meetings im Jahr 2004 wurde Druck ausgeübt, auch die direkte Finanzierung derartiger UN-Einsätze in die ODA-Kriterien aufzunehmen. So forderte eine G8-Erklärung im Jahr 2003, „einen Konsens im OECD-Entwicklungshilfeausschuss herzustellen, Entwicklungshilfe für PSO-bezogene Aktivitäten freizusetzen.“²⁰ Da hierüber kein Konsens erzielt werden konnte, wurde das Thema zunächst bis zum High Level Meeting Anfang 2007 vertagt. Zwar stand dort die ODA-Anrechenbarkeit von PSOs auf der Tagesordnung, die Gegner einer Ausweitung konnten sich gegen die Befürworter, Kanada, Schweden und die Vereinigten Staaten - Finnland und Deutschland standen einer Ausweitung ebenfalls wohlwollend gegenüber - durchsetzen.²¹ Dennoch wurde eine weitere Evaluierung der Thematik beschlossen und die Option offen gehalten, diesen Aspekt im Jahr 2008 erneut auf die Agenda zu setzen.²² Darüber hinaus ist aber die bereits erfolgte Ausweitung der ODA-Kriterien unumstritten, eine Rücknahme dieses Dammbrechens ist derzeit nicht abzusehen und stand zu keinem Zeitpunkt zur Debatte.²³

Sollte es tatsächlich gelingen, Militäreinsätze im Rahmen der Vereinten Nationen als ODA abrechnen zu können, würde hiermit Schätzungen zufolge eine Erhöhung der Öffentlichen Entwicklungshilfe um 8-12% erfolgen, ohne dass die Geberländer einen Cent mehr in die Armutsbekämpfung investieren müssten. Gegenwärtig am teuersten sind jedoch Einsätze, die nicht von den Vereinten Nationen geführt werden (Afghanistan, Kosovo, Tschad, etc.). Sollte sich die Forderung durchsetzen, selbst solche Einsätze als ODA zu deklarieren, würden die ODA-Zahlen rapide ansteigen. Allein für Deutschland würde dies eine „Erhöhung“ um 25% bedeuten. Im Falle der USA wäre in diesem Fall sogar noch vor dem extrem kostenintensiven Angriffs-

krieg gegen den Irak ein ODA-Anstieg um 44% zu verzeichnen gewesen.²⁴ Es liegt auf der Hand, dass eine derartig vorgegaukelte massive Erhöhung der Entwicklungshilfe unter allen Umständen verhindert werden muss. Gerade deshalb ist die jüngste Zusage der OECD, die österreichischen Ausgaben für den *Militäreinsatz* im Tschad vollständig als ODA abzurechnen, überaus problematisch. Umso mehr, da hiermit ein Präzedenzfall gesetzt werden könnte, der auf dem OECD High Level Meeting im Jahr 2009 endgültig den Weg zur Querverfinanzierung von Militäreinsätzen mit Entwicklungshilfegeldern freimachen könnte.

Österreichische Kriegsentwicklungshilfe im Tschad

Auch in Österreich werden Militäreinsätze wie im Tschad mit dem oben beschriebenen neuen entwicklungspolitischen Paradigma begründet. So äußerte sich Hans Winkler, Staatssekretär im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, folgendermaßen: „Nachhaltige Entwicklung kann ohne Sicherheit und Stabilität nicht erfolgen.“²⁵ Ungeachtet der österreichischen Neutralität beteiligt sich das Land deshalb mit dieser Begründung mit derzeit 181 Soldaten am EU-Einsatz im Tschad. Was jedoch für die Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform gilt, nämlich, dass deren „stabilisierender“ Charakter durchaus fragwürdig ist und vieles eher dafür spricht, dass hiermit vielmehr europäische Interessen durchgesetzt werden sollen, trifft umso mehr für direkte EU-Militäreinsätze zu. Auch die Mission

im Tschad macht hier keine Ausnahme.²⁶

In jedem Fall - egal, ob man der EU nun altruistische oder egoistische Motive unterstellt - sollten die Kosten für derlei Einsätze nicht über Töpfe gedeckt werden, die eigentlich für Maßnahmen zur direkten Armutsreduzierung gedacht sind. So kritisiert Christoph Petrik-Schweifer, Chef der Auslandshilfe von Caritas Österreich: „Wenn ein Militäreinsatz in die Entwicklungshilfe eingerechnet wird, wird das Geld an anderer Stelle, etwa bei der Nahrungsmittelhilfe, fehlen.“²⁷ Dennoch berichtete der Standard Mitte April 2008, einen Monat vor dem wichtigen Treffen der Geberländer, Österreich sei von der OECD die ODA-Anrechenbarkeit des Einsatzes zugesichert worden.²⁸ Als Begründung gibt Staatssekretär Hans Winkler folgendes an: „Bei diesem Fall steht der humanitäre Einsatz im Vordergrund und daher ist dieser Einsatz zu einem großen Prozentsatz anrechenbar.“²⁹

Offiziell verfolgt der Einsatz das Ziel, Flüchtlingslager militärisch zu schützen, eine Maßnahme, die den ODA-Kriterien zufolge eigentlich nicht anrechenbar sein dürfte. Da darüber hinaus heutzutage nahezu jeder Kriegseinsatz humanitär begründet wird - man erinnere sich nur an die Bombardierung Jugoslawiens im Jahr 1999 -, könnte die österreichische Argumentation der groß angelegten Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe Tür und Tor öffnen. Denn dieses Beispiel droht Schule zu machen, wie wiederum der *Standard* mit Verweis auf österreichische Regierungsquellen berichtet: „Auch andere

Staaten werden sich den Einsatz anrechnen lassen, heißt es.“³⁰ Wohin diese Entwicklung führen könnte, deuten Aussagen des deutschen CDU-Haushaltspolitikers Ole Schröder an: „Missionen wie zum Beispiel in Nordafghanistan und im Kongo sind eindeutig Entwicklungshilfe.“ Entlarvend ist jedoch Schröders Zusatz, durch eine Finanzierung solcher „humanitärer Missionen“ aus dem Entwicklungshilfe-Etat könne der Wehretat „in Millionenhöhe entlastet“ werden.³¹

Zynisch gesagt: sollte sich diese Sichtweise durchsetzen, hätten die Industriestaaten keinerlei Schwierigkeiten ihre jahrzehntealten Zusagen, die Entwicklungshilfe substanziell zu erhöhen, einzuhalten, wenn dies über eine einfache Umschichtung von Rüstungsausgaben bewerkstelligt werden kann. Schon heute geben die OECD-Länder 30% ihrer Gelder für Maßnahmen aus, die nicht unmittelbar der Armutsbekämpfung dienen und deren langfristige Wirkungen bestenfalls hochgradig fragwürdig sind (bspws. Ausgaben für ausländische Studenten und die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, einschließlich der Abschiebungskosten!). In Deutschland beläuft sich diese „Phantomhilfe“ nach Berechnungen der Hilfsorganisation CONCORD auf 43% der gesamten ODA-Ausgaben, in Österreich sogar auf 62%.³² Sollte nun am Beispiel des Tschad tatsächlich eine generelle Anrechenbarkeit von Militäreinsätzen ermöglicht werden, verkommen alle vollmundigen Zusagen der Gebergemeinschaft, die Entwicklungshilfe substanziell zu erhöhen, zu einem schlechten Witz.

Tabelle: Phantomhilfe der EU-Länder im Jahr 2005

Land	Offizielle ODA	Phantomhilfe Gesamt	Offizielle ODA/BSP	Tatsächliche ODA/BSP	Anteil Phantomhilfe
	2005 (€)	2005 (€)	2005 (%)	2005 (%)	2005 (%)
Luxemburg	212	0	0,87%	0,87%	0%
Schweden	2640	174	0,92%	0,86%	7%
Dänemark	1696	129	0,81%	0,75%	8%
Niederlande	4130	477	0,82%	0,73%	12%
Irland	557	1	0,41%	0,41%	0,3%
Belgien	1590	400	0,53%	0,40%	25%
Finnland	722	132	0,47%	0,38%	18%
Großbritannien	8656	2977	0,48%	0,31%	34%
Frankreich	8096	3252	0,47%	0,28%	40%
Spanien	2514	435	0,29%	0,24%	17%
Griechenland	431	2	0,24%	0,24%	0,4%
Deutschland	7081	3412	0,35%	0,20%	43%
Portugal	295	16	0,21%	0,20%	5%
Österreich	1249	772	0,52%	0,20%	62%
Italien	4067	1365	0,29%	0,19%	34%
Gesamt	44836	13546			30%

Quelle: EU aid: genuine leadership or misleading figures? An independent analysis of European Governments' aid levels. Joint European NGO Report, CONCORD (April 2006), S. 11.

Fazit: Ohne Gerechtigkeit, keine Sicherheit

Angesichts zahlreicher gewaltsamer Konflikte mag es verständlich erscheinen, wenn von vielen Seiten in einen militärischen Aktionismus verfallen wird, die richtige Reaktion ist dies deshalb noch lange nicht. Ohne die Anerkennung der Tatsache, dass die westliche Interessenspolitik und die westlich-dominierte neoliberale Weltwirtschaftsordnung, die eine drastische Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung verursacht hat, die wichtigste Ursache für das gewaltsame Ausbrechen von Konflikten darstellt, verbleiben alle Lösungsvorschläge dabei, Symptome wortwörtlich zu bekämpfen, statt die ihnen zugrunde liegenden Ursachen zu beseitigen.

Dies würde aber nicht nur eine Fokussierung der Entwicklungshilfe auf Maßnahmen zur strikten Armutsbekämpfung

erfordern, sondern auch ein Nachdenken darüber, ob sich die Entwicklungsarbeit nicht grundsätzlich einen neuen Schwerpunkt suchen sollte. So betont eine Studie von Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité (CIDSE) richtigerweise, dass gegenwärtige Ansätze „der Illusion anhängen, dass Probleme gelöst werden könnten, ohne die fundamentale globale Ungerechtigkeit, Machtungleichgewichte und Praktiken wie den Waffenhandel zu verändern, die Konflikte anheizen und zu Unsicherheit beitragen. CIDSE sieht in der Veränderung der strukturellen Ursachen von Armut und globaler Ungerechtigkeit zentrale Elemente seiner Entwicklungsarbeit. Daraus folgt, dass wir nicht glauben, dass globale Sicherheit ohne Veränderungen im Norden erreichbar sein wird.“³³ Dies erfordert aber eine systemkritische Fokussierung der Entwicklungspolitik, die es sich zur Hauptaufgabe macht, den im Norden liegenden Armutsursachen durch eine Veränderung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung entgegenzuarbeiten. Eine solche Kehrtwende wäre die einzig richtige Schlussfolgerung aus den gravierenden Problemen, vor denen die Welt heute steht. Da aber generell keinerlei Bereitschaft existiert, die Spielregeln der Weltwirtschaft zu verändern, setzen die westlichen Industrienationen immer stärker auf militärische Mittel, um die systemisch produzierten Armutskonflikte notdürftig unter Kontrolle zu halten und perpetuieren damit den Teufelskreis aus Armut und Gewalt. Umso schlimmer ist es, dass die Entwicklungspolitik immer mehr zum Komplizen dieser Politik zu werden droht und sich hierdurch zunehmend diskreditiert.

Anmerkungen

¹ Vgl. zu diesem Thema ausführlich Wagner, Jürgen: Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, August 2007, URL: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmd5b7796242967.pdf> (20.04.2008).

² Hamann, Birte: Sicherheit und Entwicklung, Veränderungen in der Entwicklungspolitik der USA und Deutschlands angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr.30/2005, S. 3. Eigene Hervorhebung.

³ Vgl. Collier, Paul: Breaking the conflict trap, World Bank Policy Research Report 2003, S. 53; vgl. auch UN Millennium Project: Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals, New York 2005, URL: <http://www.who.int/hdp/publications/4b.pdf> (10.04.2008), S. 8; Congressional Budget Office: Enhancing US Security

Through Foreign Aid, Washington, DC, April 1994; Brzoska, Michael: Wie werden wir die nächsten hundert Jahre überleben?, Zeit Online, 17.08.2006. Vgl. für eine Literaturübersicht Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008, S. 36ff.

⁴ Thumann, Jürgen R.: Interrelation of Economic Development and Security, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 12.2.2005.

⁵ Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 2003, S. 2.

⁶ Vgl. Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik, Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission (2006/C 46/01); OECD: Principles for Good International Engagement in Fragile States, April 2007.

⁷ Klingbiel, Stephan/Roehder, Katja: Das entwicklungspolitisch-militärische Verhältnis: Der Beginn einer neuen Allianz?, DIE Analysen und Stellungnahmen, 1/2004, S. 1.

⁸ Vgl. OECD erweitert Entwicklungshilfe-Kriterien, in: Entwicklung & Zusammenarbeit, 6/2004; Sicherheit: ODA-Kriterien erweitert, in: Entwicklung & Zusammenarbeit 5/2005.

⁹ Roehder, Katja: Die NATO als Kooperationspartner für die Entwicklungspolitik. Neue Konzeptionen zivil-militärischer Zusammenarbeit, 1. Dezember 2005, La Redoute, Bonn, S. 17.

¹⁰ Vgl. zu den Kosten: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Monika Knoche, Paul Schäfer (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. - Drucksache 16/3385.

¹¹ Vgl. hierzu ausführlich Wagner 2007, S. 50ff.

¹² So forderte der heutige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer in seiner damaligen Funktion als niederländischer Außenminister bereits im Jahr 2003, im Rahmen der Sicherheitssektorreform u.a. die Lieferung von Militärkomponenten als ODA anzuerkennen. Vgl. de Hoop Scheffer/Kamp/van Ardenne-van der Hoeven: The Netherlands and crisis management; three issues of current interest, Den Haag 29.10.2003, URL: <http://tinyurl.com/6erghx> (17.04.2007).

¹³ Vgl. ODA Eligibility of Conflict, Peace and Security Expenditures, High Level Meeting, 3-4 April 2007, DCD/DAC(2007)23/REV1, S. 5.

¹⁴ European Union, Council Secretariat: EU support to the African Union Mission in Darfur - AMIS, Fact Sheet, January 2008, URL: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080109-Factsheet8-AMISII.pdf> (21.04.2008).

¹⁵ Wadle, Sebastian/Schukraft, Corina: Die Peace Facility for Africa - Europas Antwort auf die Krisen in Afrika?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2005, S. 99-119, S. 105.

¹⁶ Kinzel, Wolf: Afrikanische Sicherheitsarchitektur – ein aktueller Überblick, GIGA Fokus, Nr. 1/2007.

¹⁷ Vgl. European Union, Council Secretariat: EU Military Operation in Eastern Chad and North

Eastern Central African Republic (EUFOR Tchad/RCA), Background, January 2008, URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/98416.pdf (18.04.2008).

¹⁸ Mitteilung der Kommission an den Rat: Der EU-Afrika-Dialog, Brüssel, den 23.6.2003 KOM(2003) 316 endgültig, S. 10.

¹⁹ Bis zum Jahr 2005 waren die diesbezüglichen DAC-Richtlinien ungenau formuliert. Seither gilt ein Beschluss der DAC-Arbeitsgruppe Statistik, wonach die multilateralen Beiträge zum UNO-Kernbudget für Friedensmissionen ab dem Berichtsjahr 2005 zu 6 % als ODA anrechenbar sind.

²⁰ Mollet, Howard: Should Aid Finance Southern Peacekeeping?, the networker, Dezember 2004.

²¹ Zu den Kritikern gehörten damals noch Österreich, Dänemark, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Großbritannien und die Europäische Kommission. Vgl. ODA Eligibility of Conflict, Peace and Security Expenditures, High Level Meeting, 3-4 April 2007, DCD/DAC(2007)23/REV1, 22-März 2007, S. 5.

²² Draft Summary Record of the 11th Meeting of the CPDC Network, DCD/DAC/CPDC/M(2007)1/PROV, 25 Mai 2007.

²³ Vgl. ODA Eligibility of Conflict, Peace and Security Expenditures, High Level Meeting, 3-4 April 2007, DCD/DAC(2007)23/REV1, S. 5.

²⁴ Brzoska, Michael: Analyse und Empfehlungen zur internationalen Erfassung von sicherheitsrelevanten Ausgaben innerhalb und außerhalb der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA), BICC paper 53/2006, S. 24f.

²⁵ Staatssekretär Hans Winkler bei der EU-Afrikanischen Ministerkonferenz zu Migration und Entwicklung, 22.11.2006, URL: <http://tinyurl.com/6yt3to> (21.04.2008).

²⁶ Vgl. Pflüger, Tobias: Die angebliche Neutralität der EU-Mission im Tschad ist unglaubwürdig, IMI-Standpunkt 2008/006.

²⁷ Wirbel um Finanzierung der Tschad-Mission, Der Standard, 15.04.2008.

²⁸ Tschad-Einsatz als Entwicklungshilfe: „Mogelpackung“, Der Standard, 15.04.2008.

²⁹ Politstreit: Gilt der Einsatz im Tschad als Entwicklungshilfe?, Die Presse, 15.04.2008.

³⁰ Wirbel um Finanzierung der Tschad-Mission, Der Standard, 15.04.2008.

³¹ CDU will Bundeswehr aus Entwicklungshilfe-Etat bezahlen, Spiegel Online, 08.09.2006, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,435912,00.html> (12.06.2007).

³² EU aid: genuine leadership or misleading figures? An independent analysis of European Governments' aid levels. Joint European NGO Report, CONCORD (April 2006), S. 11. Eine Auflistung von sicherheitsrelevanten Ausgaben Österreichs, die bereits heute als ODA abgerechnet werden, findet sich bei OECD: ODA Casebook on Conflict, Peace and Security Activities, DCD/DAC(2007)20/REV1, 13.09.2007, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/27/21/39967978.pdf> (20.04.2008).

³³ CIDSE Study on Security and Development, Reflection Paper, January 2006, S. 4.

Was kostet Guinea-Bissau?

Per Geheimabkommen wird Guinea-Bissau zur Brüssler Kolonie

von Christoph Marischka

Am 17. Juli 2007, kurz nachdem Portugal die Ratspräsidentschaft von Deutschland übernommen hatte, informierte Carlos Durrant Pais, portugiesischer Vertreter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSC) den Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament, dass die EU erwäge, eine Militärmission in dem kleinen Land Guinea-Bissau an der westafrikanischen Küste durchzuführen. Eine erste Erkundungsmission hatte bereits Anfang Mai 2007, also noch unter deutscher Ratspräsidentschaft, stattgefunden. Auch die UN waren offensichtlich bereits informiert: Deren Büro in Guinea-Bissau hatte exakt zwei Wochen zuvor dem Generalsekretär einen Bericht¹ vorgelegt, in dem von der Erkundungsmission die Rede ist und davon, dass die EU sich bei der Reform des Sicherheitssektors des Landes beteiligen will. Die UN überwacht dort die politische Stabilisierung nach einer Serie eher unblutiger Putsche, die wiederholt Joao Bernardo Vieira als Präsidenten hervorbrachten. Dieser wurde zuletzt 2005 gewählt und hatte nach innenpolitischen Spannungen im Frühjahr 2007 einen Stabilitätspakt mit der Opposition ausgehandelt und eine neue Regierung gebildet, Neuwahlen sind für 2008 vorgesehen. Im Vordergrund des UN-Berichts stehen die Konsolidierung des politischen Systems sowie die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes.

Armut als Sicherheitsrisiko

Guinea-Bissau hat etwa 1,5 Mio. Einwohner, die zu 82% in der Landwirtschaft – überwiegend auf Basis der Subsistenzwirtschaft – tätig sind und ist eines der fünf ärmsten Länder der Erde. Jedes 10te Kind stirbt und die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 47,5 Jahre. Nicht einmal

jedEr Zweite kann lesen und schreiben und viele sprechen die Amtssprache Portugiesisch nur rudimentär. Der Außenhandel ist mit 133 Mio. US\$ äußerst gering und besteht fast nur aus Fischereiprodukten und Nüssen, insbesondere Cashew-Nüssen. Im Jahr 2005 wuchs das BIP zwar um 4,5%, das Wachstum brach aber 2006 auf 1,8% ein, insbesondere, weil die Nachfrage nach Cashew-Nüssen sank und sich einige Exporteure aus dem Land zurückzogen.² Die Rohstoffe, über die das Land verfügt, insbesondere Bauxit, können noch nicht



Wegweisend: EU-Militärberater begutachten Stützpunkt in Guinea-Bissau

in großem Maßstab rentabel abgebaut und exportiert werden. Die industrielle Infrastruktur wurde 1998 bei Gefechten zwischen Regierung und Opposition weitgehend zerstört und seit dem kaum wieder aufgebaut: Guinea-Bissau verfügt nur über knapp 1.000 km asphaltierte Straßen und einen einzigen Flughafen, auf dem große Frachtmaschinen starten und landen können.

Auch die Öl- und Gasvorkommen vor der Küste des Landes sind deshalb bislang unerschlossen. Guinea-Bissau hat das UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) von 1982 unterschrieben und ratifiziert, und hat somit das Recht, den Meeresboden bis zu 350 Seemeilen in den Atlantik hinein auszubeuten. Das Land ist mit fast 1 Mrd. Euro verschuldet und kann diese Schulden

regelmäßig nicht bedienen. Der Gesamthaushalt der Regierung beträgt nur knapp über 100 Mio. US\$, weshalb sie ihre BeamtInnen und Angestellten oft Monate lang nicht ausbezahlen kann. Seit der Regierungsneubildung haben die ArbeiterInnenunruhen zwar nachgelassen, doch im Juni 2007 drohten die Gewerkschaften der Lehrer und der Angestellten im Gesundheitssektor erneut mit Streiks.

Doch die UN und insbesondere die EU machten sich im 2. Halbjahr 2007 andere Sorgen. Bereits am 24. September 2006 waren von der Kriminalpolizei 670 kg Kokain beschlagnahmt worden, die anschließend verschwanden. Am 3. April 2007 waren zwei Soldaten erneut mit 635 kg Kokain erwischt, der Militärpolizei übergeben, aber anschließend wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten zeigten sich beunruhigt über die Sicherheitslage in der gesamten Region und vermuteten, dass sich Guinea-Bissau zum Umschlagplatz für Drogen aus

Lateinamerika nach Europa entwickelt hätte. Dies bestätigte das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)³ im Dezember 2007: 33 Tonnen Kokain seien seit 2005 in ganz Westafrika beschlagnahmt worden und dabei handele es sich nach Angaben des UNODC-Direktors „möglicherweise nur um die Spitze des Eisberges“.⁴ Tatsächlich gelten Häfen in fragilen Staaten mit schlecht bezahlten und deshalb korrupten Sicherheitskräften mittlerweile als Bedrohung

im Sinne der US-amerikanischen und europäischen Sicherheitsstrategien. Nicht nur, weil sie als Umschlagplatz für Drogen und Waffen dienen können, auch weil sie von undokumentierten MigrantInnen und Piraten genutzt werden können und einen reibungslosen Ablauf des Welthandels beeinträchtigen. 25% ihres Öls wollen die USA zukünftig aus Afrika beziehen, eine Pipeline aus dem Tschad transportiert schon heute Öl an die Küste Kameruns, Pläne existieren, eine weitere aus dem Sudan an den Golf von Guinea zu verlegen. Deshalb bemühen sich auch die USA gegenwärtig um „die Förderung einer durch Regionalstaaten bereitgestellten Fähigkeit zur Überwachung des Seeraums vor Westafrika“.⁵ Dies betrifft zwar überwiegend die Länder südlich von Guinea-Bissau, dessen zerklüf-

tete Küsten müssen aber die Tanker nach Europa wie auch die in die USA passieren, bevor sie auf den offenen Atlantik fahren.

Vorbereitungen zur Intervention

Am 31. Oktober 2007 konkretisierte das PSC gemeinsam mit Vertretern der EU-Mitgliedsstaaten die Pläne für einen EU-Militäreinsatz zur Reform des Sicherheitssektorreform in Guinea-Bissau, die noch unter portugiesischer Ratspräsidentschaft, also bis Ende des Jahres, beschlossen werden sollte. Hierzu wurde eine weitere Erkundungsmission in das Land entsandt, die am 10. Dezember den EU-Verteidigungsministern im Rat Vorschläge zu Eckpunkten des Einsatzes vorlegte, welche „ohne Diskussion“ angenommen wurden: 12-15 Soldaten und Polizisten sollten ab März 2008 für zunächst ein Jahr nach Guinea-Bissau entsandt werden, um bei der Ausarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie zu helfen, die dortige Armee umzustrukturieren, die Polizei bei Ermittlungen zu beraten und ihre Zusammenarbeit mit dem lokalen Büro von Interpol zu verbessern. Nachdem dies beschlossen wurde, erfolgte am 10. Januar 2008 eine offizielle Einladung durch die Regierung von Guinea-Bissau an die EU, eine Sicherheitssektorreform im Land durchzuführen. Diese wurde vom Rat der EU-Außen- und Verteidigungsminister am 12. Februar unter dem Namen EU SSR GUINEA-BISSAU beschlossen.⁶ Am 5. Mai wurde vom PSC auf Vorschlag des EU-Außenbeauftragten Solana der spanische General Juan Esteban Verástegui als Oberkommandierender eingesetzt, ein Logistik-Experte, der bereits in Bosnien und Herzegowina, Guatemala und

der DR Congo im Einsatz war und als Verbindungsoffizier zur NATO diente.⁷ Damit wurde endgültig besiegelt, was sich schon in der Vorbereitung durch das PSC und den EU-Militärstab andeutete: dass die Mission unter militärischem Kommando stattfinden wird. Nach Solana sei dies die erste Mission, welche alle drei Bereiche, Polizei, Militär und Justiz, gemeinsam umfasse.⁸ Bisher fanden bspw. in der DR Congo getrennte Missionen zur Reform der Armee und dem Aufbau neuer Polizeieinheiten statt.⁹

Verástegui trat am 20. Mai vor die Presse und erläuterte die genaueren Ziele der Mission.¹⁰ Nach der Umstrukturierung solle die neue Armee Guinea-Bissaus über 2.000-2.500 Soldaten verfügen, nicht aber über schwere Geschütze oder gepanzerte Fahrzeuge. Dafür soll es zukünftig eine Gendarmerie geben, also schwer bewaffnete Polizeieinheiten, die auch unter militärischem Kommando eingesetzt werden können. Die Schutzpolizei soll zentralisiert und ein rechtlicher Rahmen für einen offiziellen Geheimdienst und Bereitschaftspolizei geschaffen werden. Auch die Ausbildung einer Justiz-Polizei wird erwogen, wohl-gemerkt: all das soll unter militärischem Kommando erfolgen. Der Beginn der Mission war mittlerweile auf Anfang Juni verschoben worden, drei „Experten“ sind aber bereits im Land, um das Verteidigungsministerium zu beraten.

Das Abkommen

Erst am 10. Juni legte aber der Rat der Außen- und Verteidigungsminister seinen geheimen Vorschlag für ein Abkommen zwischen der EU und der Republik Guinea-Bissau über die Rechtsstellung

der Mission vor. Dabei handelt es sich de facto um einen Besatzungsvertrag, der von einem souveränen Staat normalerweise allenfalls nach einer bedingungslosen Kapitulation unterschrieben würde. Die Republik Guinea-Bissau soll diesem zur Folge auf nahezu alle souveränen Rechte gegenüber dem Personal der EU-Mission verzichten. Dieses ist rechtlich immun, unterliegt lediglich der Straf- und Disziplinargerichtsbarkeit des Entsendestaates und seine Fahrzeuge, Gebäude und Eigentum sind vor Durchsuchung, Beschlagnahme und Pfändung geschützt. Das Personal unterliegt „keinen Pass-, Zoll-, Visum- oder Einwanderungsvorschriften und keinerlei Einwanderungskontrollen“, außer für erbrachte Dienstleistungen ist es von allen Steuern und Abgaben befreit. Guinea-Bissau und alle öffentlichen Bediensteten haben der EU-Mission „uneingeschränkte Unterstützung“ zu leisten und Zugang zu allen „Gebäuden, Anlagen, Örtlichkeiten und Dienstfahrzeugen, die der Aufsicht des Aufnahmestaats unterliegen“ sowie allen „Dokumenten, Material und Informationen, über die der Aufnahmestaat verfügt und die für das Mandat der EU SSR GUINEA-BISSAU von Bedeutung sind“ zu gewähren. Archive, Unterlagen und Korrespondenz der EU-Mission sind hingegen „unverletzlich“ und damit für die Behörden des Aufnahmelandes nicht einsehbar. Auch für Mieten etc. muss das europäische Personal nicht aufkommen, „[d]er Aufnahmestaat stellt Anlagen im Besitz des Aufnahmestaats und Anlagen im Besitz juristischer Personen des Privatrechts soweit verfügbar kostenlos bereit, sofern diese Anlagen für administrative und operative Tätigkeiten der EU SSR GUINEA-BISSAU benötigt werden.“ Diese ist die Mission befugt, nach Belieben „entsprechend ihren operativen Erfordernissen zu errichten, zu verändern oder auf andere Weise umzugestalten.“ Sie ist außerdem befugt, „Funksende und -empfangsanlagen sowie Satellitensysteme einzurichten und zu betreiben... Der Aufnahmestaat gewährt kostenfreien Zugang zum Frequenzspektrum.“ Ausdrücklich wird noch festgelegt, dass weder Personal noch die Mission selbst für Verluste „aufgrund von Maßnahmen in Verbindung mit zivilen Unruhen oder dem Schutz“ der Truppe haftbar gemacht werden kann. Das Abkommen gilt, bis die EU es für beendet erklärt: „Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft und bleibt bis zu dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die letzten Mitglieder des Personals der EU SSR GUINEA-BISSAU entsprechend einer Mitteilung der EU SSR GUINEA-BISSAU das Land verlassen.“



EU-Soldat sichtet Kartenmaterial in Guinea-Bissau

Dieser Abzug der EU-Soldaten und Polizisten wird aber absehbar auf sich warten lassen, ist es doch erklärte Absicht der EU-Mission, die Armee des Landes auf eine Größenordnung zu reduzieren, mit der sie nicht einmal gegen eine Miliz verteidigungsfähig ist. Insofern wird sich die EU dauerhaft als Schutzmacht im Land etablieren. Analysten haben die Vermutung geäußert, dass ein mittelfristiges Ziel der EU darin besteht, zumindest Satelliten- und Radaranlagen im Land zu installieren, andere denken gleich an eine größere EU-Militärbasis, die dauerhaft in Westafrika entstehen soll. Während die USA nach wie vor nach afrikanischen Kooperationspartnern suchen und ihr Hauptquartier für Militäreinsätze in Afrika (AfriCom)¹¹ einstweilen provisorisch in Stuttgart eingerichtet haben, habe die EU schlicht ein kleines Land annektiert, wird in Brüssel gespottet.

Warum aber sollte Guinea-Bissau diesem Abkommen zustimmen? Vielleicht weil der Regierung die 19,5 Mio. Euro, die schon jetzt durch den Europäischen Entwicklungsfond für die Reform des Sicherheitssektors,

also den Aufbau neuer Armee- und Polizeieinheiten, Justizgebäude und Gefängnisse, bereitgestellt wurden, attraktiv erscheinen.¹² Vielleicht auch, weil EU-Vertreter unter der Hand weitere 100 Mio. Euro, ebenfalls aus dem Entwicklungsfond, in Aussicht gestellt haben. Das ist immerhin fast ein Jahreshaushalt.

Anmerkungen

¹ Report of the Secretary-General on developments in Guinea-Bissau and activities of the United Nations Peacebuilding Support Office in that country, S/2007/401

² S/2007/401

³ UNODC: Cocaine Trafficking in Western Africa, Situation Report, October 2007, <http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/Cocaine-trafficking-Africa-en.pdf>

⁴ UN News Centre: UN Peacebuilding Commission to begin assisting Guinea-Bissau, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=25039&Cr=peacebuilding&Cr1=>

⁵ Wolf Kinzel, Sascha Lange: Afrika im Fadenkreuz der USA? – Warum die USA ein Afrikakommando einrichten, SWP-Aktuell 17, März 2007, <http://www.swp-berlin.org/common/>

get_document.php?asset_id=3823

⁶ Rat der EU (2008/112/CFSP): Council Joint Action on the European Union mission in support of security sector reform in the Republic of Guinea-Bissau (EU SSR GUINEA-BISSAU).

⁷ Rat der EU (S095/08): Pressemitteilung (4.3.2008): Javier Solana, EU High Representative for the CFSP, welcomes the appointment of General Esteban Verástegui as the Head of the EU mission in support of security sector reform in Guinea-Bissau.

⁸ Ebd.

⁹ Christoph Marischka: Manöver am Congo, IMI-Analyse 2005/016, <http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1190>

¹⁰ Afriquenligne: Guinea Bissau's future army will be up to 2,500 men, 20.5.2008, <http://www.afriquenligne.fr/news/africa-news/guinea-bissau's-future-army-will-be-up-to-2,500-men-200805214381.html>

¹¹ Thomas Mitsch: AFRICOM - Stuttgart wird wichtigste US-Basis im Wettlauf um Afrikas Öl, in AUSDRUCK (April 2007), <http://www.imi-online.de/download/TM-april07.pdf>

¹² Rat der EU (6372/08 (Presse 38)): Pressemitteilung: Council establishes EU mission in support of security sector reform in Guinea-Bissau, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/98710.pdf

Ausufernde Amtshilfe

Der Bundeswehreinsatz im Inneren ist zur Routine geworden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraction zur Amtshilfe der Bundeswehr hervor (BT-Drucksache 16/9402). So wurden die Besatzungen von 10 Polizeihubschraubern der Bundespolizeifliegergruppe, die für den Einsatz bei der EM bereitgehalten wurden, im Rahmen der Amtshilfe in 35 Doppelzimmern der Prinz-Eugen-Kaserne in München untergebracht. Die Bundeswehr bot dem Innenministerium während des Turniers außerdem Unterkünfte in Mittenwald, Kempten und Mühlheim an. Selbst für die „Verpflegungseinnahme von ca. 220 Polizisten“ bat die Bundespolizeinspektion Weil am Rhein um Unterstützung durch die Armee und bekam daraufhin eine Bundeswehrliegenschaft bei Ochtrup zur Verfügung gestellt. Die Innenministerien von Bayern und Baden-Württemberg forderten „taktische Unterstützung“ ihrer Polizeihubschrauberkräfte durch die Bundeswehr an und baten darum, Verbindungs-offiziere in einen Gefechtsstand des Einsatzführungsdienstes der Luftwaffe in Meßstetten zu entsenden. Zumindest die Baden-Württembergischen Kräfte konnten so auf die Radar- und Funk-Informationen der Bundeswehr zurückgreifen und mit

deren Hilfe Luftfahrzeuge identifizieren.

Die Antwort der Bundesregierung macht aber auch deutlich, dass es mittlerweile keiner Großereignisse mehr bedarf, um die Unterstützung der Bundeswehr im Inland auf den Plan zu rufen. Feuerwehr, Wasser- und Bergwacht werden bei ihren Übungen und der Ausbildung ihres Personals regelmäßig durch die Bundeswehr unterstützt, die beispielsweise Helikopter für diese zur Verfügung stellt. Eingespielt zu haben scheint sich auch die militärische Unterstützung bei Waldbränden und offiziellen Anlässen. Bei Waldbränden in Brandenburg unterstützte die Bundeswehr die zivilen Einsatzkräfte mehrfach mit Hubschraubern und erstellte für diese ein militärisches Lagebild des zivilen Schadensereignisses. Beim Empfang von Staatsgästen oder Besuchen des Bundespräsidenten Köhler in anderen Landesteilen Deutschlands wurden routiniert Notärzte, Rettungsassistenten, Notarztwagen und Fahrer bei der Bundeswehr angefordert und durch diese zur Verfügung gestellt. Auch auf den unteren Verwaltungsebenen macht sich eine deutliche Enthemmung bemerkbar, wenn es um Amtshilfeersuchen an die Bundeswehr geht. So ließ das Landratsamt Fürstfeldbruck Brückenteile von Armee-Hubschraubern transportieren. Ein Antrag

des Wehrbereichskommandos III Erfurt, eine Wiesenfläche als Ausweichparkplatz zu befestigen, wurde hingegen abgelehnt, allerdings lediglich mit der Begründung, dass entsprechendes Fachpersonal nicht zur Verfügung stünde.

Mittlerweile fühlen sich auch private Organisationen und Unternehmen eingeladen, auf die Bundeswehr zurückzugreifen. So bat der Erhaltungsverein des Grüntendenkmals in den Allgäuer Alpen, das an gefallene Gebirgsjäger erinnert, Gebirgspioniere um Unterstützung bei der Sanierung des Wanderweges, der zu dem Denkmal führt, und erhielt diese auch. Der Kieler Yachtclub wurde bei einer Regatta auf Anfrage durch zwei Beiboote der Bundeswehr unterstützt. Auch das Rüstungskonsortium EADS erhielt Unterstützung durch einen Bundeswehr-Hubschrauber, der ein „Radarziel“ zur Erprobung neuer Technologien simulieren sollte. Lediglich der Antrag durch den Fußballverband Rheinland e.V. zur Übersendung eines Fußballes durch einen Fallschirmspringer der Truppe wurde neben der Begründung, dass entsprechende Luftfahrzeuge und Personal nicht verfügbar seien, auch deshalb abgelehnt, weil „kein dienstliches Interesse“ bestünde.

Christoph Marischka

Tschad: Die EUFOR als Brandbeschleuniger

von Christoph Marischka

Die EU hat seit Anfang 2008 eine verhältnismäßig kleine Truppe, die für ihr eingeschränktes Mandat völlig unpassend ausgerüstet ist, im Grenzgebiet des Tschad und der Zentralafrikanischen Republik mit dem Sudan stationiert. Offizieller Auftrag ist der Schutz von Flüchtlingslagern und humanitären Organisationen in der Region. Die vielfältigen und grenzüberschreitenden, gesellschaftlichen, politischen und militärischen Konflikte wurden dabei aber nicht ausreichend beachtet. Im Tschad selbst ist ein Diktator an der Regierung, der von den dort stationierten französischen Soldaten gestützt wird. Durch seine Miswirtschaft ist die Bevölkerung verarmt und ein ausgeprägtes Bandenwesen im Einsatzgebiet entstanden. Gegen die Regierung sind zahlreiche Milizen aktiv, die teilweise aus dem Sudan heraus operieren und von der Regierung in Khartum unterstützt werden, welcher die EU feindlich gegenüber steht. Die im Sudan aktiven Milizen, insbesondere die JEM, werden nun verstärkt von Déby unterstützt, um gegen die Opposition im Tschad vorzugehen. Die EU-Soldaten, selbst kaum handlungsfähig, drohen diese Konflikte zu eskalieren. Damit offenbart der jüngste EUFOR-Einsatz strukturelle Defizite der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die um jeden Preis an Bedeutung gewinnen will und die einzelstaatlichen Kosten für militärische Abenteuer so weit senkte, dass diese ohne öffentliche Debatte und auch ohne jeden Sinn und Verstand durchgeführt werden können.

Die Vorwürfe, welche auch die militärisch-strategischen Thinktanks¹ der EU und ihrer Mitgliedsstaaten an die Planer des EUFOR-Einsatzes im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik richten, sind von ungewohnter Deutlichkeit und Schärfe: Es fehle an politischer Zielsetzung, an Verständnis für die Hintergründe des Konflikts und die nachrichtendienstliche Aufklärung im Vorfeld habe sich als armselig erwiesen. Der EUFOR-Einsatz sei geeignet, die Lage in der Region zu destabilisieren und einen Stellvertreterkrieg zwischen Sudan und dem Tschad zu provozieren. Die humanitäre Lage, die offiziell mit dem Einsatz ver-

bessert werden sollte, würde sich somit nur weiter verschlimmern.

Eskalation bei Ankunft der Soldaten

Tatsächlich bestätigt die Chronologie der Ereignisse dies eindeutig: Einen Tag nachdem die EU den Einsatz im Rat absegnete, verhängte der Präsident des Tschad, Idriss Déby, den Ausnahmezustand im Osten des Landes.² Teile der zuvor frisch geschmiedeten Allianz der Rebellen drohten der EU-Mission mit dem „totalen Krieg“, falls diese sich nicht neutral verhalte.³ Unmittelbar nachdem die ersten EU-Truppen Ende Januar 2008 über die Hauptstadt N'Djamena eingeflogen wurden, wurde die Stadt von den Rebellen angegriffen, hunderte Bewohner starben, tausende flohen, 15 österreichische Soldaten verbarrikadierten sich im Keller des dortigen Kempinski-Hotels.⁴ Frankreich, Haupttruppensteller des EUFOR-Einsatzes und schon seit 1986 mit eigenen Soldaten im Tschad präsent, lieferte Débys Truppen Munition aus Libyen und stellte ihnen Aufklärungskapazitäten sowie militärische Berater zur Verfügung – allerdings außerhalb des EU-Einsatzes.⁵ In einer Krisensitzung froren die EU-Außen- und Verteidigungsminister die Verlegung der EU-Truppen ein, Vertreter der internationalen Gemeinschaft wurden aus der Hauptstadt evakuiert. Thinktanks der EU-Sicherheitspolitik rieten schon zu diesem Zeitpunkt, den Einsatz zu überdenken und erst dann wieder aufzunehmen, wenn eine klare politische Zielsetzung der EU gemeinsam mit Frankreich formuliert wäre. Durch die französische Hilfe konnten die Rebellen nach einigen Tagen zurückgeschlagen werden, Déby nahm jedoch die Gefechte zum Anlass, wichtige Vertreter der zivilen Opposition, die mit den Gefechten nichts zu tun hatten, verhaften zu lassen – bei einigen von ihnen ist bis heute unklar, ob sie noch leben und wo sie inhaftiert sind.⁶

Die Verlegung der EUFOR-Soldaten lief danach nur zögerlich wieder an. Erst am 15. März wurde eine bedingte Einsatzbereitschaft der Truppe erklärt, während die

EU immer noch fieberhaft die Mitgliedsstaaten aufforderte, Truppen beizusteuern und bereits Verhandlungen mit Albanien und Russland aufnahm, die jeweils Soldaten anboten.⁷ Aus den Reihen der Militärs vor Ort wurde immer öfter Unmut öffentlich, Aufgabe und Ziel des Einsatzes seien unklar. Der Oberkommandierende der EUFOR im Einsatzland äußerte noch Anfang Juni deutliche Kritik an der Aufstellung der Truppe: Sie sei weder für eine humanitäre Mission geeignet noch für eine Entwaffnung der Bevölkerung. Übergriffe auf Dörfer und größere grenzüberschreitende Fluchtbewegungen, wie sie das eigentliche Mandat begründeten, fänden nicht statt, es sei „als wolle man eine Fliege mit Hammer und Amboss erschlagen“.⁸ Wenige Tage später wiederum – die EU-Truppe hatte ihre volle Einsatzbereitschaft noch immer nicht erreicht – wurde sie jedoch in erste Gefechte verwickelt und zwar mit voller Absicht der Rebellen.

Diese griffen die Stadt Goz Beida im Osten des Landes an, die nur etwa 150 Kilometer südöstlich von Abéché liegt, wo die EUFOR ebenso wie viele weitere westliche und internationale Organisationen ihren Stützpunkt hat. Goz Beida selbst weist die größte Dichte an Flüchtlingslagern und Camps auf und entsprechend viele EU-Soldaten sind dort stationiert. Die Rebellen plünderten u.a. das lokale Büro des UNHCR, bedrohten dessen Mitarbeiter und nahmen einige Jeeps, Satellitentelefone und Benzin mit. Dabei sollen auch Schüsse gefallen sein.⁹ Erst als sie sich selbst bei Gefechten zwischen den Milizionären und den Regierungstruppen gefährdet sahen, gaben die 450 vor Ort stationierten irischen Soldaten Warnschüsse ab, anschließend bezogen sie tatsächlich ernsthafte Stellung um die Flüchtlingscamps herum und nahmen 250 Menschen in ihren Lagern in Obhut. Die lokale Vertreterin des UN-Flüchtlingshilfswerks, Annette Rehr, richtete danach scharfe Kritik an die EUFOR-Soldaten und die EU,¹⁰ ebenso später der Präsident Déby, beide hatten ein entschiedeneres Eingreifen der EUFOR erwartet.¹¹ Javier Solana und die militärische Führung verteidigten hingegen das Vorgehen der Soldaten.

Der Ton zwischen der EU und Frankreich auf der einen Seite und der Regierung des Tschad auf der anderen ist seitdem schärfer geworden, was die Rebellen als Erfolg für sich verbuchen können. Daneben ist es ihnen gelungen, Stärke zu demonstrieren. Verschiedene Seiten äußerten sich überrascht über Umfang, Ausrüstung und Taktik der Milizen. Sie verfügten offensichtlich über 500-600 Fahrzeuge und bis

zu 7.000 Soldaten, die sich über Funk an Orten verabreden, über die sie nur kurzfristig die Kontrolle übernehmen und dann weiterziehen. Dabei fahren sie in kleinen Konvois unterschiedliche Routen, um die französische Luftaufklärung über ihre Ziele im Unklaren zu lassen. Nach dem Überfall auf Goz Beida gaben sie zwar offiziell an, die Hauptstadt im Westen angreifen zu wollen, tatsächlich nahmen sie anschließend jedoch eher Kurs Richtung Norden, wo sie noch mehrere Städte im oder am Rande des EUFOR-Einsatzgebietes vorübergehend besetzten.

Für die französische Armee sowie die EUFOR war ihre Handlungsunfähigkeit, v.a. im Bereich der Aufklärung, tatsächlich peinlich, weshalb Frankreich in der Folge elf weitere Drohnen im Osten des Tschad stationierte, welche, auch mit Infrarot-Kameras ausgestattet, "Tag und Nacht" Bilder der Region liefern sollen, „vor allem, [um] Bewegungen bewaffneter Gruppen [zu] kontrollieren".¹² Die Rebellen, obwohl sie zuletzt eine Niederlage gegen Débys Truppen einstecken mussten, äußerten sich selbstbewusst: Die EUFOR könne nun im Land bleiben, da sie sich offensichtlich nur um den Schutz der Flüchtlinge und der humanitären Organisationen kümmere, was gut sei. Die Sicherheit im Osten des Tschad würde fortan jedoch durch die Milizen gewährleistet, die Einnahme der Hauptstadt sei weiterhin deren Ziel und stünde unmittelbar bevor. Auch die sudanesishe Regierung versuchte anschließend, die EUFOR für sich zu instrumentalisieren und Frankreich und die Regierung Déby zu spalten: Am 19.6.2008 bat der sudanesishe Außenminister, Deng Alor, seine „französischen Freunde“ um Vermittlung mit N'Djamena, damit es zu keinem Krieg zwischen den beiden Ländern komme.¹³

Drei Wahrnehmungen des Konflikts

Diese missliche, peinliche und für die eingesetzten Soldaten äußerst unangenehme Lage der EUFOR ist der Tatsache geschuldet, dass es dem Einsatz an politischer Zielsetzung fehlt und er geplant wurde, ohne dass dem komplizierten Machtgefüge zwischen Tschad, Sudan und Zentralafrikanischer Republik sowie zwischen Regierungen und Rebellen im Vorfeld ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt wurde.¹⁴ Auch die sozio-ökonomischen Ursachen der Unsicherheit – nämlich eine Konzentration der Öleinnahmen in den Händen einer kleinen und militaristischen Elite – wurden überhaupt nicht in die Überlegungen eines Militäreinsatzes einbezogen.



Polnischer Militärhubschrauber über dem Tschad

Grundsätzlich bestehen drei Wahrnehmungen des Konflikts unter den europäischen sicherheitspolitischen Eliten: Die einen nehmen ihn relativ isoliert als humanitäre Notlage wahr oder sehen im Osten des Tschad ein „Machtvakuum“, das für sich genommen durch europäische und internationale Sicherheitskräfte gefüllt werden müsse. Andere sehen in den dort aktiven Banden und Milizen einen „Stellvertreterkrieg“ zwischen den Regierungen in N'Djamena und Khartum. Die dritte Perspektive versteht den Konflikt zwischen Regierung und Rebellen v.a. als innenpolitischen Machtkampf mit starken grenzüberschreitenden Implikationen, der insbesondere durch das militärische Engagement der EU zu einem internationalen Stellvertreterkrieg anschwellen könnte. Diese drei Perspektiven legen auch je unterschiedliche Begründungen für den Einsatz im Tschad nahe.

Die erste Perspektive spricht dafür, dass die Zielsetzung des Mandates in diesem Falle tatsächlich mit den wesentlichen Triebfedern des EU-Militäreinsatzes übereinstimmt: Die internationale Gemeinschaft sieht der humanitären Notlage in Darfur schon lange zu, skandalisiert diese auch, um Druck auf Khartum auszuüben, aber kann auf sudanesischem Territorium nicht effektiv eingreifen. Um dem innenpolitischen und internationalen Druck der Menschenrechtskrieger zu einem militärischen Engagement für die Flüchtlinge nachzukommen, wurden nun Truppen im Osten des Tschad stationiert, mit dem Einverständnis der dortigen Regierung, die

gute Erfahrungen mit der Unterstützung durch französische Soldaten gemacht hat und deshalb EU-Soldaten solchen unter UN-Mandat vorzieht.¹⁵ Wer nicht daran glaubt, dass sich die EU einfach nur auf öffentlichen Druck hin in ein militärisches Abenteuer stürzt, kann folgender Lesart folgen: Die humanitäre Notlage im Tschad entsteht durch das fehlende Gewaltmonopol, durch das Scheitern des Staates Tschad. Solche „Scheiternde Staaten“ werden von der EU per se als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen, welchen durch militärischen Stabilitätsexport und eine Reform des Sicherheitssektors begegnet werden soll. Diese Einheit zwischen moralischer Verpflichtung und (nationalen) Sicherheitsinteressen prägt das Bild der insbesondere von liberaler Seite eingeforderten „Weltinnenpolitik“.¹⁶ Dass beides zusammen zu einem kostspieligen Militäreinsatz führt, ist natürlich umso wahrscheinlicher, wenn sich im Einsatzgebiet kostbare Ressourcen wie Öl finden lassen oder das Land sich als Transitstrecke hierfür anbietet. Beides ist im Tschad der Fall.¹⁷ Ob nun die humanitäre Notlage oder Eigeninteressen bei der Planung des EUFOR-Einsatzes dominiert haben, zeichnet sich diese erste Perspektive dadurch aus, dass sie sowohl das innenpolitische als auch das internationale Machtgefüge ignoriert und unerwünschte Nebeneffekte des Einsatzes deshalb nicht in Betracht gezogen wurden.

Einige Analysten auch unter den Planern des Einsatzes betrachten die Unsicherheit im Osten des Tschad hingegen als einen „Stellvertreterkrieg“ mit dem Sudan. Der EU-

Einsatz dient aus dieser zweiten Perspektive demnach auch der militärischen Eindämmung – möglicherweise sogar Destabilisierung – der Regierung in Khartum und der mit dieser verbündeten Milizen. Entsprechend einfach erscheint die militärische Strategie: In einem Peacekeeping-Einsatz müssten zwei Kontrahenten getrennt werden.¹⁸ Insbesondere von den Medien wird immer wieder die „Spill-Over-Theorie“ vermittelt, nach der die Unsicherheit in Darfur quasi auf den Osten des Tschad ausstrahlt und beide Länder ohne den dortigen Konflikt in Frieden leben würden.¹⁹ Die sudanesishe Regierung vertritt natürlich eine ähnliche Sicht und interpretiert den Militäreinsatz der EU in ihrem Nachbarland als Vorläufer oder abgespeckte Variante einer Intervention im Sudan, mit der sie schon mehrfach gedroht hat. Insofern ist es durchaus wahrscheinlich, dass Khartum – trotz zuletzt versöhnlicherer Töne gegenüber Frankreich – die Rebellen im Osten des Tschad nun verstärkt mit Waffen und Fahrzeugen unterstützt. Der Spill-Over zum Stellvertreterkrieg wäre somit eine Prophezeiung, die sich durch den EUFOR-Einsatz selbst erfüllen könnte.

Die dritte Perspektive betrachtet die Unsicherheit im Osten des Tschad als innenpolitischen Konflikt. So verweisen Kenner der Region darauf, dass es im Tschad noch nie einen verfassungsmäßigen Regierungswechsel gegeben hätte und die Präsidenten stets mit Gewalt an die Macht gekommen wären. Eine Demokratisierung und gerechtere Verteilung des Wohlstandes ist so stets verhindert worden. Häufig haben die späteren Präsidenten ihre Rebellion gegen die aktuelle Regierung aus Darfur heraus begonnen, wie das auch bei Déby der Fall war. Auch, dass sich der Konflikt gerade jetzt verschärft, sich die Rebellen vereint hätten und im Auftrieb befänden, ist aus dieser innenpolitischen Perspektive weitgehend ohne die Krise im Sudan zu erklären. Wesentliche Teile der jetzigen bewaffneten Opposition waren enge Vertraute von Déby, bis dieser 2004 die Verfassung änderte, um sich eine weitere Amtszeit zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde klar, dass die steigenden Öleinnahmen nur seinem eigenen Stamm und v.a. seinen eigenen Sicherheitskräften zugute kommen und deshalb eine bewaffnete Rebellion, auch wegen der vorgesehenen Ausbildung von regierungstreuen Polizeieinheiten durch die UN, immer schwieriger wird.²⁰ In diesem Kontext war der Beschluss eines Einsatzes der EU ein Katalysator für die vorübergehende Zusammenarbeit der drei größten Rebellengruppen im Dezember 2007. Denn diese mussten

natürlich annehmen, dass die EU-Truppe, entsandt auf Initiative aus Paris mit Frankreich als größtem Truppensteller, ebenso wie die französische Regierung selbst, Déby bedingungslos unterstützen und einen Umsturz noch schwieriger machen würde. Tatsächlich kommt die EUFOR trotz wachsender Distanz zu Déby kaum umhin, seine Herrschaft zu sichern. Ein Umsturz während der Anwesenheit europäischer Soldaten wäre nicht nur peinlich, sondern würde diesen zweifellos auf die eine oder andere Weise mit der EU-Mission in Verbindung bringen. Noch delikater aber wäre die Tatsache, dass europäische Truppen auf einem Gebiet stationiert wären, das plötzlich der offiziellen Herrschaft von Verbündeten der sudanesischen Regierung unterstehen würde. Verhandlungen mit dieser über den weiteren Verbleib oder auch den Abzug aus einer äußerst unvorteilhaften Position heraus, wären dann unvermeidbar.²¹

Der Stellvertreterkrieg beginnt, die humanitäre Lage verschlechtert sich

Selbst Quellen, die im Tschad schon seit 2005 einen Stellvertreterkrieg mit dem Sudan sehen, räumen ein, dass dieser sich Ende 2007, also nach dem Beschluss der EU-Mission und unmittelbar vor deren Verlegung, intensiviert hätte.²² Zur Jahreswende starteten die in Darfur aktiven Truppen des Justice and Equality Movement (JEM) eine Offensive in den Rückzugsgebieten der bewaffnete Opposition gegen Déby im Sudan und besetzten Städte auf der sudanesischen Seite der Grenze zum Tschad – angeblich mit Unterstützung der Regierung Déby.²³ Dieser reagierte außerdem auf die (angeblich aus Khartum koordinierte) Vereinigung der Rebellenbewegungen, indem er Luftangriffe auf deren Rückzugsgebiete jenseits der sudanesischen Grenze durchführen ließ. Die sudanesishe Regierung beschwerte sich über diese Verletzung seiner Grenzen offiziell bei der UN und reklamierte für sich das Recht, auf diese „Aggression“ in Übereinstimmung mit der UN-Charta zu reagieren. Déby nahm dazu keine Stellung, ließ aber verlautbaren, dass der Sudan die Rebellen aufrüste, um die EU-Mission zu verhindern.²⁴ Während sich die Rebellen wenig später auf dem Rückzug aus N'Djamena befanden, eröffneten sie eine zweite Front in der östlichen Grenzstadt Adré und zwangen Débys Truppen somit, die JEM um Hilfe zu bitten, die auch tatsächlich schnell vor Ort war und erstmals offen auf Seiten der Regierung des Tschad militärisch eingriff. Militärisch führte dies zwar zum Erfolg, politisch hat

es Déby insofern stark geschwächt, als er fortan seine Verbindungen zu den Rebellenbewegungen im Sudan nicht mehr leugnen konnte. Die sudanesishe Regierung flog daraufhin vom 8. bis 10. Februar Luftangriffe auf die von der JEM im Grenzgebiet besetzten Städte, die anschließend von der sudanesischen Armee und regierungsfreundlichen Milizen überfallen wurden.²⁵ Am 3. März 2008 überquerten das erste Mal, anscheinend versehendlich, zwei französische Soldaten der EUFOR die Grenze in den Sudan. Die genaueren Umstände sind bis heute unklar, eventuell hat es sich um eine nachrichtendienstliche Operation gehandelt. Sie wurden jedenfalls unter Beschuss genommen, wahrscheinlich von der sudanesischen Armee, ein französischer Soldat starb, der andere wurde später in der Grenzregion verletzt aufgefunden.

Am 10. Mai 2008 griff die JEM, ihrerseits gestützt durch die Regierung in N'Djamena, Khartum an. Das UNHCR im Tschad machte diesen Angriff in einem Bericht zur Sicherheitslage kurz darauf dafür verantwortlich, dass sich „die Alarmbereitschaft und die Furcht vor einer Eskalation der Gewalt“ weiter erhöht hätten. Insgesamt hätten sich zwischen Oktober 2005 und April 2008 140 Angriffe auf humanitäre Helfer und Organisationen ereignet, wobei 84 Fahrzeuge gestohlen worden seien. Alleine von Januar bis März 2008 gab es 26 solche Vorfälle, mehr als jemals zuvor.²⁶ Am 10. Juli 2008 gab der Sprecher der EUFOR, Dan Harvey, eine Einschätzung der ersten Monate der Mission ab, die in deren Zwischenstandsbericht einfließen sollte. Abgesehen davon, dass er die Ereignisse Mitte Juni eklatant anders darstellte, als es seinerzeit die Soldaten vor Ort, das UNHCR und die Presse taten – nämlich dass die EUFOR frühzeitig und engagiert eingegriffen hätte – betonte er, dass die EU-Truppe seit Einsatzbeginn (auf wann auch immer dieser letztlich datiert wird) bereits 211 Zusammenstöße mit Banditen und Rebellen gemeistert hätte, die humanitäre Helfer und Organisationen bedroht hätten.²⁷

Ein Beispiel für einen solchen Einsatz ereignete sich just am Tag zuvor: Zehn bewaffnete Banditen hätten ein Flüchtlingslager 50km südlich von Goz Beida beschossen, das UNHCR um Unterstützung gebeten. Die EUFOR entsandte 45 Soldaten der Schnellen Einsatzkräfte, die kurz darauf von 16 Schützenpanzern verstärkt wurden. Dieses „Show of Strength“ hätte eine ernsthafte Konfrontation verhindert, jedoch wurden die fliehenden Angreifer von Regierungstruppen gestellt

und mindestens einer von ihnen getötet worden.²⁸ Unabhängig von solchen Pseudo-Erfolgsmeldungen wird damit deutlich: Die Provokation in Goz Beida war kein Einzelfall und die Angriffe auf humanitäre Einrichtungen haben seit dem EUFOR-Einsatz massiv zugenommen: von 140 in zweieinhalb Jahren auf 211 in nur wenigen Monaten. Auch die vor Ort aktive medizinische Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières berichtete Ende Juni 2008 von einer sich verschlechternden Sicherheitslage und zunehmenden Angriffen auf humanitäre Organisationen.²⁹ Bezeichnenderweise gehen die offiziellen Dokumente der EU auf diese Sicherheitslage kaum ein, es finden sich allenfalls Formulierungen wie diese: „Die 77 vor Ort aktiven NGOs haben unterschiedliche Positionen zur Anwesenheit bewaffneter Kräfte zu ihrem Schutz“.

Die möglichen Zusammenhänge zwischen der Häufung solcher Angriffe und dem EUFOR-Einsatz, der sie eigentlich verhindern sollte, sind vielfältig: Absurderweise scheinen alle Parteien (außer vielleicht die Regierung in Khartum) ein Interesse an der Beschäftigung der EUFOR-Soldaten und ihrem Verbleib vor Ort zu haben. Insbesondere Déby selbst, der meint, durch eine Verzögerung bzw. Verlängerung der EU-Mission einen UN-Einsatz verhindern und seine Macht festigen zu können.³⁰ Zweifellos hat die EU-Mission dazu geführt, dass die im Grenzgebiet aktiven Milizen von den Regierungen in Khartum und N'Djamena

verstärkt unterstützt werden und sich der Konflikt zwischen beiden Ländern zuspitzte. Zuletzt können die jüngsten Angriffe auf NGOs auch als neues Aufrüsten für den nächsten Angriff auf N'Djamena gelesen werden, denn meist werden Benzin, Satellientelefone und Fahrzeuge entwendet.

Mittlerweile erhob der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Louis Moreno-Ocampo, Anklage gegen den sudanesischen Präsidenten, Omar al-Bashir, wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ein Schritt, der von zahlreichen Menschenrechtsgruppen und Lobbyisten für eine militärische Intervention in Darfur begrüßt wurde, der aber tatsächlich geeignet ist, die Situation in der Region zu Ungunsten der Bevölkerung weiter zu eskalieren. Al-Bashir wird sich, sobald ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt, nur noch enger an die Macht klammern und noch weiter vom Völkerrecht entfernen, da die Aufrüstung protegierter Milizen eine effizientere Strategie zum Machterhalt darstellt als eine rechtskonforme Aufstandsbekämpfung gegen vom Ausland unterstützte Rebellenarmeen. Eine Verhandlungslösung scheint damit nahezu ausgeschlossen.³¹

Einsätze am Fließband

Obwohl von verschiedenen Seiten eine möglichst schnelle Beendigung des EUFOR-Einsatzes gefordert wird, spricht

im Moment einiges dafür, dass er über die ursprünglich vorgesehenen 12 Monate hinaus verlängert wird. Denn die UN, die eigentlich parallel zum EU-Einsatz eine Polizeimission (MINURCAT) beginnen³² und nach einem Jahr die EU-Mission übernehmen wollte, kann hierfür keine Einsatzkräfte aufreiben und ist mittlerweile vorsichtiger geworden. Nicht so beispielsweise der irische Verteidigungsminister, der erst am 13. Juli 2008 die Situation im Tschad als „hochgradig unberechenbar“ einschätzte und meinte, es handle sich dabei um die „herausforderndste Situation, der unsere Truppen je gegenüberstanden“.³³ Falls sich die Ablösung durch die UN verzögern sollte, wäre er trotzdem dafür, dass sich die Iren weiter beteiligen, schließlich hätten sie ihr Camp dort bereits aufgebaut.³⁴

Insofern offenbart der EUFOR-Einsatz verschiedene Probleme der EU-Sicherheitspolitik. Eines dieser Probleme ist die Tatsache, dass relativ kleine Zirkel einen EU-Militäreinsatz vorbereiten und vorschlagen können und all diese Vorschläge bisher angenommen wurden. Nach der Zustimmung des EU-Ministerrates besteht die letzte Hürde zur Verwirklichung darin, dass die Mitgliedsstaaten die notwendigen Truppen und Ressourcen zur Verfügung stellen. Falls dies nicht gelingt, werden Drittstaaten unter dem Banner der EU beteiligt. Die Kosten für die Einzelstaaten sind jedoch verhältnismäßig gering – gemessen jedenfalls an der Intervention durch einen einzelnen



Die EU kommt - EU und UN Einsatzfahrzeuge im Tschad

Mitgliedsstaat – und entsprechend knapp fällt auch die jeweilige öffentliche Debatte aus. Der EU-Mission generell können die einzelnen Verteidigungsminister bedenkenlos zustimmen, denn jeder gemeinsame Einsatz – so die offizielle Lesart – stärkt die Position der EU auf dem internationalen Parkett. Zudem wurde seit dem Artemis-Einsatz in der DR Congo 2003 eine enge Kooperation zwischen UN und dort insbesondere dem militärischen DPKO und der EU aufgebaut, welche die EU weiter ausbauen möchte.³⁵

Selbst wenn einige kerneuropäische Staaten einem EU-Einsatz eher skeptisch gegenüberstehen, werden genügend Truppen durch diejenigen Mitgliedsländer zur Verfügung gestellt, die sich davon eine Stärkung ihrer Position in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik versprechen oder auch eine Ausweitung ihrer nationalstaatlichen militärischen Fähigkeiten erwarten. Hierfür diene z.B. die Beteiligung Deutschlands an den zwei EU-Missionen in der DR Congo, die damals vermeintlich humanitäre Ziele verfolgten, mittlerweile aber ganz unverblümt als „Probeeinsätze“ oder „Testläufe“ bezeichnet werden.

Genauso entwickelte sich die EUFOR-Mission im Tschad. Sie wurde vorbereitet vom französischen Außenministerium im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU (einem kleinen Zirkel sicherheitspolitischer Eliten) und dem Vorsitzenden des UN Departement of Peace-keeping Operations, der zuvor selbst für das französische Außenministerium arbeitete. Auf eine von ihm initiierte offizielle Anfrage der UN hin wollten die Minister der EU freilich Handlungsfähigkeit demonstrieren und stimmten zu. Danach ging das Geschacher um beizusteuern Truppen und die Führung des Einsatzes los, wobei wichtige Staaten wie Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien sich sehr zurückhaltend verhielten. Also stellte Frankreich selbst das Hauptquartier in Mont Valérien bei Paris, in das dann aber immerhin Offiziere aus allen EU-Staaten entsandt wurden, um der Mission einen europäischen Anstrich zu geben. Truppen im Einsatzgebiet stellen neben Frankreich selbst hingegen v.a. Irland, Österreich und Polen. Die beiden ersten Truppensteller sind ihrer Verfassung nach eigentlich neutral und der Einsatz in Zentralafrika bietet einen willkommenen Anlass für sie, sowohl ihre eigene Öffentlichkeit als auch ihre Soldaten an Auslandseinsätze zu gewöhnen – in einem Maßstab, der eher an ein Manöver erinnert, als an eine einzelstaatliche Intervention. Für Polen hingegen war die Betei-

ligung ein lange eingefordertes „Bekenntnis zu Europa“, nachdem es sich bislang v.a. für die USA im Irak militärisch beteiligte.

Neben der fehlenden europäischen Öffentlichkeit und den verhältnismäßig geringen nationalen Kosten spielt ein dritter Faktor eine Rolle dabei, dass EU-Auslandseinsätze leicht und damit auch allzu unüberlegt durchgeführt werden können: Bei der flankierenden Diplomatie dieser Einsätze kommt das politische Gewicht der EU als Ganzes zum Tragen. Sie kann auf die guten Kontakte der Einzelstaaten bei der Genehmigung von militärischen Überflugrechten ebenso zurückgreifen wie auf deren militärische Ressourcen und Stützpunkte in den ehemaligen Kolonien. Wenn es darum geht, Druck auf die Einsatzländer auszuüben, damit diese der Stationierung ausländischer Truppen zustimmen und diesen weitgehende Rechte einräumen, sind diese Verhandlungen umso asymmetrischer, als die EU in ihnen geschlossen auftritt und beispielsweise Zuwendungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) versprechen kann, in den alle Mitgliedsstaaten einzahlen. So wurden dem Tschad von der Brüssler Bürokratie in den nächsten fünf Jahren Zahlungen in Höhe von 299 Mio. Euro aus dem EDF versprochen und der Zentralafrikanischen Republik, auf die sich der EUFOR-Einsatz ebenfalls erstreckt, immerhin 137 Mio. Euro.³⁶ Wie kurze Zeit später auch Guinea-Bissau³⁷ stimmte die Zentralafrikanische Republik daraufhin einem unveröffentlichten Vertrag zu, der den europäischen Soldaten Immunität gewährleistet, Zugang zu allen Einrichtungen, Personen und Dokumenten der Regierung sowie die bedingungslose Unterstützung durch deren Behörden einräumt. Außerdem ist eine Haftung der EU für durch ihre Soldaten angerichtete Schäden weitgehend ausgeschlossen.

Ein letztes Element, welches sinnlose und gefährliche EU-Militäreinsätze begünstigt, sind diejenigen Eliten der europäischen „Zivilgesellschaft“, die – bestens vernetzt – kontinuierlich von Völkermord reden und – das ist das Problem daran – den Einsatz des Militärs zu dessen Beendigung fordern.³⁸ Wie maßlos sie dabei die Möglichkeiten eines militärischen Einsatzes in komplexen Gesellschaften und riesigen Landstrichen über- und die mit diesem verbundenen Eskalationspotentiale unterschätzen, zeigt der EUFOR-Einsatz an der sudanesischen Grenze. Hoffentlich zeigt er es zukünftig nicht in noch größerer Deutlichkeit.

Anmerkungen

¹ Darunter u.a. das EU-eigene European Union Institute for Security Studies, das bereits am 5.2.2008 empfahl, die Verlegung der Truppen erst wieder aufzunehmen, wenn eine klare politische Vision für den Einsatz bestünde, welche die französischen Interessen integriert. Hierfür müsse das Mandat überdacht und eine gemeinsame Position gegenüber der Regierung des Tschad gefunden werden (Damien Helly: Crisis in Chad - implications for the EU, EUISS Analysis – no. 0, February 2008).

Auch Félix Artega vom spanischen Thinktank Real Instituto Elcano legte bereits am 10.3.2008 nahe, die nächsten Schritte zu überdenken, „um zu verhindern, dass die Mission selbst Teil des Problems wird“ (Félix Artega: The Chad Conflict, United Nations (MINURCAT) and the European Union (EUFOR), <http://www.globalpolicy.org>). Etwas später veröffentlichte Paul-Simon Handy eine Analyse für dasselbe Institut in der er, wie Félix Artega, auf die große kulturelle und ökonomische Fragmentierung und die Dynamik von Rebellenbewegungen und Regierung im Tschad verweist. Diese strukturellen Bedingungen müssten durch demokratische Reformen überwunden werden, damit „internationale Interventionen, wie die europäische EUFOR CHAD ... sich [nicht] nur auf das Bewahren von Stabilität konzentrieren und damit Teil des Problems und nicht der Lösung werden.“ Er warnt, dass sich durch die EU-Intervention autoritäre Regime in der Region festigen werden. (Paul-Simon Handy: Chad - Democratisation Challenges and Limits of International Intervention, Analysis Real Instituto Elcano (ARI) 59/2008). Bereits im November 2007 verfasste Bjoern H. Seibert für das MIT Security Studies Program ein Working Paper, in dem er insbesondere die logistischen Herausforderungen der EUFOR-Mission beschrieb. Er kam zu dem Schluss, dass die Verlegung einer Truppe im angestrebten Umfang zwar machbar, aber äußerst kostspielig sei, diese Truppe ihrem Mandat nicht gerecht werden könnte und eine eingeschränkte Strategie verfolgen müsste. „Diese Aussicht sollte bedenklich stimmen, denn Differenzen zwischen militärischer Strategie und den Zielen der Mission haben in der Vergangenheit zum Scheitern wohlgemeinter Interventionen geführt“. Außerdem erwartete Seibert damals schon, dass die UN den Einsatz nicht wie vorgesehen nach einem Jahr übernehmen könne und sich der zugrunde liegende Konflikt nicht schnell lösen lassen wird, deshalb sei „es möglich, dass sich die EU einer langfristigen Mission verpflichtet hat ... Je länger die EUFOR jedoch in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik bleibt, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie in das komplexe Netz von Konflikten verstrickt wird, welches die Region seit 20 Jahren plagt.“ Diese Ausführungen tragen entsprechend den Titel „Afrikanisches Abenteuer:“ (Bjoern H. Seibert: African Adventure? Assessing the European Union's Military Intervention in Chad and the Central African Republic, Massachusetts Institute of Technology, MIT Security Studies Program Working Paper November 2007).

² Jérôme Tubiana: The Chad-Sudan Proxy War and the 'Darfurization' of Chad - Myths and Reality, HSBA Working Paper 12, Small Arms Survey 2008.

³ "Rebels warn of 'total war' if EU force is not neutral", www.irinnews.org, 14.9.2007.

⁴ Wilhelm Theuretsbacher: EUFOR-Soldaten flüchteten in Hotelbunker, kurier.at, 4.2.2008.

⁵ Brian Rohan: France says transported Libyan munitions for Chad, Reuters, 14.2.2008.

⁶ Human Rights Watch: Chad - Opposition Leader Ibni Still Missing, HRW, 4.3.2007.

⁷ Erst nach der Ankunft albanischer Soldaten wird die EUFOR ihre volle Einsatzfähigkeit erklären können, geplant ist dies für Mitte September. Gegenwärtig (Juni 2008) verhandelt die EU mit Russland über die Lieferung dringend benötigter Hubschrauber.

⁸ Ganasia: "Il faut revoir les missions de l'Eufor au Tchad", Le Figaro, 9.6.2008; sowie: European peacekeepers take to policing eastern Chad, chinaview.cn, 16.5.2008.

⁹ Conor Lally: Irish troops criticised by UN body for failing to protect staff, irishtimes.com, 18.6.2008.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Solana lauds European peacekeeping mission in Chad, chinaview.cn, 18.6.2008.

¹² Frankreich stationiert Drohnen für EUFOR-Einsatz im Tschad, Agence France Presse, 27.6.2008.

¹³ Chad rebels deny military defeat, aljazeera.net, 19.6.2008.

¹⁴ Zu diesem Machtgefüge siehe: Paul-Simon Handy, a.a.O., sowie: Gerhard Hauck: Schwa-

che Staaten? Überlegungen zu einer fragwürdigen entwicklungspolitischen Kategorie, in: PERIPHERIE Nr. 96, 24. Jg., Verlag Westfälisches Dampfboot 2004.

¹⁵ Diese Sicht wird vom EUISS beispielsweise der französischen Regierung unterstellt.

¹⁶ Marlies Glasius, Mary Kaldor: Die menschliche Sicherheit - Überlegungen für eine neue Interventionspolitik der Europäischen Union, Frankfurter Rundschau, 16.12.2004.

¹⁷ Martin Zint: Hunderttausende auf der Flucht, Hintergründe der Flüchtlingsströme im Tschad, Wissenschaft und Frieden (W&F) 2/2008.

¹⁸ Beispielhaft dafür: Colin Thomas-Jensen: Nasty Neighbors Resolving the Chad-Sudan Proxy War, ENOUGH Strategy Paper 17, 2008. Das "ENOUGH-Project to end Genocide and Crimes against Humanity" wurde durch die International Crisis Group und das Center for American Progress ins Leben gerufen und fordert kontinuierlich Militäreinsätze, für deren Ausgestaltung es recht präzise Vorschläge macht.

¹⁹ Paul-Simon Handy, a.a.O.

²⁰ Paul-Simon Handy, a.a.O.

²¹ Damien Helly, a.a.O.

²² Colin Thomas-Jensen, a.a.O.

²³ UNHCR: Ninth periodic report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in the Sudan - Attacks on civilians in Saraf Jidad, Sirba, Silea and Abu Suruj in January and February 2008.

²⁴ Sudan lodges complaint to Security Council against Chad, The Sudan Tribune, 30.2.2007.

²⁵ UNHCR: Ninth periodic report of the UNHCR, a.a.O.

²⁶ UNHCR: Briefing Note Humanitarian Security, Mai 2008 (<http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/chad?page=home>).

²⁷ Ann Cahill: Irish troops report 211 clashes with Chad rebels, irishtimes.com, 10.7.2008.

²⁸ Tom Brady: Troops save aid workers in Chad drama, independent.ie, 10.7.2008.

²⁹ MSF: Chad - MSF continues emergency medical aid amidst fresh fighting, MSF, 24.6.2008.

³⁰ Diese These wird u.a. von Damien Helly, a.a.O., vertreten.

³¹ International Crisis Group: New ICC Prosecution - Opportunities and Risks for Peace in Sudan, 14.7.2008.

³² Deren Aufgabe soll es sein, die Polizeikräfte im Tschad auszubilden.

³³ Defence Minister describes situation in Chad as highly volatile, belfasttelegraph.co.uk, 13.7.2008.

³⁴ Ann Cahill, a.a.O.

³⁵ Christoph Marischka: Battle-Groups mit UN-Mandat - Wie die Vereinten Nationen die europäische Rekolonialisierung Afrikas unterstützen, Studien zur Militarisation Europas 31/2007.

³⁶ EU Council Secretariat: BACKGROUND - EU Military Operation in Eastern Chad and North Eastern Central African Republic, Januar 2008.

³⁷ Vgl.: Christoph Marischka: Was kostet Guinea-Bissau - Per Geheimabkommen wird Guinea-Bissau zur Brüssler Kolonie, IMI-Analyse 2008/022.

³⁸ Beispielhaft hierfür: Das Enough-Project to end Genocide and Crimes against Humanity, a.a.O.

EU-Sanktionen gegen den Iran vergrößern Kriegsgefahr

Am Montag, dem 23. Juni, verschärfte der EU-Ministerrat die Sanktionen gegen den Iran weiter: Die Guthaben der größten iranischen Bank, der Melli-Bank, wurden eingefroren und die Liste derjenigen Iraner und Iranerinnen, die nicht nach Europa einreisen dürfen, erweitert.

Die neuerlichen EU-Sanktionen sind weitere Schritte auf der Eskalationsspirale gegen den Iran. Die Gefahr, dass am Ende dieser Eskalation ein weiterer Krieg steht, sollte sehr ernst genommen werden.

Wenn der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) Mohammed el-Baradei, eindrücklich vor einem Krieg gegen den Iran warnt, ist das alarmierend. Seine Warnung erfolgte nach einem Bericht der „New York Times“, die von einem israelischen Luftwaffenmanöver in Kreta (im EU-Land Griechenland) berichtet hatte, in dem wohl ein Angriff auf den Iran geübt wurde.

Die Warnung vor einem Krieg von El-Baradei teile ich ausdrücklich. Der Streit um das iranische Atomprogramm kann nicht mit Sanktionen und mit militärischem Säbelrasseln gelöst werden.

Als Vertreter in der Iran-Delegation des Europäischen Parlaments habe ich gemeinsam mit weiteren EU-Abgeordneten im Dezember den Iran besucht und dort auch viele Kontakte zur lebendigen zivilgesellschaftlichen Opposition gehabt. Die Delegation war sich einig, dass eine Verschärfung der Sanktionen genau diese zivilgesellschaftliche Opposition schwächen und die derzeitige iranische Regierung stabilisieren würde. Auch der ehemalige Regierungsberater von Chatami, Said Lailas, bestätigte diese Einschätzung vor dem konkreten Hintergrund der Sanktionen gegen die Melli-Bank. Die Sanktionen gegen den Iran sind falsch und kontraproduktiv.

Es ist absolut unglaublich, wenn EU-Staaten, die selbst über zahlreiche Atomwaffen verfügen oder Urananreicherung betreiben, sich hier als Saubermänner aufspielen. Auch die EU selbst ist hier unglaublich, hielt doch Robert Cooper, Berater von Javier Solana, öffentlich den Ersteinsatz von Atomwaffen für möglich.

Sowohl die EU 3, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, als auch die USA

betreiben alle industriemäßig Urananreicherung. Im Falle von Deutschland ist dies in Gronau in der Anlage Urenco in großem Maßstab der Fall. Und alle, die dem Iran Auflagen machen wollen, arbeiten selbst mit waffenfähigem Uran. Im Falle von Deutschland ist dieses im Forschungsreaktor Garching bei München der Fall.

Für mich ist jede Atomwaffe und jedes Atomkraftwerk falsch. Wir fordern die Schließung aller Atomkraftwerke und die Vernichtung aller Atomwaffen. Zuständig für den Ausschluss einer militärischen Nutzung von Atomenergie ist die Internationale Atomenergieorganisation, IAEO.

Ein erster Schritt wäre der sofortige Abzug der Atomwaffen aus dem Militärlager Büchel in der Eifel. Wie sich jetzt gezeigt hat, sind die US-Atomwaffen in Deutschland unter katastrophalen Bedingungen untergebracht. Ich unterstütze die Protestaktionen der Friedens- und Antikriegsbewegung am 30. August in Büchel.

Tobias Pflüger

Experimentierfeld Afghanistan

Die dauerhafte Institutionalisierung Zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung

von Jürgen Wagner

Der blutige NATO-Einsatz in Afghanistan ist gewissermaßen der Prototyp für eine neue Form westlicher Kriegsführung. Nicht der militärische Sieg gegen eine reguläre Armee steht dort im Vordergrund, vielmehr geht es primär darum, einen Aufstand niederzuschlagen und ein Land als NATO-Kolonie effektiv zu verwalten. Da hierfür zivile Akteure von entscheidender Bedeutung sind, werden diese immer massiver in den Dienst des „neuen Kolonialismus“ gestellt. Genauso wie die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit derzeit gezielt verwischt wird, erodiert auch die Abgrenzung ziviler und militärischer Mittel, alle Kapazitäten sollen künftig strikt auf die erfolgreiche Aufstandsbekämpfung und damit die Durchsetzung staatlicher Machtinteressen ausgerichtet werden.

Afghanistan ist gegenwärtig das zentrale Experimentierfeld, der „Lackmustest“ (Angela Merkel), für diese neue Form Zivil-militärischer Aufstands- und Besatzungsmissionen. Nur wenn es gelingt, den dortigen Widerstand „erfolgreich“ zu brechen, wird die NATO in der Lage sein, künftig weitere Länder ihrer Kontrolle zu unterwerfen – scheitert sie damit, steht die Existenz der Allianz auf dem Spiel. Aus diesem Grund intensiviert die Bundesregierung derzeit ihre Anstrengungen zur Aufstandsbekämpfung in Afghanistan.

Die Grundlagen hierfür werden vor allem von der der Bundesregierung zuarbeitenden Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) erarbeitet. Auf ihren Vorschlägen basiert u.a. das immer gewaltsamere (im Neusprech: robustere) Vorgehen der Bundeswehrsoldaten im Zuge der intensivierten zivil-militärischen Aufstandsbekämpfung in Afghanistan. Besonders brisant ist, dass die Denkfabrik die Schaffung von Strukturen vorschlägt, mit denen sämtliche zivilen und militärischen Fähigkeiten künftig dauerhaft gebündelt und konsequent auf die Aufstandsbekämpfung fokussiert werden sollen. Damit würde die Instrumentalisierung und Zweckentfremdung ziviler Akteure auf eine qualitativ neue, weil permanent institutionell verankerte Ebene gehoben.

Eskalation am Hindukusch

Schon lange ist klar, dass die NATO-Truppen in Afghanistan keineswegs eine Friedens- und Wiederaufbaumission durchführen, wie in den letzten Jahren permanent suggeriert wurde. Bereits mit der Ausweitung des NATO-Einsatzgebietes auf ganz Afghanistan im Jahr 2006 (zuvor war man lediglich im Norden und Westen aktiv) änderte die Allianz ihre Einsatzregeln (Rules of Engagement). Fortan durften die ISAF-Truppen nicht mehr allein zur Selbstverteidigung Gewalt anwenden, sondern auch zur aktiven Bekämpfung von Widerstandsgruppen. Nüchtern stellt die SWP in ihrer aktuellen Studie deshalb fest: „In ganz Afghanistan hat sich die ISAF-Mission seit 2006 von einer reinen Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt.“¹

Aktuell kämpfen 52.700 ISAF-Soldaten in Afghanistan (Stand: 10. Juni 2008), die in immer heftigere Kampfhandlungen verstrickt werden. Die Situation eskaliert zusehends, wie bspws. aus einer Unterrichtung des Bundestages durch das Auswärtige Amt hervorgeht: „Die Sicherheitslage hat sich seit Ende 2005 deutlich verschlechtert, v.a. im Süden/Südosten. Der Anstieg von Sicherheitsvorfällen hat sich fortgesetzt: 1755 Vorfälle 2005, 3589 Vorfälle 2006, 6000 Vorfälle 2007.“² Im Jahr 2008 haben sich die sicherheitsrelevanten Zwischen-

fälle nochmals um 27% erhöht.³ Dementsprechend nehmen auch die Opferzahlen erschreckend zu. Laut dem neuesten Afghanistan-Bericht des UN-Generalsekretärs kamen im Jahr 2007 über 8.000 Afghanen, davon mehr als 1.500 Zivilisten (bei hoher Dunkelziffer) ums Leben. Im selben Jahr starben darüber hinaus 200 NATO-Soldaten⁴, im Mai und Juni 2008 überstiegen die Verluste der westlichen Truppen in Afghanistan sogar die im Irak.⁵

Gleichzeitig stellt der aktuelle Afghanistan-Report der UN-Entwicklungsorganisation (UNDP) fest, die humanitäre Situation habe sich im Zuge des westlichen „Wiederaufbaukrieges“ gegenüber der Taliban-Herrschaft sogar noch weiter verschlechtert. 61% der Bevölkerung seien chronisch unterernährt und 68% hätten keinen Zugang zu Trinkwasser. Selbst was die viel beschworenen Frauenrechte angeht, sieht der UNDP-Bericht nur minimale Fortschritte.⁶ Die unter der Besatzung eingeleiteten „Wirtschaftsreformen“, die im Kern auf die neoliberale Zurichtung des Landes abzielen, sind an der dramatischen humanitären Situation alles andere als unschuldig.⁷

Ein ohnehin fragwürdiges westliches Gesellschafts- und Entwicklungsmodell lässt sich nicht mit Gewalt durchsetzen, damit gerät man zwangsläufig in einen Dauerkonflikt mit der Bevölkerung. Die Frauenrechtlerin Malalai Joya, suspendierte Abgeordnete des afghanischen Parlaments, fasst die Stimmung der progressiven Kräfte im Land folgendermaßen zusammen: „Wir wollen keine Besatzung. Die Geschichte beweist, dass keine Nation eine andere befreien kann. Es ist die Pflicht unseres eigenen Volkes und liegt in seiner Verantwortung, für seine Freiheit zu kämpfen und Demokratie herbeizuführen. Die Menschen anderer Länder können uns dabei nur eine helfende Hand reichen.“⁸ Anstatt ihr Eng-

	Westl. Todesopfer	Truppenstärke (ohne OEF)	Anti-NATO Sprengfallen
2003: auf Kabul beschränkt	57	5.600	83
2004: Nordausdehnung	58	8.000	334
2005: Westausdehnung	130	10.000	844
2006 Juni Süd-, Oktober Ostausweitung	191	20.000	1.931
2007: Versuch der landesweiten Kontrolle	232	31.000	2.615
2008: Schwerpunkt: Aufstandsbekämpfung	64 (April)	52.700 (Juni)	k.a.

Quelle: Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan! Broschüre, Die Linke im Bundestag, Mai 2008

gement aber grundsätzlich zu überdenken, reagieren Deutschland und die NATO auf das Erstarken des Widerstands ihrerseits mit einer Eskalation der Gewalt.

Deutschland: Robusteres Einsatzprofil

Mit einer zeitlichen Verzögerung vollzieht nun auch Deutschland den Schwenk zu einem deutlich offensiveren Einsatzprofil nach. Schon im März 2008 stellte Verteidigungsminister Franz-Josef Jung unmissverständlich klar: „[D]er Charakter unserer Einsätze wird sich den Herausforderungen anpassen müssen! Neben den Schwerpunkten der Stabilisierung und militärischen Absicherung von Wiederaufbaumaßnahmen werden künftig mit der Aufgabe ‚Herstellen von Sicherheit‘ *robustere Maßnahmen* ins Zentrum rücken. Gerade in Afghanistan müssen wir uns auf ein schwieriges Umfeld einstellen.“⁹

Sichtbarster Ausdruck für diese „robusteren Maßnahmen“ ist die deutsche Übernahme der Quick Reaction Force (QRF) von den Norwegern am 30. Juni 2008. Die 205 Soldaten des 212. Panzergrenadierbataillons werden im Norden und Westen Afghanistans eingesetzt und haben laut ihrem Kommandeur, Oberstleutnant Gunnar Brügger, die Aufgabe „zu helfen, zu retten, zu schützen, zu unterstützen und natürlich überall zu kämpfen, wo solch eine Truppe gebraucht wird und angemessen ist.“ Die QRF sei für „alle Eskalationsstufen“ ausgebildet.¹⁰ Damit verändert sich das Einsatzprofil der deutschen Truppen ganz erheblich: „Erstmals stehen bei einem Auftrag der Bundeswehrsoldaten offensive Kampfaktionen im Vordergrund. Ihre Mandatsvorgänger, die Norweger, empfehlen den Deutschen, sich jetzt auch aufs Töten und Sterben vorzubereiten.“¹¹

Im Vorfeld hatte vor allem die Stiftung Wissenschaft und Politik massiv dafür geworben, dieses deutlich offensivere Profil zu übernehmen. Der „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“, so die Kernforderung einer SWP-Studie vom Januar 2008, müsse ins Zentrum der Einsatzplanung rücken. Die bereits damals beschlossene Übernahme der QRF wurde deshalb in der Studie als Schritt in die richtige (offensive) Richtung gelobt.¹² In ihrer Folgestudie „Aufstandsbekämpfung als Auftrag“ vom Mai 2008 fordert die SWP die Bundesregierung erneut unverblümt dazu auf, sie solle „zukünftig vermehrt offensive Operationen unterstützen.“¹³ Die nächsten Schritte hierfür sind bereits geplant: Spätestens im Herbst soll das Bundeswehrmandat von derzeit 3.500 um mindestens 1.000

Soldaten aufgestockt und das deutsche Einsatzgebiet ausgedehnt werden.

Damit wird jedoch lediglich weiter an der Eskalationsspirale gedreht, wie die Worte des militärpolitischen Beraters der deutschen Botschaft in Kabul untermauern. Er kritisierte im Mai 2007 in einem internen Schreiben an Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Situation folgendermaßen: „Die ständige Forderung nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer verdeutlichen die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit der militärischen Gewalt als Lösung der inneren und äußeren gesellschaftlichen Probleme Afghanistans. [...] Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilgesellschaft [...] bekämpfen. [...] Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid.“¹⁴

Zivil-Militärische Aufstandsbekämpfung

Das gesamte Kriegskonzept der NATO kreist seit einiger Zeit um den Begriff der „vernetzten Sicherheit“ – im NATO-Jargon auch „comprehensive approach“ genannt. Im Kern geht es dabei darum, alle verfügbaren zivilen Kapazitäten (Entwicklungshelfer, Polizisten, Juristen, etc.) für das reibungslose Funktionieren des Besatzungsregimes nutzbar zu machen. Formal soll die Tätigkeit ziviler Akteure dabei – bislang noch – lediglich eng mit dem Militär koordiniert werden, in der Praxis werden sie ihm jedoch faktisch unterstellt.

Wie man sich das für Afghanistan vorstellt, wird von Daniel Fried, Staatssekretär für Europäische und Eurasische Angelegenheiten des amerikanischen Außenministeriums, bei einer Anhörung vor dem US-Kongress folgendermaßen beschrieben: „Viele der neuen [NATO-Militär-]Kapazitäten werden gegenwärtig in Afghanistan getestet – dort lernen wir auch, wie zivile und militärische Anstrengungen besser integriert werden können. Mit jedem Monat lernen wir mehr darüber, was im 21. Jahrhundert für eine Aufstandsbekämpfung erforderlich ist – ein kombinierter zivil-militärischer Ansatz, bei dem Soldaten Seite an Seite mit Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizeitrainern agieren.“¹⁵ Ganz konkret funktioniert die Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) in Afghanistan über so genannte Regionale Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams, PRTs). Deutschland unterhält zwei dieser aus Soldaten und Zivilisten zusammengesetzten

Einheiten (in Kundus und Faisabad). Diese Truppen sollen nicht nur kämpfen, sie sind auch für humanitäre Hilfe, Wiederaufbaumaßnahmen und vieles weitere zuständig: „PRTs weisen eine Stärke von jeweils etwa 50 bis 500 Personen auf. [...] Dabei agieren die PRTs in drei Dimensionen: Schaffung von Sicherheit, Bildung staatlicher Institutionen und Durchführung bzw. Ermöglichung von Wiederaufbau. [...] Im Feld sind PRTs als Patrouille, Vermittler, Netzwerkbilder, Betreiber von Wiederaufbauprojekten, Armee- und Polizeiausbildner, Demobilisierungs- und Entwaffnungshelfer sowie als Informationsbeschaffer aktiv.“¹⁶ Das konkrete Aufgabenprofil der deutschen CIMIC-Einheiten wird folgendermaßen beschrieben: „Die deutschen PRTs unterstützen aber nicht nur den Aufbau der Polizei, sondern sind auch in weiteren Bereichen aktiv, wie u.a. in der Drogenbekämpfung und der Bekämpfung des Terrorismus, in der Öffentlichkeitsarbeit (Betreiben von Radiosendern) sowie im Monitoring (Sammeln von Informationen aus den Bereichen Politik und Militär).“¹⁷

Obwohl das Groß der Wiederaufbaumaßnahmen außerhalb der CIMIC-Strukturen erfolgt, wird hiermit – erfolgreich (s.u.) – der Eindruck erweckt, humanitäre Hilfe sei von Militär und ihrem Besatzungsregime nicht zu trennen. Als eine Art PR-Maßnahme soll hierdurch die Akzeptanz der militärischen Besatzung in der afghanischen Bevölkerung erhöht werden. Darüber hinaus leisten die PRTs für Kampfhandlungen – so sie sie nicht gleich selbst durchführen – Zuarbeit in Form von Spionagetätigkeiten. Anne Bodine, Mitarbeiterin des US-Außenministeriums im PRT in Herat, beschrieb die Tätigkeit ihrer Truppe wie folgt: „Wir sind Augen und Ohren der US-Regierung.“¹⁸ Auch die SWP betont, „das große Potential der CIMIC-Kräfte“ müsse zukünftig „stärker berücksichtigt werden“. In einem „so vielschichtigen und sich rasch verändernden sozialen Umfeld wie Afghanistan“ seien „Kenntnisse über lokale Machtgefüge [...] äußerst wichtig.“ CIMIC gehöre mittlerweile sogar „zu den Ausbildungsgängen der Führungsakademie der Bundeswehr“, berichtet die SWP: „Damit wird den zukünftigen Kommandeuren der hohe Nutzen von CIMIC bei Lagebildgenerierung, Bewertung und Erstellung von Handlungsempfehlungen [...] vertraut gemacht.“¹⁹

Um den zahlreichen Vorwürfen von Seiten humanitärer Organisationen zu begegnen, sie würden im Rahmen von CIMIC dem Militär untergeordnet, stellen die SWP-Autoren zwar richtigerweise fest, die deut-

schen PRTs würden – im Gegensatz zu den US-amerikanischen – „gleichberechtigt von einem Vertreter der Bundeswehr und einem des Auswärtigen Amtes geleitet.“²⁰ Aber selbst im Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) wird eingeräumt, dass in der Praxis von Gleichberechtigung keine Rede sein kann: „[A]uch das deutsche PRT folge in erster Linie einer militärischen Logik, kritisiert [BMZ-Staatssekretär Erich] Stather, da die erste Überlegung sei, wo es aus militärischer beziehungsweise sicherheitspolitischer Perspektive wichtig sei, Präsenz zu zeigen und erst in einem zweiten Schritt überlegt werde, welche entwicklungspolitischen Maßnahmen in der gewählten Region sinnvoll seien.“²¹ Einen weiteren Aspekt spricht Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Welthungerhilfe, an: „Im deutschen PRT ist zu unterscheiden die ‚funktionale‘ Trennung der verschiedenen Elemente von der Sichtbarkeit der Trennung nach außen. Die ‚funktionale‘ Trennung [...] funktioniert eher als die Trennung nach außen.“²²

Diese kritischen Stimmen sind nur allzu verständlich. Denn durch die Zivil-militärische Zusammenarbeit verlieren zivile Helfer ihre Neutralität. Selbst die Organisationen, die sich bislang strikt weigern, mit dem Militär zusammenzuarbeiten, sind nicht mehr in der Lage, glaubhaft ihre neutrale Position vermitteln zu können. Vom afghanischen Widerstand werden sie als Kollaborateure des Militärs und damit als legitime Anschlagziele betrachtet. So war Ärzte ohne Grenzen bereits im Jahr 2004 gezwungen, sich nach 24jähriger Tätigkeit aus Afghanistan zurückzuziehen. Auch die Welthungerhilfe reduzierte nach wiederholten Angriffen im Jahr 2007 ihre Aktivitäten in Afghanistan drastisch. Die Organisation führt diese Angriffe maßgeblich zurück auf „die Vermischung von Überlebenshilfe und Wiederaufbau mit militärischen Einsätzen und der damit verbundenen unzureichenden Abgrenzung von zivilen und militärischen Kräften im Rahmen der Provincial Reconstruction Teams (PRT). Wenn nämlich bewaffnete Kräfte nicht mehr zwischen Militär und Zivilisten unterscheiden können, werden auch Hilfsorganisationen zum

Ziel von Angriffen.“²³ In bemerkenswerter Deutlichkeit kritisierte Caritas International im Juni 2008 den militanten Charakter der westlichen „Entwicklungshilfe“, indem sie bemängelte, dass „die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfsbedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert.“²⁴

Trotz dieser Klagen fordert die SWP, dass die Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan nicht nur ausgebaut, sondern auch deutlich stärker institutionalisiert wird: „Bislang werden die Prinzipien vernetzter Sicherheitspolitik militärisch-operativ nicht in dem Maße umgesetzt, wie es im Rahmen des ISAF-Einsatzes notwendig wäre. Der Bundesregierung fehlt es – auf ziviler wie militärischer Ebene – an geeigneten integrierten Planungsstrukturen und Einsatzinstrumenten, um eine militärische Operation mit dem Schwerpunkt der Aufstandsbekämpfung durchzuführen. [...] Für die Führung eines Einsatzes wie in Afghanistan sollte eine integrierte zivil-militärische Spitze verantwortlich sein. [Es] ließen sich so unterschiedliche zivile Organisationen effektiv in die Planung und Durchführung von Auslandseinsätzen einbinden.“²⁵

Auf operativer Ebene soll die bisherige

funktionale Trennung offenbar völlig aufgehoben werden, was in gewisser Weise konsequent ist: betrachtet man die einschlägigen CIMIC-Definitionen von NATO und Bundeswehr genauer, so lässt sich feststellen, dass dort ohnehin völlig offen von einer Unterordnung ziviler Kapazitäten unter das Militär gesprochen wird.²⁶ Vor diesem Hintergrund fordert die SWP für Afghanistan die „Entwicklung einer Einsatzstruktur, die zivile Kapazitäten für die Dauer des Einsatzes in die militärischen Strukturen integriert.“²⁷ Schlussendlich sollen die PRTs künftig auch verstärkt für offensive Kampfhandlungen eingesetzt werden: „Bei den PRT besteht in jedem Fall Weiterentwicklungsbedarf. Es fehlt ihnen im Kontext der sich verschlechternden Sicherheitslage an operativen Eingreifreserven, die ihre Kommandeure in die Lage versetzen würden, gegen Angreifer tätig werden zu können.“²⁸

Neue Strukturen für die Zivil-Militärische Aufstandsbekämpfung

Auf NATO-Ebene wird also der Zivil-militärischen Zusammenarbeit immer größere Priorität eingeräumt. Um dem auch strukturell Rechnung zu tragen, schlug die SWP unlängst die „Schaffung einer zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit in der NATO“ vor. Dies hätte große Vorteile, denn hierdurch würden „die zivilen und die militärischen Fähigkeiten der EU sowie die militärischen Fähigkeiten der NATO an einem Ort koordiniert.“²⁹

Analog fordert die Denkfabrik auch für Deutschland auf der strategischen Planungsebene feste Strukturen, um die Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung dauerhaft zu institutionalisieren. Der im September 2004 eingerichtete „Ressortkreis Zivile Krisenprävention“ wird hier lobend als „erster Ansatz“ erwähnt. Dort sitzen unter Federführung des Auswärtigen Amtes die Akteure verschiedener Ministerien an einem Tisch, dies soll zu einer „engeren Abstimmung zwischen diplomatischen, entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Aktivitäten führen.“³⁰

Allerdings ist dieser Ressortkreis der SWP noch nicht deutlich genug auf die Unterstützung des eigentlichen Kernauftrages ausgelegt. Zu diesem Zweck soll eine strategische Planungseinheit im Auswärtigen Amt geschaffen werden: „Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaft-



lichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. [...] Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame *zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren*.“³¹

Darüber hinaus soll das Militär vor Ort, wie schon für Afghanistan vorgeschlagen wurde, künftig grundsätzlich den Hut aufhaben: „Auf operativer Ebene sollte die Integration ziviler und militärischer Mittel innerhalb der Einsatzführungsstrukturen des Verteidigungsministeriums erfolgen. [...] Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern. [...] Ein wesentlicher Vorteil einer speziell für Auslandseinsätze zuständigen zivil-militärischen Organisation läge in der Gewährleistung personeller und inhaltlicher Kontinuität. Diese Stelle könnte etwa eine gemeinsame Einsatzvorbereitung für das zivile und militärische Personal koordinieren.“³²

Solche Vorschläge sind aufs Schärfste abzulehnen. Soldaten sind Soldaten und Zivilisten sind Zivilisten, beide folgen vollständig anderen Prioritätensetzungen oder sie sollten es zumindest. Humanitäre Hilfe etwa ist eigentlich strikt auf die unmittelbare Armutsbekämpfung verpflichtet, nicht auf die Unterstützung von NATO-Kolonialeinsätzen. Sollte die Bundesregierung die Vorschläge der SWP (wie so häufig) tatsächlich aufgreifen, wäre dies ein Quantensprung auf dem Weg, zivile Akteure und Kapazitäten der militärischen Kriegslogik zu unterwerfen.

Anmerkungen

¹ Noetzel, Timo und Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie 2008/S13, Mai 2008, S. 15.

² Unterrichtung des Deutschen Bundestages durch das Auswärtige Amt über die relevanten Fragen der Entwicklung und des Wiederaufbaus in Afghanistan, Stand: 11. April 2008.

³ Unterrichtung des Deutschen Bundestages durch das Auswärtige Amt über die relevanten Fragen der Entwicklung und des Wiederaufbaus in Afghanistan, Stand: 26. Juni 2008.

⁴ Afghan death toll soars to 8,000 last year, The Guardian, 11.03.2008.

⁵ Mehr internationale Soldaten in Afghanistan getötet als im Irak, Focus.de, 30.06.2008.

⁶ Vgl. UNDP: Afghanistan Human Development Report 2007.

⁷ So lobt das Bundesamt für Außenwirtschaft: „Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen; [...] Die Bundesregierung hat

im Dezember 2004 ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Afghanistan paraphiert, das voraussichtlich im April 2005 gezeichnet und anschließend in Kraft treten wird. Dieses Abkommen wird deutschen Investoren in Afghanistan weitreichenden Eigentumsschutz gewährleisten; [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.“ vgl. Bundesamt für Außenwirtschaft: Jahreswirtschaftsbericht Afghanistan, URL: <http://tinyurl.com/6ccg9>

⁸ Buchholz, Christine: „Die Friedensbewegung kann einen Unterschied machen“, Ostermarschrede, 24.03.2008.

⁹ Verteidigungsminister Franz Josef Jung stellt die Aufgaben der Bundeswehr als Armee im Auslandseinsatz vor - Rede bei der Kommandeurtagung im Wortlaut (14. März 2008), URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/kommandeur3.html>

¹⁰ Bundeswehr stellt Eingreiftruppe in Afghanistan, Der Tagesspiegel, 01.07.2008.

¹¹ Neue, gefährliche Aufgabe für die Bundeswehr, Die Welt, 30.06.2008.

¹² Vgl. Noetzel, Timo und Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.

¹³ Noetzel und Zapfe 2008, S. 6.

¹⁴ Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan, Die Linke im Bundestag, Broschüre, 19.05.2008.

¹⁵ Daniel Fried: NATO: Enlargement and Effectiveness, Testimony Before the Senate Committee on Foreign Relations, Washington, DC, March 11, 2008.

¹⁶ Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des

internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 11/2006, S. 10f.

¹⁷ Bajohr, Ulrike: Deutschland und das State Building in Afghanistan, 10. Oktober 2005, URL: http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/ha_bajohr.pdf, S. 11f.

¹⁸ Christian Aid: The Politics of Poverty. Aid in the New Cold War, 2004, S. 47.

¹⁹ Lange, Sascha: Die Bundeswehr in Afghanistan. Personal und technische Ausstattung in der Einsatzrealität; SWP-Studie S9, März 2008 GfP

²⁰ Noetzel und Schreer 2008, S. 16.

²¹ Hamann, Birte: Sicherheit und Entwicklung. Veränderungen in der Entwicklungspolitik der USA und Deutschlands angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr.30/2005, S. 101.

²² Preuß, Hans-Joachim: Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Thema „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 25. Oktober 2006, Ausschlussdrucksache Nr. 16(19)124.

²³ Preuß, Hans-Joachim und Radke, Katrin: Akzeptanz durch Neutralität: Die Deutsche Welthungerhilfe ändert ihre Afghanistan-Strategie, in: eins (August 2007).

²⁴ Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan, Positionspapier, 10.06.2008; vgl. auch Waldman, Matt: Falling Short: Aid Effectiveness in Afghanistan, Oxfam, March 2008.

²⁵ Noetzel und Schreer 2008, S. 23.

²⁶ Dies geht bspws. eindeutig aus den Ausführungen von Oberst i.G. Gerhard J. Klose, Referatsleiter für Grundsatzfragen im Bereich Zivil-militärische Kooperation im Bundesverteidigungsministerium, bzgl. der CIMIC-Definition im NATO-Dokument AJP 9 hervor: „An einem Punkt, der gern übersehen wird, ist diese Definition nämlich sehr präzise. Es heißt dort nämlich klar und eindeutig: in support of the mission, also zur Unterstützung der militärischen Operation. Damit wird der Zweck klar gestellt, dem dieses Aufgabengebiet zu dienen hat, nämlich ausschließlich der Unterstützung der militärischen Operation. [...] Und nicht vergessen werden sollte auch, dass der eigentliche Gegner in einer militärischen Operation nicht das Militär ist, sondern die dahinter stehende zivile Gesellschaft.“ Klose, Gerhard J.: Zivil-militärische Kooperation aus Sicht der Verteidigungspolitik, Vortrag auf den Entwicklungspolitischen Diskusstagen 2004, S. 19. Die „Allied Joint Publication (AJP) 9“ vom Juni 2003 konkretisierte die NATO Direktive MC 411/1 vom Juli 2001.

²⁷ Noetzel und Schreer 2008, S. 6.

²⁸ Ebd., S. 27f.

²⁹ Kempin, Ronja, Frankreich und die Annäherung von NATO und EU, SWP-Aktuell 34, April 2008.

³⁰ Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ 2004, S. 4.

³¹ Noetzel und Schreer 2008, S. 24. Hervorhebung JW.

³² Ebd.



Sicher ins Finale

Der Einsatz von Soldaten bei der Fußball-EM

von Uwe Reinecke

Das österreichische Bundesheer gab sich im April für die UEFA-EM im Juni 2008 das Motto „Sicher ins Finale.“

Bekanntlich schied Österreich als schlechtester Gastgeber der EM-Geschichte bereits in der Vorrunde aus und verfehlte die Finalteilnahme, aber militärisch betrachtet, bedeutet die Fußball-EM ein Sieg der verordneten „Sicherheit.“

Auch in der Schweiz, dem zweiten Gastgeber, setzte schon lange vor Beginn der EM eine Ausweitung der Armeebefugnisse für Einsätze im Innern ein. Sowohl in Österreich als auch in der Schweiz wurde dabei ein Schritt der Sicherheitspolitik nachvollzogen, den die meisten EU-Staaten bereits hinter sich haben.

Erfahrungen aus Deutschland während der FIFA-WM 2006 wurden aufgegriffen. Wenn es auch in den betroffenen Staaten Kritik von unterschiedlichsten Seiten gab, bekamen und bekommen die Armeen Befugnisse und Waffen zur Verfügung gestellt, die nicht der Landesverteidigung gegen äußere Angreifer, sondern allein dem Zweck der „Aufstandsbekämpfung“ gegen im Innern des eigenen Staates entdeckte Feinde dienen. Kritik daran von unerwarteter Seite sprach Jean Pierre Monti, der Generalsekretär des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB), bereits im November 2002 aus:

„Es kann nicht angehen, dass Kräfte mit kombattantem Status zivile polizeiliche Aufgaben übernehmen und die Polizei belasten, nur weil die Landesregierung im Streit um die innere Sicherheit offenbar nicht mehr den politischen Willen hat, eine klare Trennung zwischen dem Gewaltenmonopol von Polizei und Militär aufrechtzuerhalten. Der VSPB verlangt vom Bundesrat, dass der polizeiliche Bereich der inneren Sicherheit nach wie vor von Polizistinnen und Polizisten wahrgenommen wird, die dafür ausgebildet sind und nebst den beruflichen auch über entsprechende soziale Kompetenzen verfügen.“ Diese Kritik wurde von den Regierungen schnell verworfen und nicht weiter beachtet.

Übungen wie „Wachhund 99“ im Jahr 1999 in Österreich und reale Einsätze der Armee zur Erlangung von Erfahrungen, wie während der FIFA-WM 2006 in Deutsch-

land, dienen dagegen der „Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten“ von Armeen im Innern gegen eigene Staatsbürger und damit der Gewöhnung an militärische Einsätze im zivilen Leben.

Grundlagen

Während das deutsche Grundgesetz der Bundeswehr im Art. 87a einem Einsatz im Innern strikte Grenzen setzt, gibt das Österreichische Verfassungsgesetz dem Militär diesbezüglich mehr Freiheiten (Art. 79b VG):

(1) Dem Bundesheer obliegt die militärische Landesverteidigung. Es ist nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten

(2) Das Bundesheer ist, soweit die gesetzmäßige zivile Gewalt seine Mitwirkung in Anspruch nimmt, ferner bestimmt

1. auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus

a) zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der demokratischen Freiheiten der Einwohner

b) zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt;

2. zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs.

Die Schweiz benennt in ihrer Bundesverfassung der österreichischen sehr ähnliche Befugnisse der Armee (Art. 58):

(1) Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.

(2) Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.

Im schweizerischen Militärgesetz von 1995 (§§ 67, 70, 92) und in der Verordnung über Polizeibefugnisse der Armee von 1994 (Art. 4) wurde detailliert geregelt, dass zum Erhalt der „Inneren Sicherheit“ der Armee verschiedene Maßnahmen wie Passkontrollen, Vernehmungen, Durch-

suchung der mitgebrachten Gegenstände, Platzverweise und Festnahmen bis hin zum Waffengebrauch erlaubt sind. Diese gesetzlichen Regelungen wurden im Zusammenhang mit den Weltwirtschaftsforen in Davos eingeführt.

Die Erfahrungen der Schweizer Armee im Bereich der „Inneren Sicherheit“ konnten durch die Erfahrungen der deutschen Polizeien und der Bundeswehr während der FIFA-WM 2006 ergänzt werden. Denn Fußballfans sind nicht per se systemkritisch und wollen auch nicht protestieren. Sie wollen in erster Linie feiern und gemeinsam Spaß haben. Das gilt es staatlich zu kanalisieren. Polizei und Bundeswehr haben vor zwei Jahren „gut zusammen gearbeitet“, wie in einer Mitteilung des deutschen Bundesinnenministeriums bilanziert wurde. Etwa 2.000 Soldaten waren damals in die Stadien der WM (in ziviler Kleidung) kommandiert worden. Auch kam die NATO mit ihren AWACS-Kriegsfliegern zum Einsatz. Das sollte sich nun alles wiederholen.

Der kooperative Einsatz im Innern

Schon lange vor Beginn der EM wurden zur Koordination mehr oder weniger regelmäßige Treffen der Organisatoren der EM mit Polizei- und Militärkräften organisiert. Vertreter der Polizeien und der Armeen Österreichs, der Schweiz und Deutschlands nahmen daran teil. Erfahrungsaustausch und gemeinsame Planung für die EM wurden als Ziele benannt. Konkret wurden dabei Amtshilfen abgesprochen. Dies geschah von der Öffentlichkeit fast unmerkelt, obwohl die Tatsache der Treffen nicht verheimlicht wurde. Einige Ergebnisse der Treffen wurden noch vor Beginn der EM veröffentlicht. Allerdings sind die Informationen über den finanziellen Aufwand und über die eingesetzte Ausrüstung in den Staaten unterschiedlich genau.

So stellte die deutsche Bundeswehr im grenznahen Raum Kasernen zur Unterbringung von Kräften der Bundespolizei und/oder Sanitätsdiensten zur Verfügung (z.B. Prinz-Eugen-Kaserne München aber auch Liegenschaften in Kempten und Mülheim).

In Klagenfurt und Wien (Spielorte des DFB in der Vorrunde) sowie in Basel (Spielort des DFB im Viertel- und Halbfinale) war ein massives Aufgebot deutscher Polizei zu sehen. Die Bundeswehr war wohl in beiden Staaten nicht öffentlich aktiv. Allerdings stellte die Bundeswehr in Meßstetten (Zollernalbkreis/Ba-Wü) zwei Verbindungsoffiziere für den Polizei-Hubschraubereinsatz zur Verfügung. Ferner half die Bundeswehr beim Abgleich von Halterinformationen für KfZs und im taktischen

Bereich im Radar- und Funkdienst während der EM. Davon und besonders von den Luftlageinformationen der Bundeswehr profitierten absprachegemäß auch entsprechende Stellen in Österreich und der Schweiz.

Einsatzbeispiele

Die NATO stellte wieder ihre AWACS-Kriegsflieger zur Überwachung des Luftraums zur Verfügung. In diesen Kriegsflyern „arbeiten“ größtenteils Bundeswehr-Soldaten.

In Österreich wurden von der Bundesregierung 3.000 Soldaten für den Einsatz im Innern abgestellt. 1,7 Millionen EUR wendete das Bundesheer auf, um den österreichischen Bundesländern finanziell zu helfen, die „Sicherheit“ zu gewährleisten (Presseeinlassung des Verteidigungsministers).

Österreichs Armee trat hier besonders mit Helikoptern und Abfangjägern zur Überwachung des weiträumigen Überflugverbotes (zwei Stunden vor Spielbeginn bis ebenso lange nach Spielschluss) in Erscheinung. Nach Informationen des Verteidigungsministers Norbert Darabos kamen dabei zum Einsatz: Flugzeuge der Typen F-5E „Tiger“ II, Eurofighter „Typhoon“, Saab 105 Ö und Pilatus PC-7 „Turbo Trainer“, Hubschrauber der Typen S-70 „Black Hawk“, Bell OH-58 B „Kiowa“, Augusta Bell 212 und Alouette III sowie das Radarsystem „Goldhaube“.

Das Militärkommando Kärnten hatte am ersten Spieltag in Klagenfurt nach eigenen Angaben 600 Soldaten im Einsatz: Krankenträger, Fernmeldespezialisten, Sanitätskräfte, Versorgungseinheiten, Fliegerkräfte und ABC-Abwehrkräfte (sic!) hielt das Militärkommando für die Sicherheit rund um die EM bereit und war damit (Zitat) „auf jede Eventualität vorbereitet.“

Mehrere Polizeieinheiten wurden in insgesamt vier Kärntner Kasernen untergebracht.

Das Catering für diese Polizeikräfte und das Österreichische Rote Kreuz wurde durch das Bundesheer organisiert. Ähnlich war es an allen anderen Spielorten in Österreich.

Da die österreichische Armee über keine unbemannten Drohnen zur Überwachung des Luftraums verfügt, übernahm die Schweizer Armee diese Aufgabe alleine. Kurz vor Beginn des Spiels Österreich gegen Deutschland überflogen zwei Abfangjäger (Länderkennung unklar, aber wahrscheinlich Österreich) die Millionenstadt Wien und das Ernst-Happel-Stadion. Der Sinn dieser Aktion konnte nicht geklärt werden, denn einen Luftzwischenfall (Angriff feind-

licher Flugzeuge oder eine Flugzeugentführung), der den Start der Abfangjäger erforderlich gemacht hätte, gab es laut offizieller Presseeinlassung nicht.

Der Schweizer Bundesrat hatte vor Beginn der EM bis zu 15.000 Soldaten für den Einsatz im Innern während des Fußballturniers bewilligt, die wohl doch nicht alle abgerufen wurden. Neben den bereits erwähnten Drohnen kamen an den Spielorten zahlreiche Helikopter zur Überwachung der Menschenströme zum Einsatz und Abfangjäger zur großräumigen Luftraumüberwachung. Darüber hinaus wurden um die offiziellen Fanzonen und um die Stadien herum besondere „Sicherheitszonen“ eingerichtet, die das unbegründete Aussprechen von Platzverweisen und den Gebrauch polizeilicher sowie militärischer Gewalt gegen Privatpersonen erleichterten. Ferner wurden an allen Spielorten und Spieltagen jeweils 100 bis 150 Sanitätskräfte abgestellt.

Fazit

Der militärische Aufwand für die Durchführung der UEFA-EM war riesig und entsprach einer abstrusen Gefahrenprognose. So wurde - ohne die Quellen zu nennen - von österreichischen Sicherheitskräften in Klagenfurt behauptet, dass „wir leider ganz andere Erkenntnisse über Gewalt haben. Auch bei der WM in Deutschland gab es viel Gewalt und alles wurde verschwiegen! Deswegen sind wir hier.“ Zusätzlich wurde von Behörden und Polizei unter Mithilfe einer bereitwilligen Presse in Österreich ein Gewaltszenario entworfen, das „600 zusätzliche Vergewaltigungen“ während der EM erwarten ließ. So sei es jedenfalls bei der WM vor zwei Jahren gewesen (die Quelle für diese Behauptung wurde nicht genannt).

Die derart erzeugte Gewaltangst und das daraus resultierende staatlich erwünschte „Sicherheitsverlangen“ der Bevölkerung bereiteten den Boden für diese massive Militärpräsenz – auch wenn völlig unklar ist, was Soldaten etwa gegen Vergewaltigungen, die ja häufig eher abseits des Geschehens stattfinden, für eine Wirksamkeit haben.

Das zumeist besonnene Verhalten der Fans und der anderen Touristen ließen Polizei und Armee aber wenig Möglichkeiten, die vorher herbei geredeten Gewalttaten auch zu bekämpfen.

Die Fußball-EM wurde von den drei Regierungen Österreichs, der Schweiz und Deutschlands genutzt, das Militärische wieder einmal als normal und notwendig erscheinen zu lassen. Dies scheint offenbar auch gelungen zu sein. Außer ein paar Fan-Organisationen, die unter dem Motto

„Fußballfans sind keine Verbrecher“ sich zu wehren versuchten, gab es wenig Protest gegen den massiven Polizei- und Armee-Einsatz während der EM. Ganz im Gegenteil, es wurde meistens Verständnis geäußert und zaghafte Versuche, sich dem Kontrollzwang zu entziehen, wurden von den anderen Passanten mit Unmut beantwortet. Das war besonders an den Eingängen zu den Fanzonen zu beobachten.

Insofern hat die staatliche „Sicherheit“ 3 : 0 gegen die Freiheit gewonnen. Österreichs Verteidigungsminister Darabos bilanziert, „Für die Sicherheit der EURO war unter großer Mitwirkung des Österreichischen Bundesheeres gesorgt!“

Aussicht

Das Militär ergreift zunehmend das Zepter auch im internationalen Sport. So ist in Deutschland zwar der für den Sport zuständige Minister der Bundesinnenminister. Aber trotzdem unterstehen viele Sportler und Sportlerinnen der Olympia-Mannschaft nicht als Bundespolizisten dem Innen-, sondern als so genannte Sportsoldaten dem Verteidigungsminister. Auch wurde das deutsche Olympia-Team bis zum 31. Juli nicht zufällig in der „Kurmainz-Kaserne“ (Mainz) für Peking ausgestattet. Dafür wurden 40 Soldaten eingesetzt.

Militärs erheben nicht nur den Anspruch, sportlich zu sein, sondern der Sport selbst wird zunehmend militärisch. Dies geschieht ganz im Sinne der Tradition des „Turnvaters“ Jahn. Die Olympischen Spiele in Peking werden den geschilderten Trend zur Militarisation des Sports verstärkt fortführen.

Dagegen und überhaupt gegen die zunehmende Militarisation der Gesellschaft im Allgemeinen und des Sports im Speziellen gilt es sich zu wehren. Dazu sind Vernetzungen der antimilitaristischen Bewegung mit Sportfans möglich und nötig.



Endlich! Die neuen Tarnanzüge
sind eingetroffen!

Großer Krieg in naher Zukunft?

Das französische Verteidigungsweißbuch 2008

von Thomas Mitsch

Am 16. Juni 2008 legte Frankreich nach 1972 und 1994 mit seinem dritten Verteidigungsweißbuch einen umfangreichen Militarisierungskatalog vor. Es schlägt eine Umstrukturierung des französischen Militärs vor, um künftig besser für Kriegseinsätze – u.a. zur Rohstoffsicherung – gerüstet zu sein. Ferner enthält es Forderungen nach einem Ausbau der EU-Militarisierung. Besonders brisant ist der Plan, künftig 10.000 Soldaten für Militäreinsätze innerhalb Frankreichs bereitzuhalten.

Zweideutiges Bekenntnis zur NATO

Aus dem Weißbuch geht hervor, dass die Wiedereingliederung Frankreichs in die atlantische Militärorganisation Vorrang hat. Frankreich war 1966 unter Präsident Charles de Gaulle aus der militärischen Kommandostruktur der NATO ausgetreten. Frankreich will aber an der völligen Unabhängigkeit seiner Atomstreitmacht festhalten. Außerdem wollen die französischen Behörden völlige Entscheidungsfreiheit haben, weshalb eine automatische Verpflichtung für militärische Einsätze ebenso abgelehnt wird wie in Friedenszeiten französische Truppen dauerhaft unter Nato-Kommando zu stellen. Frankreich soll die Fähigkeiten behalten, die für die Verteidigung der strategischen und politischen Autonomie der Nation notwendig erachtet werden: nukleare Abschreckung, ballistische Raketen, Atom-U-Boote und Computersicherheit.

Trotz des Bekenntnisses zur NATO steht die Stärkung der europäischen Kriegskapazitäten ebenfalls ganz oben auf der französischen Agenda. Man will „Europa zu einem Hauptakteur hinsichtlich des Krisenmanagements“ machen (alle Zitate stammen aus der englischen Fassung des Weißbuchs. <http://tinyurl.com/528j9y>). Das sicherheitspolitische Feld dürfe nicht allein der NATO überlassen werden, so das Weißbuch. Deshalb fordert es im Einklang mit der bis Ende 2008 laufenden französischen EU-Ratspräsidentschaft eine massive Forcierung der EU-Militarisierung. Die bislang lediglich auf dem Papier existierende

60.000 Mann starke Schnelle Eingreiftruppe der Europäischen Union soll endlich aufgestellt und auch die notwendigen Luftwaffen- und Marineeinheiten zu deren Unterstützung verfügbar gemacht werden. Als Zielgröße wird die Fähigkeit benannt „zwei oder drei friedenserhaltende oder friedenserzwingende und mehrere zivile Operationen“ gleichzeitig führen zu können.

Darüber hinaus „ist Frankreich der Meinung, dass Kampfflugzeuge, Drohnen, Cruise Missiles, Satelliten, elektronische Bauteile usw. bevorzugt im europäischen Rahmen entwickelt werden müssen, wobei die Beschaffungspolitik auch Einkäufe auf dem Weltmarkt berücksichtigen muss.“ Hiermit sollen französische Rüstungskonzerne gegenüber der US-Konkurrenz gestärkt werden.

Das Weißbuch geht von einem großen Krieg in naher Zukunft aus

Das Weißbuch umreißt die Strategie und die Beschaffungspläne des Landes für die nächsten fünfzehn Jahre. Trotz der diplomatischen Sprache bringt das Dokument die



tiefe Sorge der herrschenden Elite über die wachsenden globalen Spannungen und die Lage Frankreichs zum Ausdruck. Es zeigt die Entschlossenheit, sich auch militärisch auf die veränderte Situation vorzubereiten. Das Weißbuch geht ohne Umschweife von der Wahrscheinlichkeit aus, dass in naher Zukunft ein großer Krieg ausbricht. Es argumentiert: „In einer unsicheren und instabilen internationalen Umgebung kann eine französische Beteiligung an einem Krieg nicht ausgeschlossen werden. Bei den Planungen der Streitkräfte für die nächsten fünfzehn Jahre muss daher die Möglichkeit eines großen Konflikts in Rechnung gestellt werden.“

Umstrukturierung: Reduktion der Streitkräfte

Das Weißbuch fordert „88.000 Mann einsetzbare Bodentruppen, was die Mobilisierung von 30.000 Mann innerhalb von sechs Monaten ermöglichen würde. 5.000 Soldaten sollten ständig in Einsatzbereitschaft sein und 10.000 Soldaten sollten auf dem nationalen Territorium mobilisiert werden können, um die zivilen Behörden im Fall einer großen Krise zu unterstützen.“ Die Marine soll „eine Flugzeugträger-Gruppe ..., achtzehn Fregatten und sechs Atom-U-Boote behalten und die Fähigkeit besitzen, ein oder zwei Marineverbände in den Einsatz zu schicken, entweder für amphibische [Lande-]Operationen oder zum Schutz von Schifffahrtswegen.“ Luftwaffe und Marine sollten zusammen 300 Kampfflugzeuge bereithalten, wobei 70 Flugzeuge für den Einsatz im Ausland bereitstehen sollen.

Das Weißbuch nimmt an, dass Frankreich von 2009 bis 2020 für „Verteidigung“ 377 Mrd. Euro ausgeben wird, wobei die Pensionszahlungen nicht berücksichtigt sind. Es wird ein Arbeitsplatzabbau von ungefähr 54.000 Stellen im Verteidigungsministerium und den Streitkräften über sechs oder sieben Jahre angekündigt. Die Einsparungen sollen in die Modernisierung der militärischen Hardware gesteckt werden. Das Budget für neues Militärgerät soll ab 2009 um 2,5 Mrd. Euro auf insgesamt 18 Mrd. Euro erhöht werden.

Eine deutliche Anhebung der Militärausgaben wird nur möglich sein, wenn umfangreiche Kürzungen am Lebensstandard der Arbeiter vorgenommen werden. Dies würde aber heftige Reaktionen der französischen Arbeiterklasse auslösen.

Das Weißbuch schlägt deshalb vor, Forschung und finanzielle Aufwendungen auf die wichtigsten Waffengattungen zu konzentrieren und die militärische Präsenz auf

die wichtigsten Handelsrouten für den französischen Kapitalismus auszurichten. Gleichzeitig solle im Rahmen der NATO versucht werden, den eigenen militärischen Einfluss zu vergrößern.

PRÉSIDENT
DE LA
RÉPUBLIQUE

Wettstreit um Öl und strategische Vorteile: Terrorbedrohung als Begründung

Die Autoren des Weißbuches schreiben: „Zukünftige Spannungen, bei denen es um Energie, Nahrungsmittel, Wasser und strategische Rohstoffe geht, können direkt zu scharfen Krisen in einer oder mehreren Weltregionen führen. Das gleiche trifft auch auf die langfristigen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu, wenn nicht rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden.“

Wie in den USA werden auch in Frankreich die grundlegenden Ziele der Umorientierung mit der angeblichen terroristischen Bedrohung verschleiert. Das Weißbuch schreibt über die Gefahr von „Dschihad-Terror“ und fordert die „Konzentration auf eine geographische Achse vom Atlantik zum Mittelmeer, dem arabisch-persischen Golf und dem indischen Ozean. Diese Achse deckt die Gebiete mit der größten Gefährdung der strategischen Interessen Frankreichs und Europas ab.“ Das Weißbuch berücksichtigt auch die wachsende Bedeutung Asiens für die nationale Sicherheit und befürwortet sowohl eine Präsenz wie auch Zusammenarbeit vom Indischen Ozean aus in diese Richtung. Diese Orientierung fällt mit den wichtigsten Schifffahrtsrouten zusammen, die Frankreich mit seinen alten Kolonien in Nordafrika und dem Nahen Osten, seinen wichtigsten Energielieferanten am Persischen Golf und in Nordafrika und den aufstrebenden Industriemächten Asiens verbinden.

Damit wird der Schwerpunkt weg von Afrika verlagert, wo gegenwärtig die meisten militärischen Stützpunkte Frankreichs liegen. Der Vorschlag der Weißbuch-Autoren „nur zwei Stützpunkte in Afrika beizubehalten, einen an der Atlantikküste und einen am Indischen Ozean“ ist umstritten. Heute unterhält Frankreich Stützpunkte in

The French White Paper on defence and national security



Dschibuti, Dakar, N'Djamena, Libreville, und Abidjan und stellt Truppen für mehrere UN-Einsätze in Afrika. Das Weißbuch verspricht eine stärkere französische Präsenz am Persischen Golf, besonders auf seinem neuen Stützpunkt in Abu Dhabi.

Deutsche Standorte

Nach den derzeitigen Plänen soll nur der Standort Mülheim (nördlich von Basel direkt an der französischen Grenze) erhalten bleiben. Das 110. Infanterieregiment in Donaueschingen und das dritte Husarenregiment in Immendingen (Kreis Tuttlingen) sollen nach Frankreich verlegt werden.

Militär im Inland

Ende Juli hat es die italienische Berlusconi-Regierung vorgemacht. Zunächst für ein halbes Jahr werden 3000 Soldaten im Inland eingesetzt. Das Arrangement kann um ein halbes Jahr verlängert werden – zur Erinnerung, der nächste G8-Gipfel findet nächstes Jahr in diesem Zeitraum in Italien statt.

Das französische Weißbuch fordert wiederum, 10.000 Soldaten müssten jederzeit für Einsätze im Inland bereitgehalten werden. Die vorgebliche Terrorbedrohung wird auch dort bemüht, um die „Politik für die innere Sicherheit“ zu legitimieren. Allerdings wird hinreichend vage angegeben, das Militär solle „im Fall einer großen Krise“ eingesetzt werden können – darunter lässt sich ja so gut wie alles fassen, auch groß angelegte Unruhen in den Banlieues französischer Großstädte.

Krieg mit und ohne die UNO

In seinen „Richtlinien zur Verwendung französischer Truppen im Ausland“ gibt das Weißbuch an, Militäreinsätze könnten auch im Rahmen der so genannten „Responsibility to Protect“ erfolgen. Damit stellt sich das Dokument voll hinter die derzeitigen Versuche, die UNO dergestalt zu „reformieren“, dass Kriege nicht mehr allein zur Selbstvertei-

digung und bei einer Bedrohung des Weltfriedens, sondern auch bei Verstößen gegen die „internationalen Normen“ völkerrechtlich legitim sein sollen, insbesondere im Falle schwerer Menschenrechtsverletzung. Da aber in der Praxis die mächtigen Staaten über die Definitionsgewalt verfügen, beliebig festzustellen, was als ein solcher Verstoß zu werten ist, droht damit die Abschaffung des staatlichen Gewaltverbots zugunsten der Willkür der Mächtigen.

Auch was die Frage der Mandatierung französischer Kriegseinsätze anbelangt, findet sich im Weißbuch wenig Erfreuliches. Zwar heißt es dort: „In der Regel wird ein Einsatz von Gewalt durch den UN-Sicherheitsrat autorisiert, und das muss auch so bleiben.“ Keine Regel jedoch ohne Ausnahme. Denn dieses vorgebliche Bekenntnis zum Völkerrecht ähnelt der Formulierung im Vertrag von Lissabon bzgl. des Einsatzes von EU-Kampfruppen. Da aber explizit – und mit tatkräftiger französischer Unterstützung – unterstrichen wurde, dass diese Kampfruppen auch ohne UN-Mandat eingesetzt werden können, sollte man angesichts solcher Aussagen vorsichtig sein.

Bericht von der IMI-Mitgliederversammlung

Die alle zwei Jahre stattfindende Mitgliederversammlung der Informationsstelle Militarisierung wurde 2008 erstmals, und mit Erfolg, von dem jährlichen Kongress entkoppelt, um mehr Zeit und Energie auf notwendige Diskussionen um die Zukunft des Vereins zu gewinnen. IMI, so kann positiv festgehalten werden, ist inzwischen zu Groß und zu komplex, um es als letzten Punkt einer ohnedies meist inhaltlich überladenen Konferenz „abzuhandeln“. Für eine weiterführende Diskussion haben wir einen kurzen Bericht erstellt. Die Mitgliederversammlung fand am 28. Juni im Provenceweg 3 in Tübingen statt.

Als Versammlungsleiter der MV wurde Daniel Weitbrecht, als Protokollführer Andreas Seifert bestimmt. Jürgen Wagner lieferte als geschäftsführender Vorstand zunächst einen Sachbericht, in dem er ausführte, welche Themen die IMI in den letzten 1½ Jahren bearbeitete, wie viele Vorträge in diesem Zeitraum von IMI-Referenten gemacht wurden, wie hoch die Zugriffszahlen auf die IMI-Homepage sind etc. Das Fazit des Berichtes war durchweg positiv: IMI weitet seine Aktivitäten stetig aus. Andreas Seifert als Kassenwart berichtete über die finanzielle Lage der IMI und betonte, dass es durch einige neue Mitglieder gelungen ist, die finanzielle Basis des Vereins zu stärken. Dennoch wurde ebenfalls festgehalten, dass es kontinuierlicher Anstrengungen bedarf, das einmal erreichte Niveau auch dauerhaft zu halten - dies gilt für den finanziellen, aber auch für den inhaltlichen Bereich. Der Verein braucht nicht nur neue Mitglieder, sondern auch aktive (zusätzliche) Mitarbeiter. Auf Grundlage der Berichte wurde der Vorstand einstimmig entlastet.

Der zweite Teil der MV widmete sich der Zukunft der IMI. Christoph Marischka berichtete über die derzeitige Situation im IMI-Büro und entwarf einige Szenarien für die zukünftige Entwicklung. Im IMI-Büro arbeiten derzeit 4 Personen, die nur teilweise finanziert werden. Die Finanzierung ist dabei mehr eine „ehrenamtliche Arbeit mit Existenzsicherung“, als ein Beschäftigungsverhältnis. Die reine ehrenamtliche Arbeit hat in den letzten Jahren abgenommen. Zwei Vorstandsmitglieder sind zwar beruflich weiterhin mit den selben Themen

beschäftigt, stehen aber für eine Arbeit in IMI weniger zur Verfügung. Andere, die vorher Studenten waren, sind mehr und mehr darauf angewiesen, für ihre Arbeit in der IMI bezahlt zu werden - bzw. müssten diese im Zweifelsfall einschränken oder einstellen. Für das Ziel, aus der Hochschule neue Aktive zu gewinnen wirken sich die Veränderungen an den Universitäten - vor allem die Studiengebühren - negativ aus. Studierenden wird heutzutage zusehends die Möglichkeit genommen, sich ehrenamtlich einzubringen.

Umgekehrt ist die Besetzung des Büros inzwischen absolut notwendig, da viele Anfragen von unterschiedlicher Seite (Friedensgruppen, Studenten, Medien) und zu unterschiedlichen Themen gestellt werden. Müssten wir die Präsenz im Büro einschränken, so wäre die Folge ein für alle spürbarer Einbruch in der IMI-Tätigkeit. Marischka machte in seinem Beitrag deutlich, dass die Anforderungen und Erwartungen an die IMI weiter steigen. Es wurden 6 mögliche Arbeitsbereiche vorgestellt:

- „Think-Tank der Friedensbewegung“,
- „Kritische Berichterstattung“,
- „Partei-Dienstleister“,
- „Antimilitaristisches Aktionskomitee“,
- „Kampagnen-Arbeit“ und
- „Kritische Wissenschaft“.

Diese Bereiche bildeten ein Sechseck, in das jeder Teilnehmer eintragen sollte, welche Bereiche seiner Meinung nach derzeit von der IMI wie stark abgedeckt werden und welche Schwerpunkte er sich für die Zukunft wünscht. Diese persönlichen Einschätzungen bildeten den Einstieg in die Diskussion. Das Meinungsbild ergab, dass kein Arbeitsbereich vollkommen vernachlässigt werden dürfte, aber die zukünftigen Schwerpunkte auf den Bereichen „Kritischen Berichterstattung“ und „Think-Tank der Friedensbewegung“ liegen sollten. Für die Bereiche „Kampagnen-Arbeit“ und „Antimilitaristisches Aktionskomitee“ sah man auch schon allein aus personellen Gründen weniger gute Entwicklungsmöglichkeiten. Im Bereich der „Kritischen Wissenschaft“ wurde festgestellt, dass dies zwar wünschenswert jedoch derzeit nur in begrenztem Umfang realistisch sei. Eine kritische Diskussion entstand um den Bereich des „Partei-Dienstleisters“. Es

wurde festgehalten, dass der Begriff irreführend sei, da es sich vielmehr um einen Bereich der themenbezogenen parlamentarischen Arbeit handle als um eine Zuarbeit zu einer einzelnen Partei. Eine „Abhängigkeit“ von einer einzelnen Partei wurde als wenig wünschenswert charakterisiert und andererseits auch positiv festgehalten, dass IMI durch seine parlamentarische Arbeit auch an Informationen kommt, die ansonsten nur schwer zugänglich sind.

Die Diskussion hat einerseits gezeigt, dass die anwesenden Mitglieder mit der Arbeit der IMI weitestgehend zufrieden sind. Andererseits besteht jedoch der Bedarf, Mitglieder und andere Interessierte stärker in die Arbeit einzubinden, um das Büro zu entlasten. Des Weiteren wurde festgehalten, dass die finanzielle Lage der IMI verbessert werden muss, wenn auch in Zukunft der Umfang und die Qualität der Arbeit der IMI aufrechterhalten werden soll. Die Mitglieder stimmten darin überein, dass der Verein gestärkt werden müsste. Hierzu müssten mehr Mitglieder geworben werden. Ideen hierzu waren z.B. eine Kampagne „Mitglieder werben Mitglieder“ oder die Zusammenstellung von Materialien über den Verein, die bei Vorträgen und anderen Veranstaltungen von IMI-Referenten an potentielle Mitglieder verteilt werden könnten. Außerdem solle das Projekt eines „Fördervereins“ weiter verfolgt werden.

Neben der Anwerbung von Mitteln sollte auch der Anteil der ehrenamtlichen Mitarbeit wieder verstärkt werden. Dazu sollten einerseits erneut Praktikanten geworben werden, was angesichts der Tatsache, dass das IMI-Büro inzwischen über zwei Räume verfügt, wieder möglich ist. Zudem soll eine Liste erstellt werden, mit Arbeiten die von Mitgliedern oder Interessierten übernommen werden könnten, um die Arbeit im Büro zu entlasten und möglicherweise neue Arbeitsbereiche zu „erschließen“. Dazu wird ein E-Mail Verteiler eingerichtet, in dem alle Interessierten Informationen darüber erhalten können, welche Tätigkeiten anstehen und wie die Arbeit eventuell unterstützt werden könnte. Über den Verteiler sollen auch alle die Möglichkeit haben, eigene Ideen einzubringen.

Als inhaltlichen Abschluss der MV berichteten Jens Kolata und Jens Rüggeberg von einem Tübinger Buchprojekt, das die Geschichte der Kasernen in Tübingen und der darin stationierten Einheiten aufarbeitet. Den geselligen Abschluss fand der Tag anschließend bei einem Grillfest im Garten des Hausprojekts 009, bei dem es sich ebenfalls um ein ehemaliges Kasernengebäude handelt.

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Nach dem aktuellen SIPRI-Jahrbuch 2008 fallen 80% der globalen Waffenexporte 2007 auf nur fünf Länder zurück. Unter diesen fünf „größten“ Waffenexporteuren befinden sich neben Deutschland die USA, Russland, Frankreich und Großbritannien. Die Hauptabnehmer Deutschlands für größere konventionelle Rüstungsgüter waren 2007 die Türkei (15%), Griechenland (14%), Südafrika (12%) und Australien (9%). Deutschland selbst ist mit 3% an den globalen Rüstungsausgaben beteiligt und nimmt damit Rang sechs hinter Japan und noch vor Russland ein.

AFRICOM weiter unerwünscht

Die afrikanischen Staaten wollen keine US-amerikanischen Militärbasen auf ihrem Territorium und haben Angst, dass in ihren Straßen bald GIs patrouillieren. Außer Liberia haben inzwischen alle 53 Länder Afrikas abgelehnt, das neue US-Oberkommando für Afrika (AfriCom) zu beherbergen. Die US-Militärführung fühlt sich missverstanden, spricht von Image- und Kommunikationsproblemen. Es gehe doch nur um einige Ausbildungsprogramme, Konfliktprävention und die Bekämpfung von AIDS. 400 Mio. US\$ wurden im Haushalt 2009 für den Aufbau des AfriCom bereitgestellt, zudem will das Pentagon fünf „Büros“ in Afrika eröffnen.

COIN statt GWOT

Der einflussreiche Thinktank RAND Corporation hat in einer sehr ausführlichen Studie 648 „Terrorgruppen“ und ihren Niedergang untersucht, die seit 1968 aktiv

waren. Sie kommt dabei zu dem Schluss, dass das Militär eher ungeeignet ist, um mit Terroristen umzugehen, da militärische Besatzungen etwa weitere Anhänger in die Arme der Terroristen treiben. Stattdessen sollten mehr Polizei und auch mehr Geheimdienste im Kampf gegen Al Kaida eingesetzt werden. Auch vom Begriff des Globalen Krieg gegen den Terror (Global War on Terror, GWOT) solle Abstand genommen werden, rät die RAND-Studie. Stattdessen sollten die bereits vorhandenen Konzepte der Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency, COIN) mehr Anwendung erfahren.

Fiktiver Notstand

Bereits zum zweiten Mal wurden die schnellen Einsatzteams (Rapid Border Intervention Teams, RABITs) der Grenzschutzagentur Frontex mit ihren erweiterten Befugnissen – Waffengebrauch eingeschlossen – aufgrund eines fiktiven Szenarios, eines vermeintlichen Notstands an der slowenischen Grenzen, aktiv. Bei dieser „Übung“ wurden jedoch ganz real mutmaßliche illegale MigrantInnen und Schmuggler festgenommen, Fahrzeuge und Ausweisdokumente beschlagnahmt. Auch die italienische Regierung rief wegen eines vermeintlichen Anstiegs von Anlandungen von Flüchtlingsbooten in Sizilien landesweit den Notstand aus. Es handele sich dabei um „nichts weiter als eine juristisch-technische Maßnahme“, hieß es aus dem Innenministerium. 3.000 Soldaten wurden daraufhin abgestellt, um Flüchtlingslager und Regierungsgebäude zu bewachen sowie gemeinsam mit der Polizei in Großstädten auf Streife zu gehen. Tatsächlich sind die Zahlen „illegaler“ Grenzübertritte sowohl

in Italien als auch an der slowenischen Grenze langfristig rückläufig.

Antimilitaristische Aktionen

Seit Mitte Juni findet in Berlin regelmäßig ein nomadisches Antikriegscafé an wechselnden Orten statt. Ebenso wie das antimilitaristische Plenum Berlin entstand es im Rahmen der Mobilisierungsvorbereitungen zum NATO-Gipfel in Kehl und Strassburg Anfang nächsten Jahres. Im Juni und Juli wurden öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr in Magdeburg, Berlin und Nürnberg von Bundeswehrgegnern gestört, ebenso wie Werbe- und Rekrutierungsveranstaltungen in Leipzig, Weißenfels, Halle, Heidelberg, Leer (Ostfriesland), Göttingen, Köln sowie anderen Städten. Vom 17.- 21. Juli wurde das Bombodrom - ein Teil der Kyritz-Ruppiner Heide, den die Bundeswehr künftig als „Luft-Boden-Schießplatz“ verwenden will - von rund 250 AktivistInnen besetzt bzw. besiedelt. Entgegen den Ankündigung von Polizei und Bundeswehr fand keine Räumung statt und erneut konnten einige ehemalige Militärgebäude rosa eingefärbt werden. Auf die nächste große antimilitaristische Aktion mobilisieren gerade hannoveraner AktivistInnen (obwohl in letzter Zeit mit einiger Repression konfrontiert) mit einer Infotour. Denn in Hannover findet am 22.8.2008 im Stadtpark am Hannover Congress Centrum das 35. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision der Bundeswehr unter Beteiligung zahlreicher politischer und wirtschaftlicher Eliten statt. Unter dem Titel „Sommernachtstraum“ wird es von den Veranstaltern als „Europas schönstes Gartenfest“ beworben.

Der auf der MV gewählte Vorstand

Jürgen Wagner (geschäftsführender Vorstand)
Dr. Andreas Seifert (Kassierer)
Claudia Haydt, Christoph Marischka, Tobias Pflüger (weitere Vorstandsmitglieder)

IMI-Beiräte

Andre Bank (Berlin); Gerhard Bausch (Herrenberg); Dr. Werner Brill (Berlin); Bärbel Danner (Bitz); Dirk Eckert (Köln); Frederico Elwing (Tübingen); Thomas

Geyer (Stuttgart); Dr. Till Gocht (Tübingen); Kevin Gurka (Tübingen); Michael Haid (Tübingen); Martin Hantke (Brüssel); Lühr Henken (Hamburg); Dr. Lydia Krüger (Berlin); Thomas Mitsch (Stuttgart); Arno Neuber (Karlsruhe); Thomas Pfister (Tübingen); Markus Pflüger (Trier); Johannes Plotzki (Amersbach); Dr. Silke Reinecke (Göttingen); Uwe Reinecke (Göttingen); Jonna Schürkes (Tübingen); Martin Spreng (Pforzheim); Bernhard Strasdeit (Tübingen); Daniel Weitbrecht (Tübingen).



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154